



Nachhaltige Entwicklung im Kanton Bern

Monitoring 2017 und Bilanz der Legislaturplanung 2015 – 2018

Bericht des Regierungsrates

Datum RR-Sitzung: 9. Mai 2018
Geschäftsnummer: 767653
Direktion: Bau-, Verkehrs- und Energiedirektion
Klassifizierung: Nicht klassifiziert

Inhaltsverzeichnis

Zusammenfassung	4
Résumé	8
1 Monitoring Nachhaltige Entwicklung	12
1.1 Einleitung	12
1.2 Situation Dimension Umwelt.....	12
1.3 Situation Dimension Wirtschaft.....	14
1.4 Situation Dimension Gesellschaft	15
1.5 Zusammenzug	17
2 Bilanz Legislaturziele 2015 – 2018	20
2.1 Einleitung	20
2.2 Bilanz pro Legislaturziel	21
2.2.1 Ziel 1: Nachhaltige Raumentwicklung fördern	21
2.2.2 Ziel 2: Wirtschaftsstandort stärken	22
2.2.3 Ziel 3: Infrastruktur trotz schwieriger Finanzlage optimieren.....	23
2.2.4 Ziel 4: Soziale Stabilität sichern	24
2.2.5 Ziel 5: Natürliche Ressourcen schonend nutzen	25
2.2.6 Ziel 6: Fortschrittliche Energiepolitik weiterführen	26
2.2.7 Ziel 7: Bildung stärken	27
2.2.8 Ziel 8: Sicherheit gewährleisten	28
2.2.9 Ziel 9: Hauptstadtregion wirksam positionieren	29
3 Wirkungen der Regierungsrichtlinien 2015 – 2018 auf das Zielsystem der nachhaltigen Entwicklung	30
3.1 Einleitung	30
3.2 Kommentare zur Konkordanztafel	30
3.3 Schlussfolgerungen.....	32

A)	Anhang.....	35
A.1	Grundlagen der Nachhaltigen Entwicklung.....	35
A.2	Monitoring pro NE-Zielbereich.....	37
A.2.1	Methodische Hinweise	37
A.2.2	Ergebnisse pro NE-Zielbereich.....	38
	A.2.2.1 Nachhaltigkeitsdimension Umwelt.....	38
	U1 Biodiversität.....	39
	U2 Natur und Landschaft.....	41
	U3 Energieverbrauch.....	43
	U4 Energiequalität	45
	U5 Klima.....	47
	U6 Rohstoffverbrauch.....	49
	U8 Wasserhaushalt	51
	U9 Wasserqualität	53
	U10 Bodenverbrauch.....	55
	U11 Bodenqualität	57
	U12 Luftqualität.....	59
	A.2.2.2 Nachhaltigkeitsdimension Wirtschaft.....	61
	W1 Einkommen	62
	W2 Lebenskosten	64
	W3 Arbeitsmarkt	66
	W4 Investitionen	68
	W6 Ressourceneffizienz	70
	W7 Innovationen.....	72
	W8 Wirtschaftsstruktur.....	74
	W9 Know-how.....	76
	W10 Öffentlicher Haushalt.....	78
	W11 Steuern.....	80
	A.2.2.3 Nachhaltigkeitsdimension Gesellschaft.....	82
	G1 Lärm / Wohnqualität	83
	G2 Mobilität	85
	G3 Gesundheit.....	87
	G4 Sicherheit.....	89
	G5 Einkommens- und Vermögensverteilung.....	91
	G6 Partizipation	93
	G7 Kultur und Freizeit.....	95
	G8 Bildung.....	97
	G9 Soziale Sicherheit	99
	G10 Integration.....	101
	G11 Chancengleichheit.....	103
	G12 Überregionale Solidarität.....	105
A.3	Literatur- und Quellenverzeichnis	107

Zusammenfassung

Seit mehr als zehn Jahren orientieren sich die Legislaturplanungen und Strategien des Regierungsrats an den Grundsätzen der Nachhaltigen Entwicklung. Im Sinne des Brundtland-Berichts der UNO aus dem Jahr 1987 und des Drei-Dimensionen-Modells des Bundesrats aus dem Jahr 2002 versteht der Regierungsrat darunter eine Entwicklung, die den Bedürfnissen der heutigen Generation entspricht, ohne die Möglichkeiten künftiger Generationen zu gefährden, ihre eigenen Bedürfnisse zu befriedigen, und bei der die drei Zieldimensionen Umwelt, Wirtschaft und Gesellschaft gleichwertig berücksichtigt werden.

Der vorliegende Bericht zeigt einerseits im Sinne eines Monitorings auf, wo der Kanton Bern auf dem Weg zur Nachhaltigen Entwicklung steht. Dieser Teil des Berichts ist eine Aktualisierung der Vorgängerberichte aus den Jahren 2010 und 2014. Andererseits, und in dieser Art und Weise erstmals, zeigt der Bericht auf, wie weit die Legislaturplanung 2015 – 2018 bis Anfang 2018 umgesetzt werden konnte. Dafür wird für jedes der Legislaturziele eine Bilanz vorgenommen. Schliesslich werden im dritten Teil des Berichts die Ergebnisse des Monitorings und der Bilanzierung einander gegenübergestellt.

Monitoring: Ist der Kanton Bern bezüglich der Nachhaltigen Entwicklung auf Kurs?

Im Monitoringteil (Kapitel 1 des Berichts) wird für jeden der 36 Zielbereiche der Nachhaltigen Entwicklung aufgezeigt, wie sich der Kanton Bern in den letzten Jahren entwickelt hat (**Trendanalyse**) und wie er im Vergleich zu anderen Kantonen positioniert ist (**Benchmarking**). Die zentrale Grundlage dafür ist das Indikatorensystem des "Cercle Indicateurs" zur Beurteilung von Kantonen und Städten bezüglich deren Nachhaltigen Entwicklung. Dieses Indikatorensystem wurde seit 2003 gemeinsam von verschiedenen Kantonen, Städten und Bundesämtern aufgebaut. Im Jahr 2017 fand die letzte grosse Erhebungsrunde statt.

Die **Trendanalyse** zeigt folgendes Bild:

- Im Umweltbereich ist der Kanton Bern einigermaßen auf Kurs: Bei fünf der zwölf erhobenen Indikatoren kann eine Verbesserung konstatiert werden, bei sechs Indikatoren eine Stagnation. Nur im Zielbereich "Bodenverbrauch" (überbaute Fläche pro Einwohner/in) war die Entwicklung weiterhin negativ (allerdings deutlich besser als in früheren Jahrzehnten).
- Im Bereich Wirtschaft ist die Bilanz durchzogen: Bei sieben der zehn Indikatoren ist eine Stagnation, bei zweien eine Verbesserung und bei einem (dem Mietpreisniveau) eine Verschlechterung zu beobachten.
- Die Bilanz in der Zieldimension Gesellschaft ist insgesamt neutral bis positiv – nur im Zielbereich "Integration" (gemessen an der Zahl der Einbürgerungen) verlief die Entwicklung weg von den Zielen der nachhaltigen Entwicklung.

Insgesamt ist die Bilanz der Trendanalyse des Kantons Bern im Hinblick auf die Ziele der Nachhaltigen Entwicklung somit mehrheitlich positiv. Den wenigen negativen Entwicklungen standen in den letzten Jahren wesentlich mehr positive Entwicklungen gegenüber.

Das **Benchmarking** mit den übrigen Kantonen bzw. je nach Indikator auch mit dem Wert der Gesamtschweiz führt zu folgenden Ergebnissen:

- Im Bereich Umwelt schneidet der Kanton Bern durchschnittlich ab: bei zwei der acht Indikatoren ist er besser und bei je drei gleich oder schlechter positioniert als die übrigen Kantone bzw. die Gesamtschweiz.
- Charakteristisch für die Zieldimension Wirtschaft sind die zahlreichen Abweichungen: Nur bei einem Indikator ist der Kanton Bern durchschnittlich, bei drei Indikatoren schneidet er besser und bei fünf schlechter ab als der Durchschnitt.

- Noch etwas schlechter ist die Bilanz im gesellschaftlichen Bereich: Bei sieben der Indikatoren ist der Kanton Bern schlechter, bei zwei durchschnittlich und bei drei besser klassiert als der Mittelwert.

Insgesamt ist der Kanton Bern heute bei 16 der 29 vergleichbaren Indikatoren unter dem Durchschnitt aller am Cercle Indicateurs beteiligten Kantone positioniert und nur bei acht Indikatoren darüber – das Ergebnis des Benchmarkings ist somit deutlich weniger positiv als das Ergebnis der Trendanalyse. Gegenüber 2014 ist der Kanton Bern im Benchmarking weiter zurückgefallen; damals war er bei 14 Indikatoren schlechter, bei sechs ungefähr gleich und bei zehn besser positioniert als der Durchschnitt der Cercle Indicateurs-Kantone.

Bilanz: Konnte die Legislaturplanung 2015 – 2018 umgesetzt werden?

In den Regierungsrichtlinien 2015 – 2018 legte der Regierungsrat Ende 2014 in neun Zielen fest, wo er innerhalb der drei Wirkungsdimensionen Umwelt, Gesellschaft und Wirtschaft in der Legislaturperiode 2015 – 2018 Akzente setzen will. Um diese Ziele zu erreichen, wurden jeweils verschiedene Massnahmen definiert, die während der Legislatur weitergeführt oder neu eingeleitet werden. Zum Zeitpunkt der Erarbeitung des vorliegenden Berichts Anfang 2018 ist es nicht möglich, die Wirkungen dieser Massnahmen abschliessend zu beurteilen. Im Sinne eines summarischen Leistungscontrollings kann aber aufgezeigt werden, wie die Umsetzung der geplanten Massnahmen in den Jahren 2015 – 2017 vorangekommen ist.

Ziel 1: Nachhaltige Raumentwicklung fördern

Mit der Revision des kantonalen Richtplans und der Baugesetzgebung wurden in den letzten Jahren wichtige Pfeiler zur Verlagerung der Siedlungsentwicklung nach innen und zum besseren Schutz des Kulturlandes gesetzt. Die Anzahl der Gemeinden im Kanton Bern hat aufgrund von Fusionen weiter abgenommen, allerdings nicht so rasch wie geplant.

Ziel 2: Wirtschaftsstandort stärken

Mit dem neuen Innovationsförderungsgesetz und dem Aufbau mehrerer Kompetenzzentren wie z.B. dem Switzerland Innovation Park (SIP) Biel/Bienne sind wichtige Meilensteine der Wirtschaftsförderung erreicht worden. Die Verschuldung des Kantons konnte weiter reduziert werden und die Steuerstrategie wird trotz begrenztem Handlungsspielraum vorangetrieben.

Ziel 3: Infrastruktur trotz schwieriger Finanzlage optimieren

Die in den Regierungsrichtlinien explizit genannten Projekte Bypass Thun Nord, Campus Biel/Bienne und Ausbau Bahnhof Bern sind realisiert bzw. auf Kurs. Die Planung von weiteren Grossprojekten (z.B. das neue Polizeizentrum in Niederwangen, der neue Campus Bern der Berner Fachhochschule und die Tramlinie Bern–Ostermundigen) sind angelaufen.

Ziel 4: Soziale Stabilität sichern

Der Kanton Bern hat aus verschiedenen Gründen im interkantonalen Vergleich relativ hohe Sozialausgaben. Dadurch und wegen der definierten Sparziele geraten die sozialen Leistungen zunehmend unter Druck, was unter anderem auch zu den laufenden Anpassungen der kantonalen Sozialhilfegesetzgebung geführt hat. Die übergeordneten Ziele zur sozialen Sicherheit sollen unverändert beibehalten werden.

Ziel 5: Natürliche Ressourcen schonend nutzen

Mit der Lancierung des Programms "Nachhaltige Waldwirtschaft BE" und der Aktualisierung des Sachplans Abfall und der kantonalen Wasserstrategie wurden seit 2015 wichtige Massnahmen zur Erhaltung und schonenden Nutzung der natürlichen Ressourcen umgesetzt. Der neue Sachplan Biodiversität geht demnächst in die Mitwirkung.

Ziel 6: Fortschrittliche Energiepolitik weiterführen

Die Umsetzung der kantonalen Energiestrategie ist weiterhin auf Kurs. Mit verschiedenen Revisionen des kantonalen Energierechts, der Weiterentwicklung der Förderprogramme und der Anwendung des Grossverbraucherartikels konnten die Zwischenziele erreicht werden. Ende 2017 wurde das Konzessionsgesuch für das neue grosse Wasserkraftwerk Trift eingereicht.

Ziel 7: Bildung stärken

Nach einer längeren Vorbereitungszeit wird auf Mitte 2018 der Lehrplan 21 im Kanton Bern eingeführt. Die Standortkonzentration der Berner Fachhochschule als Massnahme zur Stärkung des Bildungsstandorts Bern ist eingeleitet. Trotz des latenten Spardrucks wurde die Konkurrenzfähigkeit der Anstellungsbedingungen für die Lehrkräfte auf allen Stufen erhöht.

Ziel 8: Sicherheit gewährleisten

In enger Zusammenarbeit mit den übrigen Kantonen und dem Bund wurden verschiedene Massnahmen zur Verbesserung der objektiven Sicherheit und des Sicherheitsempfindens der Bevölkerung vorangetrieben. Meilensteine waren die Revision des Polizeigesetzes, die neue Strategie für den Asyl- und Flüchtlingsbereich und die Einführung des risikoorientierten Sanktionenvollzugs.

Ziel 9: Hauptstadtregion wirksam positionieren

Zusammen mit den Nachbarkantonen Freiburg, Solothurn, Neuenburg und Wallis wurde der Handlungsraum "Hauptstadtregion" weiter gestärkt. Schwerpunkte waren die Wirtschaftsförderung (z.B. gemeinsame Promotion von 20 Top-Entwicklungsstandorten), der Energiebereich (z.B. Lancierung von Plusenergie-Quartieren) und die Förderung der Zweisprachigkeit.

Gegenüberstellung: Erzielen die Massnahmen der Legislaturplanung 2015 – 2018 dort Wirkungen, wo aus Sicht des Monitorings Handlungsbedarf besteht?

Abgeleitet aus dem Monitoring der Entwicklungen in den 36 Zielbereichen der Nachhaltigen Entwicklung ergibt sich ein Stärke-/Schwächeprofil des Kantons mit insgesamt sechs Stärken und elf Schwächen. Aus der Gegenüberstellung dieses Profils und der postulierten Wirkungen der Legislaturplanung 2015 – 2018 (vgl. nächste Seite) lässt sich folgendes Fazit ziehen:

- Die Hauptwirkungen der Regierungsrichtlinien 2015 – 2018 verteilen sich relativ ausgeglichen auf die drei Dimensionen Umwelt, Wirtschaft und Gesellschaft. Es gibt nur fünf Zielbereiche, die von den Massnahmen der Regierungsrichtlinien nicht oder nur marginal betroffen sind. Bei den Zielbereichen Lebenskosten und Kostenwahrheit hat der Regierungsrat allerdings nur beschränkte Einflussmöglichkeiten.
- Die Regierungsrichtlinien setzen sowohl bei den Stärken wie auch den Schwächen an: Bei drei Stärken (Natur und Landschaft, Investitionen und Bildung) sowie acht Schwächen (Rohstoff- und Bodenverbrauch, Innovationen, Wirtschaftsstruktur, öffentlicher Haushalt, Steuern, soziale Sicherheit und überregionale Solidarität) setzen die Regierungsrichtlinien einen Schwerpunkt. Bei drei Stärken (Wasserhaushalt, Arbeitsmarkt und Lärm/Wohnqualität) und drei Schwächen (Luftqualität, Partizipation und Integration) werden die Massnahmen der Regierungsrichtlinien voraussichtlich keine oder nur kleine Wirkungen erzielen.

Ob die Massnahmen im Rahmen der Regierungsrichtlinien ausreichen werden, um einerseits die Trends der Entwicklung und andererseits die Benchmarkingposition des Kantons Bern in einem bestimmten Zielbereich der Nachhaltigen Entwicklung massgeblich zu beeinflussen, lässt sich aus dieser Gegenüberstellung nicht beantworten. Dies hängt nicht allein von den Massnahmen selber ab, sondern auch von den Entwicklungen in den anderen Kantonen und dem Umfeld, auf das die Massnahmen treffen.

Wirkungen der Regierungsrichtlinien 2015 – 2018 auf die Stärken und Schwächen des Kantons Bern aus Sicht der Nachhaltigen Entwicklung

Legislaturziele 2015 - 2018		UMWELT												WIRTSCHAFT												GESELLSCHAFT															
		Biodiversität	Natur und Landschaft	Energieverbrauch	Energiequalität	Klima (CO ₂ -Prod.)	Rohstoffverbrauch	Rohstoffqualität	Wasserhaushalt	Wasserqualität	Bodenverbrauch	Bodenqualität	Luftqualität	Einkommen	Lebenskosten	Arbeitsmarkt	Investitionen	Kostenwahrheit	Ressourceneffizienz	Innovationen	Wirtschaftsstruktur	Know-How	Öffentlicher Haushalt	Steuern	Produktion	Lärm / Wohnqualität	Mobilität	Gesundheit	Sicherheit	Eink./Vermög.verteilung	Partizipation	Kultur und Freizeit	Bildung	Soziale Sicherheit	Integration	Chancengleichheit	Überregionale Solidarität				
		U1	U2	U3	U4	U5	U6	U7	U8	U9	U10	U11	U12	W1	W2	W3	W4	W5	W6	W7	W8	W9	W10	W11	W12	G1	G2	G3	G4	G5	G6	G7	G8	G9	G10	G11	G12				
1	Nachhaltige Raumentwicklung fördern	•	●	•							●						•				●	•																	•		
2	Wirtschaftsstandort stärken						•							•		•					●	•		●	•																
3	Infrastruktur trotz schwieriger Finanzlage optimieren						•										●			•																					•
4	Soziale Stabilität sichern													•																	●			•	●		•				
5	Natürliche Ressourcen schonend nutzen	●	•		•		●	•	●		•	•								•																					
6	Fortschrittliche Energiepolitik weiterführen			●	●	●							•	•			•			•																					
7	Bildung stärken																						•									•	•	●		•		•			
8	Sicherheit gewährleisten																												•	●								•			
9	Hauptstadtregion wirksam positionieren															•	•				•	●	•																	●	

●	starker Bezug (beabsichtigte Hauptwirkung)
•	schwacher Bezug (Nebenwirkung)

	Stärken
	Schwächen
	aufgrund fehlender Daten nicht beurteilbar

Résumé

Depuis plus de dix ans, les programmes de législature et les stratégies du Conseil-exécutif sont axés sur les principes du développement durable. Par développement durable, le Conseil-exécutif entend un mode de développement qui répond aux besoins de la génération actuelle sans menacer les possibilités des générations futures de satisfaire les leurs, et qui tient compte sur un même pied d'égalité des trois dimensions Environnement, Economie et Société, conformément au rapport Brundtland de l'ONU de 1987 et au Modèle des trois cercles du Conseil fédéral de 2002.

Dans un premier temps, le présent rapport dresse, à titre de monitoring, un état des lieux de la situation du canton de Berne en matière de développement durable. Cette partie du rapport est une actualisation des versions précédentes de 2010 et 2014. Dans un deuxième temps, le rapport montre, pour la première fois sous cette forme, dans quelle mesure le programme de législature 2015-2018 a pu être mis en œuvre jusqu'au début de l'année 2018. A cet effet, chaque objectif de législature a fait l'objet d'un bilan. Enfin, dans la troisième partie du rapport, les résultats du monitoring et les bilans sont comparés.

Monitoring : en matière de développement durable, le canton de Berne est-il sur la bonne voie ?

La partie consacrée au monitoring (chapitre 1 du rapport) indique, pour chacune des 36 thématiques du développement durable, la manière dont le canton de Berne a évolué ces dernières années (**analyse des tendances**) et où il se situe par rapport à d'autres cantons (**benchmarking**). Cette évaluation se base sur le système du « Cercle Indicateurs » destiné à évaluer le développement durable dans les cantons et les villes. Ce système d'indicateurs a été développé à partir de 2003 par plusieurs cantons, villes et offices fédéraux. Le dernier relevé de grande ampleur a eu lieu en 2017.

L'**analyse des tendances** donne le tableau suivant :

- Dans le domaine de l'environnement, le canton de Berne est plutôt sur la bonne voie : on constate une amélioration pour cinq des douze indicateurs utilisés et une stagnation pour six d'entre eux. Seule la thématique « Utilisation du sol » (surface bâtie par habitant-e) continue d'afficher une évolution négative (avec toutefois une amélioration par rapport aux décennies précédentes).
- Dans le domaine de l'économie, le bilan est plus nuancé : pour sept des dix indicateurs on observe une stagnation, pour deux d'entre eux une amélioration et pour un seul (niveau des loyers) une dégradation.
- Le bilan de la dimension société est dans l'ensemble neutre, voire positif – seule l'évolution dans la thématique « Intégration » (mesurée au nombre de naturalisations) s'écarte des objectifs du développement durable.

Aussi le bilan de l'analyse des tendances du canton de Berne concernant les objectifs du développement durable est-il globalement positif. Les quelques rares évolutions négatives observées ces dernières années ont été contrebalancées par des évolutions positives nettement plus nombreuses.

Le **benchmarking** avec les autres cantons et, suivant l'indicateur, avec l'ensemble de la Suisse également donne les résultats suivants :

- Dans le domaine de l'environnement, le canton de Berne fait globalement bonne figure : pour deux des huit indicateurs, il affiche un meilleur résultat que les autres cantons ou l'ensemble de la Suisse, pour trois d'entre eux, un résultat identique et pour trois autres, un résultat inférieur.
- La dimension économie se caractérise par de nombreux écarts : le canton de Berne ne se situe en effet dans la moyenne que pour un seul indicateur ; pour trois d'entre eux, il est au-dessus de la moyenne et pour cinq d'entre eux, au-dessous.

- Le bilan est encore moins bon en ce qui concerne la dimension société : pour sept indicateurs, le canton de Berne enregistre un résultat inférieur à la moyenne, pour deux d'entre eux, il est dans la moyenne et pour trois d'entre eux, il est mieux classé que la moyenne.

Dans l'ensemble, le canton de Berne se situe aujourd'hui au-dessous de la moyenne de tous les cantons participants au Cercle Indicateurs pour 16 des 29 indicateurs comparables et au-dessus de la moyenne seulement pour huit indicateurs – le résultat du benchmarking est ainsi nettement moins positif que celui de l'analyse des tendances. Par rapport à 2014, le canton de Berne a régressé ; 14 indicateurs étaient alors au-dessous de la moyenne, six indicateurs à peu près dans la moyenne et dix indicateurs au-dessus de la moyenne.

Bilan : le programme de législature 2015-2018 a-t-il pu être mis en œuvre ?

Fin 2014, le Conseil-exécutif a fixé, dans le cadre de son programme gouvernemental de législature 2015-2018, neuf objectifs dans les trois dimensions Environnement, Société et Economie sur lesquels il entendait mettre l'accent. Pour atteindre ces objectifs, il a défini différentes mesures qu'il a poursuivies ou introduites durant la législature. Au moment de l'élaboration du présent rapport début 2018, il n'est pas possible d'évaluer définitivement les effets de ces mesures. Un controlling sommaire des prestations permet toutefois d'indiquer l'état d'avancement de la mise en œuvre des mesures prévues pour la période 2015-2017.

Objectif 1 : Favoriser le développement durable du territoire

La révision du plan directeur cantonal et de la législation sur les constructions a permis ces dernières années de poser des jalons importants pour la transition vers l'urbanisation interne et l'amélioration de la protection des terres cultivables. Le nombre de communes du canton de Berne a continué de diminuer suite à des fusions, mais pas aussi rapidement que prévu.

Objectif 2 : Renforcer le site économique

Grâce à la loi sur l'encouragement de l'innovation et la création de plusieurs centres de compétences comme le Switzerland Innovation Park (SIP) Biel/Bienne, des étapes importantes pour la promotion économique ont été franchies. La dette du canton a pu être réduite et la stratégie fiscale est poursuivie malgré une marge de manœuvre limitée.

Objectif 3 : Optimiser les infrastructures malgré les difficultés financières

Les projets du contournement de Thoune par le nord, du Campus Biel-Bienne et du réaménagement de la gare de Berne, mentionnés explicitement dans le programme gouvernemental de législature, sont réalisés ou en cours. La planification d'autres projets importants (p. ex. le nouveau centre de police à Niederwangen, le nouveau Campus Berne de la Haute école spécialisée Bernoise et la ligne de tram Bern–Ostermundigen) est lancée.

Objectif 4 : Garantir la stabilité sociale

Le canton de Berne fait face, pour diverses raisons, à des dépenses sociales relativement élevées par rapport à d'autres cantons. Ainsi, et compte tenu des objectifs d'économies fixés, les prestations sociales sont soumises à une pression toujours plus forte, ce qui, entre autres, a conduit à la révision en cours de la législation cantonale sur les aides sociales. Les objectifs principaux en matière de sécurité sociale demeurent inchangés.

Objectif 5 : Préserver les ressources naturelles

Le lancement du programme « Economie forestière durable BE » ainsi que l'actualisation du plan sectoriel déchets et de la stratégie cantonale de l'eau ont permis depuis 2015 de mettre en œuvre d'importantes mesures pour la préservation des ressources naturelles. Le nouveau plan sectoriel de la biodiversité fera prochainement l'objet d'une procédure de participation.

Objectif 6 : Poursuivre la politique énergétique progressiste

La mise en œuvre de la stratégie énergétique cantonale suit son cours. Grâce à plusieurs révisions de la législation cantonale sur l'énergie, au développement des programmes d'encouragement et à la mise en œuvre de l'article sur les gros consommateurs, les objectifs intermédiaires ont pu être atteints. La demande de concession pour la nouvelle grande centrale hydraulique de Trift a été déposée fin 2017.

Objectif 7 : Renforcer le système de formation

Après une longue période de préparation, le Lehrplan 21 sera introduit à la mi-mai 2018 dans le canton de Berne. Les démarches pour le regroupement des sites de la Haute école spécialisée bernoise, qui vise à renforcer la position de Berne en tant que site de formation, ont démarré. Malgré la pression latente sur les coûts, la compétitivité des conditions d'engagement du corps enseignant a pu être améliorée à tous les niveaux.

Objectif 8 : Assurer la sécurité

Plusieurs mesures ont été prises, en étroite collaboration avec les autres cantons et la Confédération, pour améliorer la sécurité objective et le sentiment de sécurité de la population. Parmi les étapes importantes figurent la révision de la loi sur la police, la nouvelle stratégie de l'asile et des réfugiés et l'exécution des sanctions axée sur les risques.

Objectif 9 : Positionner efficacement la Région capitale suisse

Le canton de Berne et les cantons voisins de Fribourg, Soleure, Neuchâtel et du Valais ont encore renforcé la « Région capitale suisse ». L'accent a été mis sur la promotion économique (p. ex. des 20 meilleurs pôles de développement), le domaine énergétique (p. ex. réalisation de quartiers à énergie positive) et l'encouragement du bilinguisme.

Bilan comparatif : les mesures du programme de législature 2015-2018 produisent-elles des effets là où, d'après le monitoring, il y a nécessité d'agir ?

Le monitoring des évolutions dans les 36 thématiques du développement durable a permis d'établir un profil du canton qui révèle six points forts et onze points faibles. La comparaison entre ce profil et les effets attendus du programme de législature 2015-2018 (voir page suivante) permet de tirer les conclusions suivantes :

- Les effets principaux du programme gouvernemental de législature 2015-2018 se répartissent de manière relativement équilibrée sur les trois dimensions Environnement, Economie et Société. Seules cinq thématiques ne sont pas concernées – ou le sont uniquement de façon marginale – par les mesures du programme gouvernemental de législature. En ce qui concerne les thématiques « Coût de la vie » et « Réalité des coûts », les moyens d'influence du Conseil-exécutif sont toutefois limités.
- Le programme gouvernemental de législature agit tant sur les points forts que sur les points faibles : il se concentre sur trois points forts (nature et paysage, investissements et formation) et huit points faibles (consommation des matériaux et utilisation du sol, innovations, structures économiques, finances publiques, impôts, sécurité sociale et solidarité supra-régionale). En revanche, les mesures du programme gouvernemental de législature ne devraient avoir aucune répercussion – ou des répercussions minimales – sur trois points forts (régime des eaux, marché du travail et bruit/qualité de l'habitat) et trois points faibles (qualité de l'air, participation et intégration).

Ce bilan comparatif ne permet pas de savoir si les mesures mises en place dans le cadre du programme gouvernemental de législature sont suffisantes pour influencer de manière déterminante sur les tendances de l'évolution et sur la place qu'occupe le canton de Berne dans le benchmarking pour une thématique définie du développement durable. Cela ne dépend pas uniquement des mesures à proprement parler mais aussi des évolutions dans d'autres cantons et du domaine concerné par les mesures.

1 Monitoring Nachhaltige Entwicklung

1.1 Einleitung

Mit Blick auf die Planung der Legislaturperiode 2011 – 2014 liess der Regierungsrat im Jahr 2010 erstmals einen Bericht "Nachhaltige Entwicklung im Kanton Bern: Zahlen und Fakten" erarbeiten. Die zentrale Basis für diesen Bericht und auch für den zweiten Bericht von 2014 bildete das Indikatorensystem des "Cercle Indicateurs" zur Beurteilung von Kantonen und Städten bezüglich der Nachhaltigen Entwicklung. Dieses Indikatorensystem wurde in den Jahren 2003 bis 2005 gemeinsam von verschiedenen Kantonen, Städten und Bundesämtern entwickelt. Es umfasst mittlerweile 35 sogenannte Kernindikatoren, die eine umfassende Beurteilung des aktuellen Standes und der zeitlichen Veränderungen eines Kantons bzw. einer Stadt hinsichtlich der 36 Zielbereiche der Nachhaltigen Entwicklung ermöglichen. Für das nachfolgende Monitoring wurden die Zielbereiche aufgrund der erhobenen Kernindikatoren beurteilt und bewertet (vgl. Tabelle auf Seite 16 in Kapitel 1.5).

Die Erhebung des Cercle Indicateurs hat 2017 zum siebten Mal stattgefunden und 18 Kantone haben teilgenommen¹. Die Daten erlauben somit im Normalfall sowohl eine Beurteilung des "Trends", das heisst der Entwicklung über die Zeit hinweg (normalerweise über mindestens zwölf Jahre) wie auch einen Vergleich als "Benchmarking" mit den übrigen am Cercle Indicateurs beteiligten Kantonen. Dabei ist zu beachten, dass die Daten allein in einigen Fällen nicht genügend aussagekräftig sind, sondern einer sorgfältigen Interpretation unter Verwendung weiterer Informationen bedürfen.

Die Informationen zu den einzelnen Zielbereichen bzw. Indikatoren sind im Anhang 2 des vorliegenden Berichts ausführlich dargestellt. Die folgenden Kapitel stellen die wichtigsten Resultate pro Zielbereich vor, gegliedert nach den drei Dimensionen "Umwelt", "Wirtschaft" und "Gesellschaft". Für die Trendanalyse wurde jeder Indikator nach den Merkmalen "positiv", "stagnierend oder unregelmässig" und "negativ" bewertet. Für das Benchmarking mit den anderen Kantonen wurden die Bewertungen "besser", "nahe am Durchschnitt" oder "schlechter" vergeben (vgl. zur Methodik Anhang A2.1). Bei einigen der Zielbereiche wird die Situation im Kanton Bern durch den Indikator des Cercle Indicateurs nur teilweise abgebildet. In solchen Fällen werden nachfolgend noch ergänzende Fakten aufgeführt.

1.2 Situation Dimension Umwelt

In seinem Bericht "Strategie Nachhaltige Entwicklung 2002" definierte der Bundesrat, dass mit Bezug auf die Dimension "Umwelt" eine Entwicklung dann nachhaltig ist, wenn der Lebensraum für Menschen, Tiere und Pflanzen erhalten bleibt und die natürlichen Ressourcen mit Rücksicht auf die zukünftigen Generationen genutzt werden. Dies bedeutet konkret:

- die Naturräume und die Artenvielfalt zu erhalten,
- den Verbrauch erneuerbarer Ressourcen (z.B. nachwachsende Rohstoffe, Wasser) unter dem Regenerationsniveau bzw. dem natürlichen Anfall zu halten,
- den Verbrauch nicht erneuerbarer Ressourcen (z.B. fossile Energieträger, Rohstoffe) unter dem Entwicklungspotenzial von erneuerbaren Ressourcen zu halten,
- die Belastung der natürlichen Umwelt (Wasser, Boden, Luft, Klima) und des Menschen durch Emissionen bzw. Schadstoffe auf ein unbedenkliches Niveau zu senken,
- die Auswirkungen von Umweltkatastrophen zu reduzieren sowie
- Unfallrisiken nur insoweit einzugehen, als sie auch beim grösstmöglichen Schadensereignis keine dauerhaften Schäden über eine Generation hinaus verursachen.

Quelle: Schweizerischer Bundesrat: Strategie Nachhaltige Entwicklung 2002

¹ 2017 beteiligt waren die Kantone AG, AR, BE, BL, FR, GE, LU, NE, SG, SO, SZ, TG, TI, UR, VD, VS, ZG und ZH.

Zielbereich U1 Biodiversität: Die Anzahl der Gefässpflanzenarten im Kanton Bern hat sich positiv entwickelt und liegt im Kanton Bern nahe am Durchschnitt aller Cercle Indicateurs-Kantone. Allerdings bildet dieser Indikator den Zielbereich Biodiversität nur teilweise ab: Gemäss BAFU (2017) ist der Zustand der Biodiversität in der Schweiz insgesamt unbefriedigend: Knapp die Hälfte aller Lebensraumtypen und mehr als ein Drittel der untersuchten Pflanzen-, Tier- und Pilzarten gelten als bedroht, wobei die Lebensgemeinschaften im aquatischen Bereich besonders gefährdet sind.

U2 Natur und Landschaft: In den letzten Jahren hat die Fläche der geschützten Naturräume (geschützte und vertraglich gesicherte Flächen) erneut zugenommen und beträgt mittlerweile 10.3 % der Kantonsfläche (positive Entwicklung). Dies ist im interkantonalen Vergleich ein überdurchschnittlicher Wert (8.1 %). Der Zielwert der von der Schweiz mitunterzeichneten Aichi-Konvention beträgt allerdings 17 %.

U3 Energieverbrauch: Der Endenergieverbrauch pro Einwohner/in hat in den letzten zehn Jahren schweizweit abgenommen (von knapp 33'000 auf gut 28'000 kWh pro Kopf und Jahr) und sich somit aus Sicht der Nachhaltigen Entwicklung positiv entwickelt. Es liegen leider keine Daten vor, die einen interkantonalen Vergleich ermöglichen würden.

U4 Energiequalität: Auch hier fehlen Daten für einen interkantonalen Vergleich. Schweizweit hat den Anteil der erneuerbaren Energien am Endenergieverbrauch in den letzten 10 Jahren weiter zugenommen (von 16.9 auf 22.1 %). Die Entwicklung im Kanton Bern verläuft etwa im gleichen Tempo (Gebäudebereich von 10 auf 20 % innerhalb von acht Jahren).

U5 Klima: Die CO₂-Emissionen haben schweizweit seit 2010 von 6.2 auf 4.7 t pro Kopf pro Jahr abgenommen. Sowohl eine Aussage zur Entwicklung im Kanton Bern, als auch ein Benchmarking ist bei diesem Indikator nicht möglich.

U6 Rohstoffverbrauch: In diesem Zielbereich erhebt der Cercle Indicateurs zwei Indikatoren; (a) die Abfallmenge pro Kopf und (b) die Separatsammelquote. Bei der Abfallmenge pro Kopf lässt sich seit 1990 eine unregelmässige Entwicklung beobachten, welche mit der konjunkturellen Entwicklung zusammenhängt. Der Anteil separat gesammelter Abfälle hat bis gegen Ende der 1990er Jahre stark zugenommen und stagniert seither bei ungefähr 35 %. Verglichen mit anderen Kantonen ist die Abfallmenge pro Kopf im Kanton Bern durchschnittlich und der Anteil der separat gesammelten Abfälle eher tief.

U7 Rohstoffqualität: Zu diesem Zielbereich hat der Cercle Indicateurs bisher keinen Indikator definiert.

U8 Wasserhaushalt: Die Wassermenge, die pro Person und Jahr in die ARA abgeleitet wird, hat sich in den letzten 15 Jahren unregelmässig entwickelt und ist im interkantonalen Vergleich leicht überdurchschnittlich. Dabei ist zu beachten, dass dieser Indikator den Zielbereich "natürlicher Wasserhaushalt" nur teilweise abbildet.

U9 Wasserqualität: Die Nitratkonzentration im Grundwasser hat in den letzten 10 Jahren leicht abgenommen aber ein eigentlicher Trend ist nicht sichtbar. Der Wert des Kantons Bern ist durchschnittlich. Demgegenüber kann die Qualität der bernischen Oberflächengewässer grösstenteils als gut bis sehr gut bewertet werden.

U10 Bodenverbrauch: In den letzten 30 Jahren hat die Siedlungsfläche pro Kopf im Kanton Bern von 364 m² auf 413 m² zugenommen. Seit Anfang der Achtzigerjahre hat sich das Wachstum jedoch verlangsamt. Parallel dazu nahm die Landwirtschaftsfläche ab, wobei dies in den letzten Jahren zu gut einem Drittel auf die Zunahme der bestockten Flächen (Wald, Hecken) zurückzuführen ist. Im interkantonalen Vergleich liegt die Siedlungsfläche pro Kopf im Kanton Bern voraussichtlich knapp über dem Durchschnitt (die Erhebung 2013/18 ist noch nicht abgeschlossen).

U11 Bodenqualität: Die Qualität der Böden ist eng mit deren landwirtschaftlichen Nutzung verknüpft. Eine intensive Landwirtschaft birgt das Risiko von Bodenverdichtung und -erosion sowie erhöhten Schadstoffeinträgen. Gemessen an der Schwermetallbelastung hat die Bodenqualität im Kanton Bern in den letzten Jahren weder zu- noch abgenommen. Ein interkantonaler Vergleich ist aufgrund fehlender Daten anderer Kantone nicht möglich.

U12 Luftqualität: Seit 2002 stagniert der bevölkerungsgewichtete Langzeit-Belastungsindex im Kanton Bern auf dem Wert drei, wogegen der Mittelwert des Cercle Indicateurs kontinuierlich von 3.3 auf 2.6 gesunken ist. Andere Indikatoren, die durch den Cercle Indicateurs nicht erfasst werden, zeigen, dass sich die Luftqualität insgesamt zwar verbessert hat, schweizweit aber weiterhin Stickstoffemissionen aus intensiver Landwirtschaft, an heissen Sommertagen das Ozon und während langandauernden, austauscharmen Wetterlagen im Winter der Feinstaub problematisch sind. Zeitlich begrenzte, übermässige Stickstoffdioxid- und Feinstaub-Belastungen sind zudem in den Zentren der grossen Städte sowie entlang der grossen Verkehrsachsen zu verzeichnen.

1.3 Situation Dimension Wirtschaft

Mit Bezug auf die Dimension "Wirtschaft" ist die Entwicklung dann nachhaltig, wenn Wohlstand und Entwicklungsfähigkeit der Wirtschaft erhalten bleiben. Dies bedeutet:

- Einkommen und Beschäftigung zu erhalten und den Bedürfnissen entsprechend zu mehren unter Berücksichtigung einer sozial- und raumverträglichen Verteilung,
- das Produktivkapital, basierend auf dem Sozial- und Humankapital, mindestens zu erhalten und qualitativ mehren zu können,
- Wettbewerbsfähigkeit und Innovationskraft der Wirtschaft zu verbessern,
- in der Wirtschaft primär die Marktmechanismen (Preise) unter Berücksichtigung der massgebenden Knappheitsfaktoren und externen Kosten wirken zu lassen,
- ein Wirtschaften der öffentlichen Hand, das nicht auf Kosten zukünftiger Generationen erfolgt (z.B. Schulden, vernachlässigte Werterhaltung).

Quelle: Schweizerischer Bundesrat: Strategie Nachhaltige Entwicklung 2002

W1 Einkommen: Das Bruttoinlandprodukt (BIP) pro Kopf hat sich im Kanton Bern in den letzten Jahren unregelmässig entwickelt und lag immer leicht unter dem gesamtschweizerischen Durchschnitt. Der Anteil des frei verfügbaren Einkommens hingegen liegt im Kanton Bern knapp über dem Schweizer Durchschnitt.

W2 Lebenskosten: Das Mietpreisniveau hat im Kanton Bern im Beobachtungszeitraum zugenommen, liegt aber immer noch unter dem Mittelwert der Cercle Indicateurs-Kantone. Die Krankenkassenprämien als weiterer, vom Cercle Indicateurs jedoch nicht erfasster Indikator, sind in den letzten 20 Jahren im Kanton Bern überdurchschnittlich gestiegen. Sie liegen heute bei durchschnittlich 3'581 CHF (Gesamtschweiz: 3'442 CHF).

W3 Arbeitsmarkt: Die Arbeitslosenquote ist stark von der Konjunktorentwicklung geprägt und hat sich in den letzten 10 Jahren im Kanton Bern zwischen 2 und 4 % bewegt. Dabei war sie konstant tiefer als der CH-Durchschnitt.

W4 Investitionen: Der Anteil der öffentlichen und privaten Bauausgaben, der in den Umbau und Unterhalt von bestehenden Bauten und Infrastrukturanlagen geflossen ist, war über den beobachteten Zeitraum im Kanton Bern in etwa konstant und lag immer über dem Schweizer Durchschnitt. Die totalen Bauausgaben im Kanton Bern sind zwischen 1998 und 2015 um 65 % von rund 4.6 Mrd. auf rund 7.6 Mrd. CHF gestiegen.

W5 Kostenwahrheit: Zu diesem Zielbereich hat der Cercle Indicateurs bisher keinen Indikator definiert.

W6 Ressourceneffizienz: Die Materialeffizienz der Volkswirtschaft, gemessen am BIP im Verhältnis zum inländischen Rohstoffverbrauch, ist in den letzten Jahren schweizweit gestiegen (ein interkantonaler Vergleich ist aufgrund fehlender Daten nicht möglich). Gleichzeitig hat jedoch der materielle Fussabdruck der Schweiz im beobachteten Zeitraum weiter zugenommen. Die Effizienzgewinne scheinen also durch das Bevölkerungs- und Wirtschaftswachstum zumindest teilweise überkompensiert worden zu sein.

W7 Innovationen: Nicht zuletzt aufgrund der geänderten Berechnungsgrundlage hat der Anteil der Beschäftigten in innovativen Branchen im Kanton Bern seit 2002 relativ stark geschwankt. Insgesamt hat der Wert stagniert und er lag stets unterhalb des Durchschnitts der Cercle Indicateurs-Kantone.

W8 Wirtschaftsstruktur: Beim Anteil der Beschäftigten in wertschöpfungsstarken Branchen ist die Entwicklung im Kanton Bern insgesamt unregelmässig, wobei am Ende des Beobachtungszeitraums ein deutlicher Anstieg zu verzeichnen ist. Der Kanton Bern schneidet aber weiterhin unterdurchschnittlich ab.

W9 Know-how: Positiv hat sich das Qualifikationsniveau bzw. die Verfügbarkeit von hochqualifizierten Arbeitskräften im Kanton Bern entwickelt, was zu einer Verbesserung bei der bedeutenden Ressource Know-how führt. Der Kanton Bern liegt in diesem Bereich jedoch weiterhin rund fünf Prozentpunkte unter dem Schweizer Durchschnitt.

W10 Öffentlicher Haushalt: Der Nettoverschuldungsquotient zeigt im beobachteten Zeitraum einen U-förmigen Verlauf. Nach einer Abnahme zwischen 2003 und 2009 ist bis 2015 wieder eine Zunahme zu verzeichnen. Im Vergleich mit den anderen Kantonen steht der Kanton Bern deutlich schlechter da, wobei die Zahlen teilweise nicht direkt vergleichbar sind.

W11 Steuern: Seit 2008, d.h. seit der Indikator erhoben wird, hat sich die Steueraus schöpfung als Mass für die Belastung der Wirtschaftskraft durch Steuern im Kanton Bern unregelmässig entwickelt. Sie lag aber stets zwischen 15 und 20 % über dem Durchschnittswert der Schweiz. Anders ausgedrückt werden knapp 30 % des Ressourcenpotenzials des Kantons Bern durch Fiskalabgaben belastet (CH: 25.4 %). Dies ist die vierthöchste Steuerbelastung aller Kantone (EFV 2017).

W12 Produktion: Zu diesem Zielbereich hat der Cercle Indicateurs bisher keinen Indikator definiert.

1.4 Situation Dimension Gesellschaft

Mit Bezug auf die Zieldimension "Gesellschaft" definierte der Bundesrat in seinem Bericht "Strategie Nachhaltige Entwicklung 2002" eine Entwicklung dann als nachhaltig, wenn sie allen Menschen Entfaltung, eine gute Lebensqualität und Wohlbefinden ermöglicht. Dies bedeutet konkret:

- Gesundheit und Sicherheit der Menschen in umfassendem Sinne zu schützen und zu fördern,
- Bildung und damit Entwicklung sowie Entfaltung und Identität der Einzelnen zu gewährleisten,
- die Kultur sowie die Erhaltung und Entwicklung gesellschaftlicher Werte und Ressourcen im Sinne des Sozialkapitals zu fördern,
- die Menschenrechte anzuerkennen, gleiche Rechte und Rechtssicherheit für alle zu gewährleisten, insbesondere die Gleichstellung von Frau und Mann sowie die Gleichberechtigung bzw. den Schutz von Minderheiten,
- die Solidarität innerhalb und zwischen den Generationen sowie global zu fördern.

Quelle: Schweizerischer Bundesrat: Strategie Nachhaltige Entwicklung 2002

G1 Lärm/Wohnqualität: Zwischen 2002 und 2012² hat der Anteil der durch Verkehrslärm belästigten Personen im Kanton Bern um gut sechs Prozentpunkte abgenommen. Er lag dabei durchgehend unter dem schweizerischen Wert.

G2 Mobilität: Im Beobachtungszeitraum 2011 bis 2015 hat sich die durchschnittliche Distanz vom Wohnort zur nächsten Haltestelle des öffentlichen Verkehrs im Kanton Bern weiter verringert. Im interkantonalen Vergleich ist diese Distanz jedoch um einen Sechstel grösser, was durch geografische Merkmale und die Besiedlungsstruktur des Kantons Bern zu erklären ist. In den letzten 15 Jahren stabilisierte sich die pro Kopf zurück gelegte Gesamtdistanz im Kanton Bern bei rund 40 km pro Tag. Der Anteil des motorisierten Individualverkehrs ist seit 2005 leicht rückläufig, der Fuss- und Veloverkehr stabil und mit dem öffentlichen Verkehr wurden im Jahr 2015 1.3 km mehr zurückgelegt als im Jahr 2000.

G3 Gesundheit: Seit 1995 haben die vorzeitigen Todesfälle bzw. potentiell verlorenen Lebensjahre sowohl im Kanton Bern als auch in der Schweiz stetig abgenommen, wobei sich in den letzten Jahren eine Abflachung des Trends abzeichnet. Allgemein weist die Entwicklung des Kernindikators auf eine Verbesserung des Gesundheitszustandes der Bevölkerung sowie der medizinischen Versorgung hin. Die Werte des Kantons Bern sind durchschnittlich.

G4 Sicherheit: Als Indikatoren zum Zielbereich Sicherheit erhebt der Cercle Indicateurs die Anzahl Strassenverkehrsunfälle mit Personenschäden und die Anzahl Schwerer Gewaltstraftaten. Die Anzahl der Strassenverkehrsunfälle hat in den letzten 40 Jahren insgesamt deutlich abgenommen, in der Zeitspanne 2005 bis 2016 war die Abnahme im Kanton Bern jedoch kleiner als schweizweit. Bei den Schweren Gewaltstraftaten zeigen die Daten für die Erhebungsperiode 2009 bis 2016 eine sowohl für den Kanton Bern als auch für die Schweiz unregelmässige Entwicklung, wobei der Wert für den Kanton Bern unter jenem für die Schweiz liegt (ältere Zahlen sind nicht verfügbar).

G5 Einkommens- und Vermögensverteilung: Bei den Gini-Koeffizienten des Reineinkommens und des Reinvermögens gibt es im Kanton Bern im Beobachtungszeitraum 2002 bis 2015 kaum Veränderungen. Das Reinvermögen ist jedoch wesentlich ungleicher verteilt als das Reineinkommen. Die Ungleichverteilung der Reinvermögen wird auch im Sozialbericht 2015 des Kantons Bern aufgezeigt. Aufgrund der untersuchten Steuerdaten kam der Regierungsrat darin zum Schluss, dass sich die Schere zwischen Arm und Reich im Kanton Bern in den vergangenen Jahren geöffnet hat und die Einkommen zunehmend ungleich verteilt sind. Für die übrigen Kantone und die Gesamtschweiz liegen keine vergleichbaren Zahlen vor.

G6 Partizipation: Die Teilnahme an den eidgenössischen Wahlen und Abstimmungen stagnierte im Kanton Bern für den beobachteten Zeitraum 2003 bis 2015 zwischen 40 und 45 % und liegt damit unter dem schweizerischen Durchschnitt.

G7 Kultur und Freizeit: Das finanzielle Engagement des Kantons Bern für Kultur und Freizeit hat zwischen 1990 und 2015 zugenommen. Im interkantonalen Vergleich lagen die Werte des Kantons Bern aber zumeist unter dem schweizerischen Durchschnitt.

G8 Bildung: Der Kernindikator "Jugendliche in Ausbildung" erlebte zwischen 2003 und 2011 eine unregelmässige und seither eine stagnierende Entwicklung. 2016 befanden sich mehr als 80 % der 18-Jährigen in einer Ausbildung der Sekundarstufe II, was deutlich über dem Mittelwert der Kantone des Cercle Indicateurs liegt.

G9 Soziale Sicherheit: Der Anteil Sozialhilfeempfänger/-innen an der Bevölkerung hat sich zwischen 2004 und 2015 unregelmässig entwickelt. Nach einer Zunahme zwischen 2004 und 2006 und einer darauffolgenden Abnahme bis 2008 ist der Anteil danach bis 2014 leicht ge-

² Daten aus der aktuellen Schweizerischen Gesundheitsbefragung liegen erst Ende 2018 vor.

stiegen und erst 2015 wieder leicht gesunken. Der Kanton Bern lag während der ganzen Beobachtungszeit deutlich über dem schweizerischen Durchschnitt.

G10 Integration: Ein insgesamt negativer Trend mit starken Schwankungen im Zeitverlauf ist bei der Einbürgerungsquote zu beobachten. Indikatoren zu anderen wichtigen Aspekten des Zielbereichs Integration wie z.B. Bildungsquote, Gesundheitszustand oder Arbeitsmarkt werden im Cercle Indicateurs nicht erhoben.

G11 Chancengleichheit: Der Indikator „Frauen in Kaderpositionen“ entwickelte sich im beobachteten Zeitraum unregelmässig. Lange war der Kanton Bern etwas besser positioniert als die Gesamtschweiz, in den letzten Jahren glichen sich diese Unterschiede aber aus. Im Grossen Rat des Kantons Bern ist der Frauenanteil jedoch deutlich höher als der Durchschnittswert der kantonalen Parlamente.

G12 Überregionale Solidarität: Das finanzielle Engagement des Kantons Bern für Hilfsaktionen als Mass für die überregionale Solidarität unterliegt starken Schwankungen. Gemessen am Total der laufenden Ausgaben gibt der Kanton seit 2013 ca. 0.15 ‰ für Hilfsaktionen in der Schweiz und im Ausland aus, während der Durchschnitt aller Cercle Indicateurs-Kantone bei rund 2.3 ‰ liegt. Zu anderen Aspekten des Zielbereichs überregionale Solidarität wie z.B. die Finanzströme innerhalb des Kantons oder innerhalb der Schweiz (Stichwort innerkantonal und nationaler Finanzausgleich) werden im Cercle Indicateurs keine Zahlen erhoben.

1.5 Zusammenzug

Zusammen mit den ergänzenden Informationen geben die Daten des Cercle Indicateurs Hinweise einerseits zu den Trends der Entwicklung und andererseits über die Situation des Kantons Bern im Vergleich zu den übrigen am Cercle Indicateurs beteiligten Kantonen bzw. zur Gesamtschweiz (Benchmarking).

Gesamtsicht Entwicklungstrends (Trendanalyse)

Bereich	Anzahl Indikatoren	positiv	stagnierend oder unregelmässig	negativ
Umwelt	12	•••••	••••••	•
Wirtschaft	10	••	••••••	•
Gesellschaft	13	•••••	••••••	•
NE-Gesamt	35	12	20	3
Vorperiode	33	12	11	8

Im **Umweltbereich** ist der Kanton Bern einigermaßen auf Kurs: Bei fünf der zwölf erhobenen Indikatoren kann eine Verbesserung konstatiert werden und bei sechs Indikatoren eine Stagnation. Nur im Zielbereich "Bodenverbrauch" (überbaute Fläche pro Einwohner/in) war die Entwicklung weiterhin negativ (allerdings besser als in früheren Jahrzehnten). Im **Bereich Wirtschaft** ist die Bilanz durchzogen: Bei sieben der zehn Indikatoren ist eine Stagnation, bei zweien eine Verbesserung und bei einem (dem Mietpreinsniveau) eine Verschlechterung zu beobachten. Im **Bereich Gesellschaft** schliesslich war die Bilanz in den letzten Jahren insgesamt neutral bis positiv – nur im Zielbereich "Integration" (gemessen an der Zahl der Einbürgerungen) verlief die Entwicklung weg von den Zielen der nachhaltigen Entwicklung.

Insgesamt ist die Bilanz der Trendanalyse des Kantons Bern im Hinblick auf die Ziele der Nachhaltigen Entwicklung somit mehrheitlich positiv. Den wenigen negativen Entwicklungen

standen in den letzten Jahren wesentlich mehr positive Entwicklungen gegenüber.

Gesamtsicht Vergleich mit den übrigen Kantonen (Benchmarking)

NE-Bereich	Anzahl Indikatoren	besser	nahe am Durchschnitt	schlechter
Umwelt	8	••	•••	•••
Wirtschaft	9	•••	•	•••••
Gesellschaft	12	•••	••	•••••••
NE-Gesamt	29	8	6	15
Vorperiode	30	10	6	14

Im **Bereich Umwelt** schneidet der Kanton Bern durchschnittlich ab: bei zwei der acht Indikatoren des Cercle Indicateurs ist er besser und bei je drei gleich oder schlechter positioniert als die übrigen Kantone bzw. die Gesamtschweiz. Charakteristisch für die **Zieldimension Wirtschaft** sind die zahlreichen Abweichungen: Nur bei einem Indikator ist der Kanton Bern durchschnittlich, bei drei Indikatoren schneidet er besser und bei fünf schlechter ab als der Durchschnitt. Noch etwas schlechter ist die Bilanz im **gesellschaftlichen Bereich**: Bei sieben der Indikatoren ist der Kanton Bern schlechter, bei zwei durchschnittlich und bei drei besser klassiert als der Mittelwert.

Bei 16 der 29 vergleichbaren Indikatoren ist der Kanton Bern heute unter dem Durchschnitt aller am Cercle Indicateurs beteiligten Kantone positioniert und nur bei 8 Indikatoren darüber – das Ergebnis des Benchmarkings ist somit deutlich weniger positiv als das Ergebnis der Trendanalyse. Gegenüber 2014 ist der Kanton Bern im Benchmarking weiter zurückgefallen; damals war er bei 14 Indikatoren schlechter, bei 6 ungefähr gleich und bei 10 besser positioniert als der Durchschnitt der Cercle Indicateurs-Kantone.

Legende zur Tabelle auf der nächsten Seite:

1 Zielrichtung (Erwünschte Entwicklung des Indikators):

↗ Zunahme ↘ Abnahme

2 Entwicklung (Seit 1990 oder ab dem Zeitpunkt der ersten Erhebung):

+ positiv (in Richtung Nachhaltige Entwicklung) - negativ (weg von der Nachhaltigen Entwicklung)
≈ stagnierend oder unregelmässig noch keine Aussage möglich (weniger als 3 Erhebungen)
 (+) Symbol in Klammern: Gesamtschweizerische Werte (kein Quervergleich möglich)

3 Vergleich (Abweichung des Kantons Bern vom Durchschnitt der am Cercle Indicateurs beteiligten Kantone oder vom CH-Durchschnitt):

☺ BE besser als der Durchschnitt ☹ BE nahe am Durchschnitt
 ☹ BE schlechter als der Durchschnitt -- kein Vergleich möglich

Entwicklung der Kernindikatoren im Kanton Bern und Vergleich

1: Zielrichtung 2: Entwicklung 3: Vergleich BE/CH oder BE/Cercle Indicateurs-Kantone Symbole: siehe Seite 15

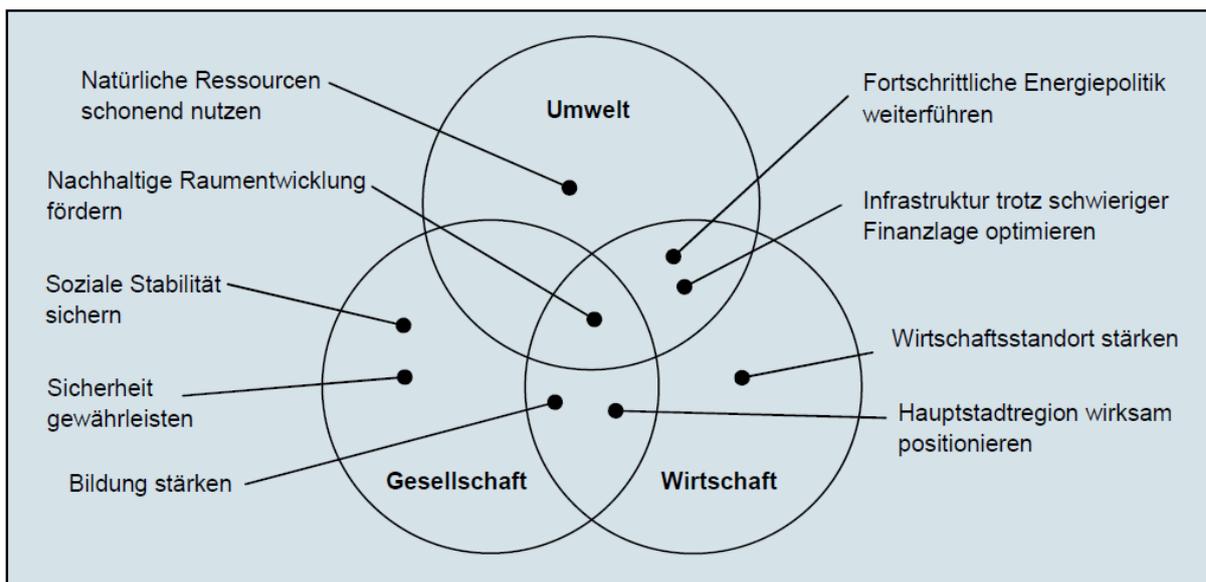
Zielbereich	Kernindikator (beobachteter Zeitraum)	1	2	3
Umwelt	12 Indikatoren erhoben			
U1 Biodiversität	Pflanzenartenvielfalt (2005 – 2015)	↗	+	☺
U2 Natur und Landschaft	Fläche geschützter Naturräume (2004 – 2015)	↗	+	☺
U3 Energieverbrauch	Endenergieverbrauch pro Einwohner/in (1990 – 2016)	↘	(+)	--
U4 Energiequalität	<i>Erneuerbare Energien, Schweiz (1990 – 2016)</i>	↗	(+)	--
U5 Klima	CO ₂ -Emissionen pro Einwohner/in (1990 – 2015)	↘	(+)	--
U6 Rohstoffverbrauch	Abfallmenge pro Einwohner/in (1990 – 2016)	↘	≈	☹
	Separatsammelquote (1990 – 2016)	↗	≈	☹
U7 Rohstoffqualität	Kein Indikator definiert			
U8 Wasserhaushalt	Wasserabfluss via ARA (2005 – 2016)	↘	≈	☺
U9 Wasserqualität	Nitrat im Grundwasser (2005 – 2015)	↘	≈	☹
U10 Bodenverbrauch	Überbaute Fläche pro Einwohner/in (1979/85 – 2013/18)	↘	-	☹
U11 Bodenqualität	Flächen mit geringer Schwermetallbelastung (2000, 2008, 2015)	↗	≈	--
U12 Luftqualität	Langzeit – Belastungsindex (2002 – 2015)	↘	≈	☹
Wirtschaft	10 Indikatoren erhoben			
W1 Einkommen	BIP pro Einwohner/-in (2008 – 2015)	↗	≈	☹
W2 Lebenskosten	Mietpreisniveau (2003 – 2015)	↘	-	☺
W3 Arbeitsmarkt	Arbeitslosenquote (1990 – 2016)	↘	≈	☺
W4 Investitionen	Umbau- und Unterhaltsarbeiten (1998 – 2015)	↗	≈	☺
W5 Kostenwahrheit	Kein Indikator definiert			
W6 Ressourceneffizienz	<i>Materialeffizienz der Volkswirtschaft, Schweiz (2000 – 2014)</i>	↗	(+)	--
W7 Innovationen	Beschäftigte in Innovativen Branchen (2002, 2005, 2008, 2011, 2013)	↗	≈	☹
W8 Wirtschaftsstruktur	Beschäftigte in wertschöpfungsstarken Branchen (2002 – 2014)	↗	≈	☹
W9 Know-how	Qualifikationsniveau (2003 – 2015)	↗	+	☹
W10 Öffentlicher Haushalt	Nettoverschuldungsquotient (2003 – 2015)	↘	≈	☹
W11 Steuern	Index der Steueraus schöpfung (2008 – 2017)	↘	≈	☹
W12 Produktion	Kein Indikator definiert			
Gesellschaft	13 Indikatoren erhoben			
G1 Lärm / Wohnqualität	Belastung durch Verkehrslärm (2002, 2007, 2012)	↘	+	☺
G2 Mobilität	Zugang zum System öV (Distanz) (2011, 2013, 2015)	↘	+	☹
G3 Gesundheit	Potenziell verlorene Lebensjahre (1995 – 2015)	↘	+	☺
G4 Sicherheit	Strassenverkehrs unfälle mit Personenschäden (2005 – 2016)	↘	+	☹
	Schwere Gewaltstraftaten (2009 – 2016)	↘	≈	☺
G5 Einkommens- und Vermögensverteilung	Gini-Koeffizient Reineinkommen und -vermögen (2002 – 2015)	↘	≈	--
G6 Partizipation	Stimm- und Wahlbeteiligung (2003 – 2015)	↗	≈	☹
G7 Kultur und Freizeit	Kultur- und Freizeitausgaben (1990 – 2015)	↗	+	☹
G8 Bildung	Jugendliche in Ausbildung (2003/04 – 2015/16)	↗	≈	☺
G9 Soziale Sicherheit	Bezüger/-innen von Sozialhilfeleistungen (2004 – 2015)	↘	≈	☹
G10 Integration	Einbürgerungen (1999 – 2016)	↗	-	☹
G11 Chancengleichheit	Frauen in Kaderpositionen (2003 – 2016)	↗	≈	☹
G12 Überregionale Solidarität	Hilfsaktionen (1990 – 2015)	↗	≈	☹

2 Bilanz Legislaturziele 2015 – 2018

2.1 Einleitung

Seit 2007 orientieren sich die Richtlinien der Regierungspolitik, die der Regierungsrat jeweils für eine Legislaturperiode von vier Jahren beschliesst, an der Grundmaxime der Nachhaltigen Entwicklung³.

In den Richtlinien der Regierungspolitik 2015 – 2018 (nachfolgend: Regierungsrichtlinien) hat der Regierungsrat Ende 2014 in neun Zielen festgelegt, wo er innerhalb der drei Wirkungsdimensionen Umwelt, Gesellschaft und Wirtschaft in der Legislatur 2015 – 2018 Akzente setzen will. Zur Erreichung dieser Ziele wurden jeweils verschiedene Massnahmen definiert, die während der Legislatur weitergeführt oder neu eingeleitet werden.



Quelle: Richtlinien der Regierungspolitik 2015-2018 (Regierungsrat 2014)

Zum Zeitpunkt der Erarbeitung des vorliegenden Berichts Anfang 2018 ist es nicht möglich, die Wirkungen dieser Massnahmen abschliessend zu beurteilen. Ziel und Absicht ist es vielmehr, im Sinne eines summarischen Leistungscontrollings aufzuzeigen, wie die Umsetzung der geplanten Massnahmen in den Jahren 2015 – 2017 vorangekommen ist. Als Grundlage für diese Bilanz dienen die Spezialberichte zu den Legislaturzielen im Rahmen der Geschäftsberichte 2015 und 2016 (Finanzdirektion 2016, 2017) sowie ergänzende Angaben der verschiedenen Direktionen für das Jahr 2017.

³ Zu den Grundlagen der Nachhaltigen Entwicklung und deren Verständnis im Kanton Bern vgl. Anhang 1.

2.2 Bilanz pro Legislaturziel

2.2.1 Ziel 1: Nachhaltige Raumentwicklung fördern

Ziel (Kurzfassung gemäss Regierungsrichtlinien)

Der Raum soll sich durch ein Siedlungswachstum nach innen und eine Konzentration der Bautätigkeit an gut erschlossenen Standorten nachhaltiger entwickeln. Dadurch wird der Bodenverbrauch pro Person verringert und wertvolles Kulturland wird geschont. Die Siedlungs- und Freiraumgestaltungen berücksichtigen die unterschiedlichen Bedürfnisse der Regionen und stärken so die Lebensqualität der gesamten Bevölkerung. Gleichzeitig schafft der Kanton die räumlichen Voraussetzungen für eine Arbeitsplatz- und Bevölkerungsentwicklung im Schweizer Durchschnitt.

Massnahmen (zusammengefasst)

- a) Förderung der Siedlungsentwicklung nach innen / Beschränkung des Wachstums der Siedlungsfläche / Schutz des Kulturlands
- b) Ermöglichen eines Bevölkerungs- und Wirtschaftswachstums im Schweizer Mittel unter Berücksichtigung der regional unterschiedlichen Voraussetzungen und Bedürfnisse
- c) Sicherstellung bzw. Stärkung der Handlungsfähigkeit der Gemeinden (inkl. Förderung von Gemeindefusionen)

Stand der Arbeiten (Meilensteine)

Mit der Verabschiedung des Richtplans 2030 durch den Regierungsrat (RRB 1032/2015) und der Änderung des Baugesetzes vom 16. März 2016 (BauG; BSG 721.0) als Gegenvorschlag zur Kulturland-Initiative wurden in den letzten Jahren zwei wichtige Pfeiler zur Verlagerung der Siedlungsentwicklung nach innen und für einen besseren Schutz des Kulturlands gesetzt. Sowohl die neuen Regelungen im kantonalen Richtplan wie auch die Bestimmungen in der Baugesetzgebung orientieren sich an den verschiedenen Raumtypen im Kanton Bern und deren unterschiedlichen Voraussetzungen. Die Umsetzung der neuen Vorgaben erfolgt einerseits durch die Regionalkonferenzen und Planungsregionen (insbesondere bei der Erarbeitung ihrer Regionalen Gesamtverkehrs- und Siedlungskonzepte RGSK) und andererseits direkt durch die Gemeinden im Rahmen ihrer Nutzungsplanungen. Die RGSK wurden 2014 – 2016 überarbeitet; eine nächste Aktualisierung ist ab Herbst 2018 vorgesehen. Bei den Ortsplanungen ist seit der Genehmigung des Richtplans 2030 durch den Bundesrat am 3. Mai 2016 das Einzonungsmoratorium gemäss dem Übergangsrecht des teilrevidierten Raumplanungsgesetzes aufgehoben. Wegen den strengen Vorgaben des Baugesetzes und des Richtplans sind allerdings Einzonungen nur noch in Ausnahmefällen möglich. Schliesslich wurden zur Förderung der Siedlungsentwicklung nach innen im Internet umfangreiche Grundlagendaten und Arbeitshilfen publiziert sowie im Amt für Gemeinden und Raumordnung eine spezielle Koordinations- und Ansprechstelle geschaffen.

Seit Inkrafttreten des Gemeindefusionsgesetzes (GFG; BSG 170.12) im Juni 2005 wurden insgesamt 36 Gemeindezusammenschlüsse realisiert. Dabei ist die Gemeindeanzahl von 400 auf 347 gesunken (Stand Anfang 2018). Besonders stark war die Abnahme im Jahr 2014 (minus 17 Gemeinden), während die Bevölkerung in den letzten Jahren diverse grössere Fusionsprojekte abgelehnt hat. Mit der Lockerung der Bestandesgarantie ist die Förderung von freiwilligen Fusionen zwar weiterhin zentral, es besteht aber in bestimmten Fällen die Möglichkeit, einen Zusammenschluss anzuordnen (davon hat der Kanton bisher allerdings noch nie Gebrauch gemacht). Der Grosse Rat hat für die Fusionsförderung im Zeitraum 2014 – 2017 einen Rahmenkredit von 15.5 Mio. CHF gesprochen.

2.2.2 Ziel 2: Wirtschaftsstandort stärken

Ziel (Kurzfassung gemäss Regierungsrichtlinien)

Der Kanton Bern verbessert sich bis 2025 bei der Wirtschaftskraft in der Rangliste der Kantone. Er wird der wichtigste Cleantech-Standort der Schweiz. Die Umsetzung der Wirtschaftsstrategie 2025 wird vorangetrieben.

Massnahmen (zusammengefasst)

- a) Innovationsförderung (Schwerpunkte: Innovationspark Biel/Bienne und Kompetenzzentrum translationale Medizin sitem-Insel Bern)
- b) Senkung der Steuerbelastung / neue kantonale Steuerstrategie
- c) Finanzhaushalt des Kantons im Gleichgewicht behalten

Stand der Arbeiten (Meilensteine)

Mit dem neuen Innovationsförderungsgesetz (IFG; BSG 901.6), das per 1. Oktober 2016 in Kraft gesetzt wurde, dem Switzerland Innovation Park (SIP) Biel/Bienne und dem Schweizerischen Kompetenzzentrum für Translation und Unternehmertum in der Medizin (sitem-insel) sind bis Ende 2017 wichtige Meilensteine der Legislaturplanung erreicht worden. Für den Aufbau des SIP Biel/Bienne bis 2021 genehmigte der Grosse Rat im März 2016 einen Kredit von 20 Mio. CHF und für das sitem-insel einen Betriebsbeitrag von 25.8 Mio. CHF (bis 2020). Über das IFG wird zudem ein Ausbauprojekt der Eidgenössischen Materialprüfungs- und Forschungsanstalt Empa in Thun gefördert. Die Empa ist der einzige ETH-Standort im Kanton Bern. Für die Standortsicherung, den Ausbau der Forschungsaktivitäten im Bereich additive Fertigung sowie für das zur Verfügung stellen von Flächen für Start-ups ist eine Aufbauhilfe des Kantons von insgesamt zehn Millionen Franken nötig. Mit dem kantonalen Umsetzungsprogramm 2016 – 2019 zur Neuen Regionalpolitik des Bundes stehen neben den Kantons- auch Bundesmittel für die Unterstützung Regionaler Innovationssysteme und innovativer Projekte z.B. im Tourismus und in der Cleantech- sowie der Präzisionsindustrie zur Verfügung.

Im August 2016 hat der Regierungsrat seinen ersten Bericht zur Steuerstrategie des Kantons Bern "Grundlagen und Ziele bis 2022" zuhanden des Grossen Rates verabschiedet. Der Bericht wurde vom Grossen Rat in der Novembersession 2016 zur Kenntnis genommen und mehrheitlich begrüsst. Die Strategie sieht hauptsächlich eine gestaffelte Senkung des maximalen Gewinnsteuertarifs bei den juristischen Personen vor. Die erste Etappe (Gewinnsteuersenkungen 2019 und 2020) wird mittels Steuergesetzrevision 2019 umgesetzt, welche in der Novembersession 2017 in erster Lesung bestätigt worden ist. Die zweite Etappe (Gewinnsteuersenkungen 2021 und 2022 sowie weitere Massnahmen) soll mit einer Steuergesetzrevision 2021 umgesetzt werden, zusammen mit der Steuervorlage 17 des Bundes.

Der Regierungsrat hat sich zu Beginn der Legislatur zum Ziel gesetzt, in sämtlichen Jahren Überschüsse zu erzielen und eine Neuverschuldung zu verhindern. Dies ist ihm bis anhin gelungen. Die Rechnungen 2015 und 2016 wiesen Überschüsse in dreistelliger Millionenhöhe aus. Auch für das Jahr 2017 zeichnen sich ein Überschuss sowie ein Schuldenabbau ab.

Angesichts trüber finanzpolitischer Aussichten beschloss der Regierungsrat im Herbst 2016 die Erarbeitung eines Entlastungspaketes (EP 2018). Vordringliches Ziel war es, dem Grossen Rat im August 2017 einen ausgeglichenen Voranschlag 2018 und Aufgaben-/Finanzplan 2019 – 2021 vorzulegen. Darüber hinaus wollte der Regierungsrat die nachhaltige Finanzierung seiner Steuerstrategie sicherstellen und aufzeigen, welche Massnahmen für darüber hinaus gehende Steuerentlastungen notwendig wären. Das EP 2018 sah jährlich wiederkehrende Entlastungen von CHF 185 Mio. ab dem Jahr 2021 vor. In der Novembersession 2017 beriet der Grosse Rat das Paket. Er stimmte der finanz- und steuerpolitischen Stossrichtung des Regierungsrates im Grossen und Ganzen zu und genehmigte den Voranschlag 2018 mit einem Überschuss von CHF 108 Mio. in der Erfolgsrechnung sowie einem positiven Finanzierungssaldo in der Höhe von CHF 35 Mio.

2.2.3 Ziel 3: Infrastruktur trotz schwieriger Finanzlage optimieren

Ziel (Kurzfassung gemäss Regierungsrichtlinien)

Der Kanton Bern erhält die Qualität seiner Infrastruktur und entwickelt sie gezielt weiter. Dabei nimmt er Rücksicht auf seine finanzielle Leistungsfähigkeit.

Massnahmen (zusammengefasst)

Grundsätzlich haben der sachgerechte Unterhalt und die Weiterentwicklung der bestehenden Infrastrukturen gegenüber neuen Anlagen den Vorrang. Für die Legislatur 2015 – 2018 wurden folgende drei Schwerpunkte festgelegt:

- a) Planung und Baustart Campus Biel/Bienne (neuer Standort Berner Fachhochschule)
- b) Erste Etappe Ausbau Bahnhof Bern (Baubeginn neuer RBS-Tiefbahnhof)
- c) Realisierung Bypass Thun Nord

Stand der Arbeiten (Meilensteine)

Mit dem neuen Campus in Biel/Bienne wird der Kanton Bern als Bildungsstandort gestärkt und die Berner Fachhochschule in der Fachhochschullandschaft Schweiz wettbewerbsfähig positioniert. Auf dem neuen Campus sollen die beiden Departemente Technik und Informatik sowie Architektur, Holz und Bau konzentriert werden. Der Grosse Rat hat dem Ausführungskredit von 233.5 Mio. CHF im Juni 2017 zugestimmt. Die Aushubarbeiten wurden im Januar 2018 gestartet. Offizieller Baubeginn ist im Sommer 2019.

Der Bahnhof Bern ist als zweitgrösster Bahnhof der Schweiz ein wichtiger Knotenpunkt im in- und ausländischen Bahnverkehr. Die Platzverhältnisse sind jedoch zunehmend eng, die Kapazitätsgrenzen erreicht. Im Jahr 2015 wurde das Plangenehmigungsverfahren für die erste Etappe des Ausbaus eingeleitet (neuer RBS-Tiefbahnhof und zweite Personenunterführung). Die Plangenehmigung erfolgte im Frühjahr 2017 und im Sommer 2017 wurde mit den Bauarbeiten begonnen. Die Kosten für die erste Etappe, die bis 2025 abgeschlossen werden soll, sind auf 974 Mio. CHF budgetiert (exkl. Verkehrsmassnahmen der Stadt Bern in der Höhe von 93 Mio. CHF).

Der Bypass Thun Nord ist eine neue, die Aare querende Strassenverbindung im Norden der Agglomeration Thun. Er entlastet die Thuner Innenstadt und verschiedene Hauptverkehrsachsen vom Verkehr und erschliesst gleichzeitig wichtige Entwicklungsgebiete. Zum Bypass Thun Nord gehören eine neue Aarequerung, die Umgestaltung und Verlängerung des Autobahnzubringers zur A6 sowie verschiedene Begleitprojekte in Thun, Steffisburg und Heimberg. Der Gesamtkredit beträgt 145 Mio. CHF. Der Baustart der ersten Etappe ist Mitte 2014 erfolgt und am 9. November 2017, rund zwei Jahre früher als einst geplant, erfolgte die Einweihung. Die Umsetzung der Begleitmassnahmen erfolgt in den Jahren 2018 und 2019.

Weitere geplante Grossinvestitionen sind der Neubau des Polizeizentrums in Bern (PZB) in Niederwangen/Köniz, der Neubau des Campus Bern der Berner Fachhochschule (BFH) und die neue Tramlinie Bern–Ostermundigen (TBO).

2.2.4 Ziel 4: Soziale Stabilität sichern

Ziel (Kurzfassung gemäss Regierungsrichtlinien)

Mit Begleitmassnahmen wird sichergestellt, dass die im Rahmen von Sparpaketen erfolgten Kürzungen kantonaler Leistungen nicht zu einer allgemeinen Schwächung der sozialen Stabilität führen. Im Leistungsbereich der Gesundheits-, Bildungs- und Sozialpolitik definiert der Regierungsrat "rote Linien", die nicht unterschritten werden dürfen.

Massnahmen (zusammengefasst)

- a) Begleitmassnahmen zur Abfederung der Kürzungen im Sozial-, Bildungs- und Gesundheitsbereich
- b) Konsolidierung der Sozialhilfe (Revision Sozialhilfegesetz)
- c) Pflege / Betreuung: Aktualisierung der Strategien für die Alters- und die Behindertenpolitik
- d) Gesundheitsversorgung: Aktualisierung Versorgungsplanung

Stand der Arbeiten (Meilensteine)

Sowohl die kürzlich veröffentlichten Zahlen des Bundesamts für Statistik als auch das Benchmarking mit anderen Kantonen zeigen, dass die Integrationsmassnahmen im Kanton Bern überproportional teuer und teilweise zu wenig wirkungsvoll sind. Die Gesundheits- und Fürsorgedirektion stellt eine Diskrepanz fest zwischen den bestehenden Angeboten und den Bedürfnissen der Wirtschaft und der Betroffenen selber. Sie befürwortet daher eine Korrektur des Systems mit teilweise neuen, effizienteren und wirksameren Angeboten die weniger zielführende ersetzen. Bereits beschlossene finanzielle Kürzungen sollen eine Verbesserung des Kosten-Nutzen-Verhältnisses, eine schrittweise Optimierung der Massnahmen sowie die Initiierung wirksamerer Ansätze ermöglichen.

Die Arbeiten für die Teilrevision des Sozialhilfegesetzes (SHG) laufen seit Anfang 2014. Die Vorlage verfolgt drei Ziele: Erstens soll die Ausübung einer Erwerbstätigkeit wirtschaftlich attraktiver sein als der Bezug von Sozialhilfe. Zweitens soll, wer Sozialhilfe bezieht, bei seinen Bemühungen, sich wieder in den Arbeitsmarkt zu integrieren, stärker motiviert und besser unterstützt werden. Drittens soll auch die wirtschaftliche Sozialhilfe einen Beitrag an die Entlastung des Staatshaushalts leisten. Diese Ziele sollen insbesondere mit der Reduktion des Grundbedarfs für den Lebensunterhalt und der gleichzeitigen Erhöhung der Leistungen mit Anreizcharakter (Einkommensfreibetrag und Integrationszulage) erreicht werden. Im November 2017 hat der Grosse Rat die Teilrevision des SHG in erster Lesung beraten und im März 2018 wurde sie verabschiedet.

Das kantonale Behindertenkonzept ist auf die Förderung der Selbstbestimmung, der Eigenverantwortung und der sozialen Teilhabe von erwachsenen Menschen mit Behinderungen ausgerichtet. Mit einem Systemwechsel von der Objekt- zur Subjektfinanzierung sollen diese Ziele umgesetzt werden. Die flächendeckende Umsetzung des Berner Modells ist ab 2021 geplant. Die kantonale Alterspolitik wird basierend auf dem Bericht zur Alterspolitik 2016 weitergeführt. Dabei werden die alterspolitischen Herausforderungen priorisiert.

Im Dezember 2016 hat der Regierungsrat die von der Gesundheits- und Fürsorgedirektion erarbeitete dritte Versorgungsplanung genehmigt. Auf Basis dieser Versorgungsplanung, und der teilweise überarbeiteten Spitallistenanforderungen, läuft zurzeit das Spitalistenbewertungsverfahren für die Bereiche Akutsomatik und Psychiatrie.

2.2.5 Ziel 5: Natürliche Ressourcen schonend nutzen

Ziel (Kurzfassung gemäss Regierungsrichtlinien)

Der Kanton Bern leistet einen substanziellen Beitrag zur Erhaltung und schonenden Nutzung der natürlichen Ressourcen. Er fördert die Biodiversität und unterstützt die Optimierung der Stoffkreisläufe. Damit trägt er dazu bei, dass die natürlichen Lebensgrundlagen auch den kommenden Generationen möglichst uneingeschränkt zur Verfügung stehen.

Massnahmen (zusammengefasst)

- a) Wald/Naturgefahren: Strategie zur Verbesserung der Eigenwirtschaftlichkeit der Waldwirtschaft. Anpassung der Waldbewirtschaftung und des Naturgefahrenmanagements an den Klimawandel
- b) Wasser: Umsetzung der kantonalen Wasserstrategie 2010 (Schwerpunkte Siedlungsentwässerung und Trinkwasserversorgung)
- c) Schliessung von Stoffkreisläufen (Recycling allgemein und Verwertung von Siedlungsabfällen)
- d) Erhaltung und Förderung der Biodiversität

Stand der Arbeiten (Meilensteine)

Mitte 2015 wurde zusammen mit dem Verband Berner Waldbesitzer das Programm "Nachhaltige Waldwirtschaft BE" lanciert, das in der Folge auf viel Interesse stiess. Diverse Projekte für Betriebs- und Strukturoptimierungen sind daraus hervorgegangen. 2017 wurde die «Initiative Holz BE» gegründet. Der vom Kanton unterstützte Zusammenschluss von Akteuren der gesamten Holzkette soll den Absatz von Berner Holz fördern. Mit Blick auf den Klimawandel wurde ein neues Monitoringkonzept für das Hochgebirge erarbeitet, das nun schrittweise umgesetzt wird.

Die neuen Massnahmenprogramme 2017 – 2022 zur Wasserstrategie 2010 wurden im Juni 2017 vom Grossen Rat zur Kenntnis genommen. Die Vision und die strategischen Ziele behalten dabei weiterhin ihre Gültigkeit. Der Teilbereich Wasserversorgung wurde mit dem neuen Umsetzungsziel "Biodiversität fördern" und mit der zugehörigen Massnahme "Revitalisierung von Quellstandorten" ergänzt. Die Umsetzung der neuen Massnahmen ist angelaufen.

Der revidierte Sachplan Abfall wurde vom Regierungsrat im Jahr 2017 genehmigt. Zusammen mit der auf Anfang 2016 revidierten Verordnung über die Vermeidung und die Entsorgung von Abfällen (VVEA; SR 814.600), dem seit dem 1. Januar 2018 revidierten kantonalen Abfallgesetz (AbfG; BSG 822.1) und dem kürzlich revidierten Baugesetz (BauG; BSG 721.0) bildet er die Grundlage für diverse Massnahmen und Projekte zur Schliessung von Stoffkreisläufen und zur Förderung des Recyclings (bessere Trennung und Verwertung von Bauabfällen, Verwertungspflicht für Bodenaushub, Rückgewinnung von verwertbaren Anteilen aus belastetem Aushub, Förderung der besseren energetischen Nutzung von Stoffen, etc.). Zurzeit befinden sich mehrere Bodenwaschanlagen im Bau bzw. in der Planung. Dies kann direkt auf eine Massnahme im Sachplan Abfall zurückgeführt werden, welche die bessere Verwertung von belastetem Aushub fordert.

In den Jahren 2015 und 2016 hat der Regierungsrat die ersten beiden Teile des neuen kantonalen Biodiversitätskonzepts beschlossen und damit die übergeordnete Zielsetzung, die Handlungsfelder und das erste Umsetzungsprogramm bestimmt. Im Moment laufen die Arbeiten für den neuen Sachplan Biodiversität, in dem die Massnahmen zur Erhaltung und Förderung der Biodiversität im Kanton Bern behördenverbindlich räumlich festgesetzt werden. Mit Blick auf die gesetzlichen Vorgaben und besteht jedoch immer noch ein erhebliches Vollzugsdefizit.

2.2.6 Ziel 6: Fortschrittliche Energiepolitik weiterführen

Ziel (Kurzfassung gemäss Regierungsrichtlinien)

Die Zwischenziele der kantonalen Energiestrategie für Energieeffizienz und erneuerbare Energien werden erreicht. Der Kanton unterstützt den Bund aktiv beim Umsetzen der Energiestrategie 2050. Die CO₂-Emissionen sinken gemäss den schweizerischen Zielwerten. Die Energieeffizienz des Personen- und Güterverkehrs wird erhöht.

Massnahmen (zusammengefasst)

- a) Gebäude: Förderung der Nutzung erneuerbarer Energien und der Sanierung der Gebäudehüllen / Senkung des Verbrauchs fossiler Energieträger
- b) Energieversorgung: Senkung des Energieverbrauchs und der CO₂-Emissionen insbesondere der Grossverbraucher, vermehrte Nutzung erneuerbarer Energie
- c) Energieplanung: Räumliche Abstimmung der Energieversorgungsnetze auf erschliessbare erneuerbare Energien, Unterstützung erneuerbarer Energieproduktionen
- d) Förderung: Anreize für Massnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz und zur Nutzung erneuerbarer Energien, Information/Sensibilisierung, Förderung der Elektromobilität

Stand der Arbeiten (Meilensteine)

Mit der Revision der Energieverordnung (KE nV; BSG 741.111) wurden per 1. September 2016 diverse neue Vorgaben, die keine neue gesetzliche Grundlage erfordern, eingeführt (verbesserter Wärmeschutz, gewichteter Energiebedarf Wärme, Betriebsoptimierung und Gebäudeautomation). Für weitere Massnahmen ist eine Änderung des Energiegesetzes (KE nG; BSG 741.1) notwendig. Im November 2017 hat der Grosse Rat diese Änderung in der ersten Lesung beraten und in der Märzsession 2018 mit geringfügigen Anpassungen verabschiedet.

Seit dem Frühjahr 2015 ist der Grossverbraucherartikel des kantonalen Energiegesetzes in der Umsetzung. Bis Ende November 2017 wurde mit rund 80 % der Grossverbraucher eine Zielvereinbarung mit entsprechenden Einsparmassnahmen abgeschlossen. Damit werden pro Jahr künftig knapp 300 GWh Energie eingespart.

Ende 2017 verfügen 40 der energierelevanten 60 Gemeinden über einen genehmigten kommunalen Richtplan Energie. Mit der Regionalkonferenz Oberland Ost hat zudem die erste Region einen regionalen Richtplan Energie erlassen. Eine Revision des Massnahmenblatts "Windenergie" im kantonalen Richtplan verbesserte die Rahmenbedingungen für die Planung und den Bau neuer umweltschonender Windenergieanlagen. Zur Stärkung der Wasserkraftwerke wurde mittels einer Änderung des Wassernutzungsgesetzes (WNG; BSG 752.41) auf eine Erhöhung der Wasserzinsen verzichtet. Im November 2017 haben die Kraftwerke Oberhasli (KWO) das Konzessionsgesuch für das neue Wasserkraftwerk "Trift" im Grimselgebiet mit einer Leistung von 80 Megawatt eingereicht. Die Planungsarbeiten für weitere neue bzw. die Erneuerung bestehender Wasserkraftwerke wurden vorangetrieben.

Das kantonale Förderprogramm Energie wurde in den letzten Jahren mehrfach angepasst und ergänzt. Seit Anfang 2017 wird auch der Ersatz von alten Ölheizungen durch erneuerbare Energien (Holz, Wärmepumpen, Fernwärmeanschlüsse) finanziell unterstützt. Damit die neuen Förderinstrumente genutzt werden, wurden die Informations- und Weiterbildungsaktivitäten insbesondere der regionalen Energieberatungsstellen intensiviert.

2.2.7 Ziel 7: Bildung stärken

Ziel (Kurzfassung gemäss Regierungsrichtlinien)

Das bernische Bildungssystem wird weiter konsolidiert. Zentral sind dabei die finanzielle Stabilität der Bildungsinstitutionen, die Verbesserung der Anstellungsbedingungen der Lehrkräfte sowie die Erhaltung und Weiterentwicklung von Gestaltungsspielräumen. Das Gewicht liegt verstärkt auf der Reflexion und Weiterentwicklung des Unterrichts.

Massnahmen (zusammengefasst)

- a) Volksschule: Einführung des Lehrplans 21 in Verbindung mit einem Dialog zur Unterrichtsentwicklung. Optimierung der Schnittstellen zwischen Volks- und Sonderschule.
- b) Mittelschule, Berufsbildung und Weiterbildung: Halten der hohen Abschlussquote auf der Sekundarstufe II. Duales Bildungssystem und damit Ausbildung von Fachkräften stärken. Überarbeitung des kantonalen Richtplans für die Gymnasien.
- c) Hochschulen: Stabile finanzielle Rahmenbedingungen für die Weiterentwicklung der Hochschulen. Standortkonzentration an der Berner Fachhochschule weiterführen.
- d) Anstellungsbedingungen der Lehrkräfte: Konkurrenzfähige Entlohnung sicherstellen.

Stand der Arbeiten (Meilensteine)

Im Sommer 2016 hat die Erziehungsdirektion beschlossen, dass der Lehrplan 21 im Kanton Bern auf den 1. August 2018 eingeführt wird. Die Einführung wurde ab 2015 mit breit angelegten Hearings mit Schulleitungen und Lehrpersonen eingeleitet und die Schulen wurden frühzeitig zur Unterrichtsentwicklung vor Ort und zur Beteiligung ermuntert (Tag der Schule, Kurzfilme zu guter Unterrichtspraxis). Besonders diskutiert wurden die Lektionenverteilung über das 7. bis 9. Schuljahr und das Beurteilungssystem. Gleichzeitig hat die Erziehungsdirektion eine Weiterbildungsoffensive für die Lehrpersonen lanciert. Ebenfalls fortgeschritten sind die Arbeiten zur Bereinigung der Schnittstellen zwischen Regel- und Sonderschulen. Ein Bericht zuhanden des Grossen Rates ist Anfang 2018 vom Regierungsrat verabschiedet worden.

Die schweizerische Vorgabe, die Abschlussquote auf Sekundarstufe II auf 95 % zu steigern, ist schwierig nachzuweisen, weil der Bund dazu seit dem Jahr 2012 keine statistischen Daten mehr erhebt. Im Kanton Bern dürfte das Ziel erreicht sein und es gilt, das Niveau weiterhin zu halten. Um den Übertritt aus den obligatorischen Schulen in die Berufsbildung zu unterstützen, wurden insbesondere Anpassungen des berufsvorbereitenden Schuljahrs und der Vorlehre vorgenommen, aber auch alternative Angebote ausgetestet. Das neue Konzept Berufsabschlüsse für Erwachsene ist in Umsetzung und der kantonale Lehrplan für die Gymnasien ist überarbeitet.

Die Standortkonzentration der Berner Fachhochschule wird mit der Realisierung des Campus Technik Biel (siehe 2.2.3) und der Planung des Campus Bern-Weyermannshaus vorangetrieben. Gleichzeitig erfolgt die Detailkonzeption des "TecLab", welches die Berner Fachhochschule gemeinsam mit der Technischen Fachschule Bern in Burgdorf betreiben wird. Damit sind die Arbeiten für einen Abschluss der Standortkonzentration mit dem geplanten Bezug des Campus Bern im Jahr 2026 auf Kurs.

Mit der seit 2014 wirksamen degressiven Gehaltsentwicklung werden sich die Gehälter der Lehrkräfte im Kanton Bern mittelfristig auf allen Schulstufen leicht verbessern. Wichtig ist, dass diese Gehaltsentwicklung in den folgenden Jahren gewährt wird, da die Anstellungsbedingungen für die Lehrkräfte gegenüber anderen Kantonen nach wie vor nicht oder nur bedingt konkurrenzfähig sind.

2.2.8 Ziel 8: Sicherheit gewährleisten

Ziel (Kurzfassung gemäss Regierungsrichtlinien)

Der Kanton Bern sorgt für objektive Sicherheit und verbessert damit auch das subjektive Sicherheitsempfinden der Bevölkerung. Er legt Schwerpunkte bei der Bekämpfung der Kriminalität und in der Verkehrssicherheit fest, setzt die Bundesvorgaben bei der Neustrukturierung des Asylwesens um und gewährleistet einen professionellen, risikoorientierten Straf- und Massnahmenvollzug.

Massnahmen (zusammengefasst)

- a) Polizei: Weitere Optimierungen der Polizeiorganisation
- b) Kriminalität: Akzent auf die Bekämpfung des Einbruchdiebstahls
- c) Verkehrssicherheit: Umsetzung neuer Bundesvorschriften (via sicura, OPERA 3)
- d) Asylwesen: Neustrukturierung des Asylbereichs auf kantonaler Ebene
- e) Ausweiswesen: Einführung des biometrischen Identitätsausweises und des elektronischen Ausländerausweises
- f) Justizvollzug: Weiterentwicklung des Vollzugs in enger Zusammenarbeit mit den übrigen Kantonen
- g) Bevölkerungsschutz: Optimierung der Organisation und der Zusammenarbeit mit Bund und übrigen Kantonen im Hinblick auf die Bewältigung von Katastrophen und Notlagen.

Stand der Arbeiten (Meilensteine)

Der Grosse Rat hat im März 2018 das Polizeigesetz (PolG; BSG 551.1) revidiert. Zudem hat er den Kredit für die Projektierung eines Polizeizentrums Bern in Niederwangen an der Novembersession 2017 einstimmig beschlossen. Mit dem Neubau können die betrieblichen Abläufe optimiert und die Raumbedürfnisse der Polizei auf längere Zeit abgedeckt werden.

Seit dem Start der Kampagne im Jahr 2014 setzt die Kantonspolizei Bern einen kontinuierlichen Schwerpunkt auf die Bekämpfung von Einbruchdiebstählen. Die Massnahmen zeigen Wirkung: Im Vergleich zum Jahr 2013 werden bis Ende 2017 rund 51% weniger Einbruchdiebstähle im Wohnbereich verzeichnet.

Die neuen Bundesvorschriften zur Erhöhung der Verkehrssicherheit haben den Vollzugsaufwand auf kantonaler Ebene massiv erhöht (via sicura). Die Auswirkungen von aktuellen Deregulierungsmassnahmen auf nationaler Ebene (Relativierung Raserartikel, Anhebung Alter für periodische Kontrolluntersuchungen auf 75 Jahre) sowie der Umsetzung OPERA 3 sind abzuwarten.

Ende 2016 hat der Grosse Rat die neue Gesamtstrategie für den Asyl- und Flüchtlingsbereich zur Kenntnis genommen. Mit der Neuorganisation des Asylbereichs im Kanton Bern soll die frühzeitige Integration von potenziellen Bleibefällen gestärkt und der Wegweisungsvollzug optimiert werden. Am 5. Juli 2017 hat der Regierungsrat die Detailkonzeption verabschiedet und die Umsetzungsphase eingeläutet.

Am 1. Januar 2018 haben die Kantone des Strafvollzugskonkordats der Nordwest- und Inner- schweiz den Risikoorientierten Sanktionenvollzug (ROS) eingeführt, welcher einen flächendeckenden, funktions- und organisationsübergreifenden Vollzug ermöglicht. Der Kanton Bern hat im Jahr 2017 in der Justizvollzugsanstalt Thorberg eine Abteilung für forensisch-psychologische Abklärungen (AFA) aufgebaut, die ab dem Jahr 2018 Fälle von sämtlichen Konkordatskantonen behandelt.

2.2.9 Ziel 9: Hauptstadtregion wirksam positionieren

Ziel (Kurzfassung gemäss Regierungsrichtlinien)

Der Kanton Bern arbeitet eng mit seinen vier Nachbarkantonen Freiburg, Neuenburg, Solothurn und Wallis zusammen und spielt eine treibende und gestaltende Rolle in der Hauptstadtregion Schweiz. In der Legislaturperiode 2015 – 2018 wird die Hauptstadtregion verschiedene Schlüsselprojekte realisieren und die gemeinsamen Interessen auf nationaler Ebene verstärkt wahrnehmen.

Massnahmen (zusammengefasst)

- a) Bereitstellen von guten Standorten für bestehende oder neue Unternehmen (raumplanerische Sicherung der Top-Entwicklungsstandorte)
- b) Positionierung der Hauptstadtregion als international bekannter Gesundheitsstandort (Vernetzung von Industrie, Forschung und Anwendung im Medizinalbereich)
- c) Stärkung der Zweisprachigkeit
- d) Lancierung und Umsetzung von Pilotprojekten zur besseren Vernetzung von Forschung, Wirtschaft und Behörden (z.B. "Smart Capital Region" und "Cluster Food & Nutrition")
- e) Weitere Massnahmen zur Profilierung der Hauptstadtregion

Stand der Arbeiten (Meilensteine)

Im Jahr 2014 haben die fünf Kantone der Hauptstadtregion eine Absichtserklärung unterzeichnet, um ihre 20 besten Entwicklungsstandorte rasch bestehenden oder neu zuziehenden Unternehmen zur Verfügung stellen zu können. Die Top-Entwicklungsstandorte befinden sich auf einem unterschiedlichen Planungs- und Entwicklungsstand. Die Hauptstadtregion Schweiz unterstützt sie im Sinne einer gemeinsamen, überregionalen Standortentwicklung.

Die Hauptstadtregion hat sich zu einem starken Life Science Standort entwickelt: Rund 35 % der Arbeitsplätze der Medtech-Branche schweizweit sind in der Hauptstadtregion beheimatet und die Bedeutung der Branche nimmt stetig zu. Ein Leuchtturmprojekt für die Branche ist das neue Kompetenzzentrum für Translation und Unternehmertum in der Medizin sitem-insel (vgl. Kapitel 2.2.2).

Ein weiterer Schwerpunkt der Hauptstadtregion ist die Förderung der Zweisprachigkeit. Hierzu lanciert und unterstützt sie Projekte wie den Tag der Zweisprachigkeit, den Sprachaustausch für Lernende und den Schüleraustausch "Sprachbad – Immersion" sowie das neue zweisprachige Certificate of Advanced Studies "Public Affairs & Lobbying" der Berner Fachhochschule, der Freiburger Hochschule für Wirtschaft und der Haute école neuchâtel et berne jura.

Im Rahmen der "Smart Capital Region" wurden Elektromobilität und Plusenergie-Quartiere (PEQ) als Schwerpunkte definiert. Auf Initiative der Projektpartner (Swisscom, Post, SBB, BKW, BLS, EWB, Groupe E, GVB, BERNEXPO Groupe, ICT-Cluster und Weltpostverein) können weitere Schlüsselprojekte lanciert werden. Zur Diskussion stehen unter anderem eine Meldeplattform für Infrastrukturschäden und Mobilitätshubs.

Gegen 80 Partner aus Wirtschaft, Wissenschaft und Forschung engagieren sich im Cluster Food & Nutrition.

Das neue Kompetenzzentrum "Politexchange" soll im Namen der Hauptstadtregion Schweiz eine Brücke zwischen Besucherdelegationen aus dem Ausland und interessierten Behörden innerhalb der Region bauen. Hierfür wurden 2017 vier Studienbesuche zu ausgewählten Governance-Themen organisiert.

3 Wirkungen der Regierungsrichtlinien 2015 – 2018 auf das Zielsystem der nachhaltigen Entwicklung

3.1 Einleitung

Die Regierungsrichtlinien 2015 – 2018 weisen darauf hin, dass sich die meisten der neun Ziele zwar schwerpunktmässig einer der drei Nachhaltigkeitsdimensionen Umwelt, Wirtschaft und Gesellschaft zuordnen lassen. Die Ziele bzw. die zu deren Erreichung definierten Massnahmen haben aber auch in den übrigen Dimensionen mehr oder weniger starke (Neben-) Wirkungen. Die Stärkung des Wirtschaftsstandorts (Ziel 2) orientiert sich zum Beispiel primär an den wirtschaftlichen Zielen der Nachhaltigen Entwicklung. Doch je nachdem wie die konkreten Massnahmen konzipiert und umgesetzt werden, werden sie aber auch die ökologische und die soziokulturelle Entwicklung des Kantons beeinflussen – im Idealfall im Sinne der Nachhaltigen Entwicklung, evtl. aber auch in die entgegengesetzte Richtung, d.h. weg von der Nachhaltigen Entwicklung.

Ob und welche Auswirkungen eine bestimmte Massnahme hat, hängt im Weiteren nicht nur von der Massnahme selber, sondern auch vom Kontext ab. So werden sich Massnahmen zur Stärkung des Wirtschaftsstandorts in einer wirtschaftlichen Stagnationsphase anders auswirken als in einer Phase der Hochkonjunktur. Um dasselbe Ziel zu erreichen, braucht es je nach der konjunkturellen Situation einen anderen Massnahmenmix.

Trotz – oder gerade wegen – dieser methodologischen Herausforderungen gilt es für die politisch Verantwortlichen, sich von Zeit zu Zeit zu überlegen, wie sich die Bezüge zwischen Zielen, Massnahmen und Wirkungen entwickeln. Im vorliegenden Bericht werden dafür in einer Konkordanztabelle die Massnahmen der Regierungsrichtlinien 2015 – 2018 (x-Achse; gegliedert nach den neun Zielen) den 36 Zielbereichen der Nachhaltigen Entwicklung (y-Achse) gegenübergestellt und es wird dargestellt, in welchen Bereichen grosse Wirkungen zu erwarten sind (Hauptwirkungen), in welchen eher kleinere (Nebenwirkungen) und in welchen keine oder höchstens marginale bzw. indirekte Effekte (vgl. Darstellung auf der nächsten Seite).

Zu beachten ist dabei, dass in der Darstellung nicht reale, sondern aus heutiger Sicht zu erwartende (potenzielle) Wirkungen aufgezeigt werden – weitergehende Aussagen sind zum heutigen Zeitpunkt und aufgrund der verfügbaren Grundlagen nicht möglich.

3.2 Kommentare zur Konkordanztabelle

Die Legislaturziele bzw. Massnahmen der Regierungsrichtlinien 2015 – 2018 sind nicht gleichmässig auf die 36 Zielbereiche der NE ausgerichtet, sondern es wurden politische Schwerpunkte gesetzt. Dies ist aus mehreren Gründen unabdingbar: Erstens weil die finanziellen und personellen Ressourcen des Kantons begrenzt sind und nicht alles, was wünschbar wäre, auch machbar ist. Zweitens weil z.B. für die Landwirtschaftspolitik oder die Landesverteidigung nicht der Kanton, sondern der Bund zuständig ist und der Kanton höchstens im Vollzug gewisse Akzente setzen kann. Drittens sind z.B. im Zielbereich W12 "umwelt- und sozialverträgliche Produktion" gemäss der geltenden Gesellschaftsordnung nicht primär die Politik, sondern vor allem auch andere Akteure (Wirtschaft, Konsumentinnen und Konsumenten, NGO, Medien etc.) gefordert.

Wirkungen der Regierungsrichtlinien 2015 – 2018 auf die 36 Zielbereiche der Nachhaltigen Entwicklung (Konkordanztabelle)

Legislaturziele 2015 - 2018		UMWELT												WIRTSCHAFT												GESELLSCHAFT														
		Biodiversität	Natur und Landschaft	Energieverbrauch	Energiequalität	Klima (CO ₂ -Prod.)	Rohstoffverbrauch	Rohstoffqualität	Wasserhaushalt	Wasserqualität	Bodenverbrauch	Bodenqualität	Luftqualität	Einkommen	Lebenskosten	Arbeitsmarkt	Investitionen	Kostenwahrheit	Ressourceneffizienz	Innovationen	Wirtschaftsstruktur	Know-How	Öffentlicher Haushalt	Steuern	Produktion	Lärm / Wohnqualität	Mobilität	Gesundheit	Sicherheit	Eink./Vermög.verteilung	Partizipation	Kultur und Freizeit	Bildung	Soziale Sicherheit	Integration	Chancengleichheit	Überregionale Solidarität			
		U1	U2	U3	U4	U5	U6	U7	U8	U9	U10	U11	U12	W1	W2	W3	W4	W5	W6	W7	W8	W9	W10	W11	W12	G1	G2	G3	G4	G5	G6	G7	G8	G9	G10	G11	G12			
1	Nachhaltige Raumentwicklung fördern	•	●	•					•		●						•		•		•		•				•											•		
2	Wirtschaftsstandort stärken						•							•		•				●	•	•	●	•	•			•												
3	Infrastruktur trotz schwieriger Finanzlage optimieren						•										●		•				•		•		•	●											•	
4	Soziale Stabilität sichern													•									•	•			•	●		•			•	●	•	•				
5	Natürliche Ressourcen schonend nutzen	●	•		•		●	●	•	●		•	•						•					•	•					•										
6	Fortschrittliche Energiepolitik weiterführen			●	●	●						•	•				•		•	•			•							•							•			
7	Bildung stärken																					•									•	•	•	●				•		
8	Sicherheit gewährleisten																										•	●									•			
9	Hauptstadtregion wirksam positionieren															•	•			•	●	•					•					•							●	

- starker Bezug (beabsichtigte Hauptwirkung)
- schwacher Bezug (Nebenwirkung)

Trotz der genannten Vorbehalte sind Aussagen zu den potenziellen Wirkungen der Regierungsrichtlinien 2015 – 2018 auf die Zielbereiche der Nachhaltigen Entwicklung möglich:

- Die postulierten Hauptwirkungen der Regierungsrichtlinien sind relativ ausgeglichen auf die drei Dimensionen der Nachhaltigen Entwicklung verteilt. Die Massnahmen von sieben der neun Legislaturziele orientieren sich an Zielen aus mindestens zwei Dimensionen der Nachhaltigen Entwicklung.
- Es gibt nur fünf Zielbereiche, die durch die Massnahmen der Regierungsrichtlinien nicht oder nur marginal betroffen sind (Bodenqualität, Lebenskosten, Kostenwahrheit, Einkommens-/ Vermögensverteilung und Partizipation). Die meisten davon werden durch Massnahmen und Instrumente ausserhalb der Regierungsrichtlinien abgedeckt. Bei den Lebenskosten und der Kostenwahrheit hat der Regierungsrat nur beschränkte Einflussmöglichkeiten.
- Die neun Legislaturziele sind sowohl bezüglich ihrer Ansprüche als auch bezüglich der zugeordneten Massnahmen auf unterschiedlichen Ebenen angesiedelt: Einige sind als breit angelegte "Programme" formuliert (namentlich die Ziele Wirtschaftsstandort stärken, Soziale Stabilität fördern und natürliche Ressourcen schonend nutzen), während andere eher monothematisch angelegt sind (z.B. Fortschrittliche Energiepolitik weiterführen oder Sicherheit gewährleisten). Entsprechend liegt die Zuständigkeit teilweise bei einer einzelnen Direktion oder sie verteilt sich über mehrere Direktionen.
- Auch die Steuerungsmassnahmen, die in den einzelnen Legislaturzielen zur Verfügung stehen, unterscheiden sich beträchtlich: Bei den Legislaturzielen "nachhaltige Raumentwicklung fördern" und "Sicherheit gewährleisten" kommen primär rechtliche Vorgaben und Regelungen zum Einsatz. Im Vergleich dazu lassen sich Ziele wie "Infrastruktur optimieren", "soziale Stabilität sichern" und "Bildung stärken" nur über den Einsatz von finanziellen Mitteln erreichen.

3.3 Schlussfolgerungen

Die Konkordanztabelle in Kapitel 3.2 zeigt auf, in welchen Zielbereichen die Regierungsrichtlinien 2015 – 2018 wirken bzw. noch wirken werden. Aus der zusammenfassenden Darstellung der Entwicklung der Kernindikatoren der Nachhaltigen Entwicklung in Kapitel 1.5 geht demgegenüber hervor, wie sich der Kanton Bern in den letzten Jahren entwickelt hat (Trendanalyse) und wie er heute im Vergleich zu anderen Kantonen positioniert ist (Benchmarking).

Wurden bzw. werden also dort Wirkungen erzielt, wo aus Sicht des Monitorings tatsächlich Handlungsbedarf besteht? Und: Wurden primär vorhandene Stärken ausgebaut oder eher Schwächen eliminiert?

Als "Stärken" werden nachfolgend jene Zielbereiche der nachhaltigen Entwicklung bezeichnet, in denen der Kanton Bern in den letzten Jahren eine positive oder zumindest stagnierende Entwicklung verzeichnen konnte und bei denen er besser positioniert ist als der Durchschnitt der am Cercle Indicateurs beteiligten 18 Kantone. "Schwächen" sind andererseits jene Zielbereiche, in denen die Entwicklung negativ oder stagnierend war und wo der Kanton Bern schlechter als der Durchschnitt da steht.

So gesehen verfügt der Kanton über **Stärken** in den Zielbereichen Natur und Landschaft, Wasserhaushalt, Arbeitsmarkt, Investitionen, Lärm/Wohnqualität sowie Bildung. **Schwächen** weist der Kanton aus in den Zielbereichen Rohstoffverbrauch, Bodenverbrauch, Luftqualität, Innovation, Wirtschaftsstruktur, öffentlicher Haushalt, Steuern, Partizipation, soziale Sicherheit, Integration und überregionale Solidarität. Die übrigen Zielbereiche lassen sich nicht zuordnen, weil entweder die Indikatoren sowohl im Benchmarking wie auch im Monitoring mitelmässig beurteilt werden oder weil der interkantonale Vergleich aufgrund fehlender Daten nicht möglich ist.

Den auf diese Weise eruierten sechs Stärken stehen somit elf Schwächen gegenüber, welche fast exakt zu gleichen Teilen auf die drei Dimensionen Umwelt, Wirtschaft und Gesellschaft verteilt sind (vgl. Darstellung auf der nächsten Seite). Aus der Gegenüberstellung lassen sich folgende Erkenntnisse ableiten:

- Die Regierungsrichtlinien 2015 – 2018 setzen sowohl bei den Stärken wie auch den Schwächen aus Sicht der Nachhaltigen Entwicklung an: Bei drei Stärken (Natur und Landschaft, Investitionen und Bildung) sowie acht Schwächen (Rohstoff- und Bodenverbrauch, Innovationen, Wirtschaftsstruktur, öffentlicher Haushalt, Steuern, soziale Sicherheit und überregionale Solidarität) setzen sie einen Schwerpunkt. Bei drei Stärken (Wasserhaushalt, Arbeitsmarkt und Lärm/Wohnqualität) und drei Schwächen (Luftqualität, Partizipation und Integration) werden die Massnahmen der Regierungsrichtlinien voraussichtlich keine oder nur kleine Wirkungen erzielen.
- In der Zieldimension Wirtschaft sind die Wirkungen stärker auf die Stärken und Schwächen fokussiert als in den Zieldimensionen Umwelt und Gesellschaft, wobei in der Zieldimension Umwelt fünf Zielbereiche aufgrund fehlender Daten nicht beurteilbar sind.

Ob die Massnahmen im Rahmen der Regierungsrichtlinien ausreichen werden, um einerseits die Trends der Entwicklung und andererseits die Benchmarkingposition des Kantons Bern in einem bestimmten Zielbereich massgeblich zu verbessern, lässt sich aus dieser Gegenüberstellung nicht beantworten. Wie in Kapitel 3.1 bereits erwähnt, hängt dies nicht allein von der Massnahme selber ab, sondern auch von den Entwicklungen in den anderen Kantonen und dem Umfeld, auf das die Massnahme trifft. Dieses Umfeld bzw. dessen Beeinflussbarkeit durch politische Massnahmen des Kantons ist je nach Zielbereich sehr unterschiedlich.

Wirkungen der Regierungsrichtlinien 2015 – 2018 auf die Stärken und Schwächen des Kantons Bern aus Sicht der Nachhaltigen Entwicklung

Legislaturziele 2015 - 2018		UMWELT												WIRTSCHAFT												GESELLSCHAFT														
		Biodiversität	Natur und Landschaft	Energieverbrauch	Energiequalität	Klima (CO ₂ -Prod.)	Rohstoffverbrauch	Rohstoffqualität	Wasserhaushalt	Wasserqualität	Bodenverbrauch	Bodenqualität	Luftqualität	Einkommen	Lebenskosten	Arbeitsmarkt	Investitionen	Kostenwahrheit	Ressourceneffizienz	Innovationen	Wirtschaftsstruktur	Know-How	Öffentlicher Haushalt	Steuern	Produktion	Lärm / Wohnqualität	Mobilität	Gesundheit	Sicherheit	Eink./Vermög.verteilung	Partizipation	Kultur und Freizeit	Bildung	Soziale Sicherheit	Integration	Chancengleichheit	Überregionale Solidarität			
		U1	U2	U3	U4	U5	U6	U7	U8	U9	U10	U11	U12	W1	W2	W3	W4	W5	W6	W7	W8	W9	W10	W11	W12	G1	G2	G3	G4	G5	G6	G7	G8	G9	G10	G11	G12			
1	Nachhaltige Raumentwicklung fördern	•	●	•							●						•				•																	•		
2	Wirtschaftsstandort stärken						•							•		•				●	•	•		●	●	•														
3	Infrastruktur trotz schwieriger Finanzlage optimieren						•									●			•				•			•	●												•	
4	Soziale Stabilität sichern													•														●		•			•	●	•	•				
5	Natürliche Ressourcen schonend nutzen	●	•		•		●	●	•	●		•	•						•						•	•														
6	Fortschrittliche Energiepolitik weiterführen			●	●	●							•	•			•		•	•										•										
7	Bildung stärken																					•								•	•	●			•	•				
8	Sicherheit gewährleisten																										•	●							•					
9	Hauptstadtregion wirksam positionieren															•	•			•	●	•						•			•								●	

●	starker Bezug (beabsichtigte Hauptwirkung)
•	schwacher Bezug (Nebenwirkung)

	Stärken
	Schwächen
	aufgrund fehlender Daten nicht beurteilbar

A) Anhang

A.1 Grundlagen der Nachhaltigen Entwicklung

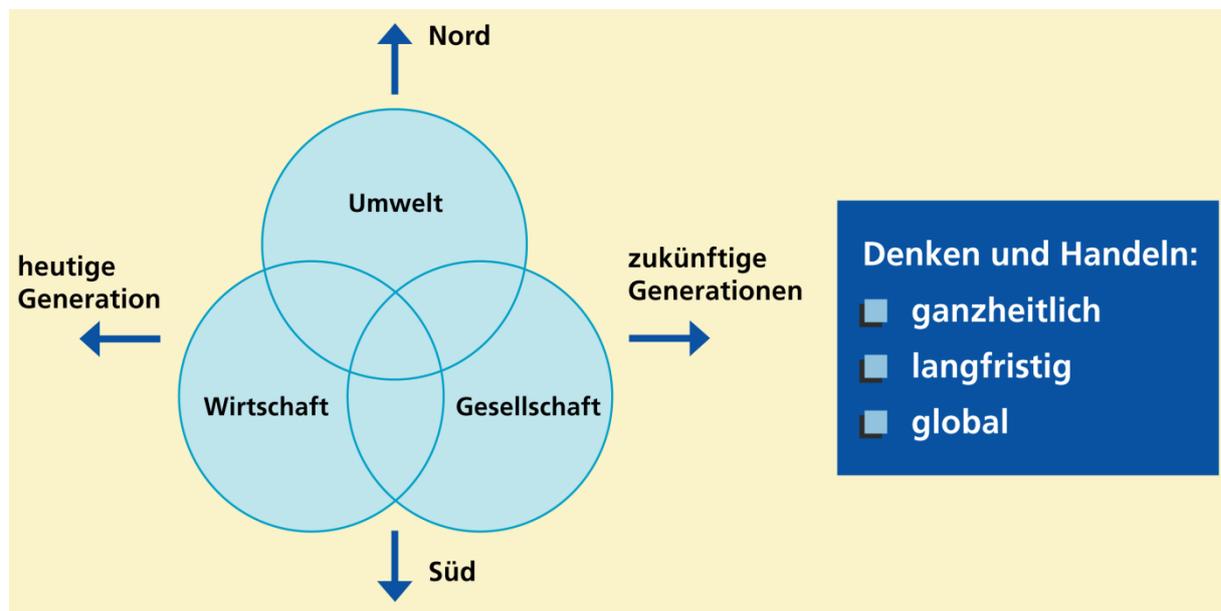
Was ist Nachhaltige Entwicklung?

Die bis heute weltweit massgebende Definition der Nachhaltigen Entwicklung stammt von der UNO-Kommission für Umwelt und Entwicklung (Brundtland-Kommission 1987):

«Nachhaltige Entwicklung ist eine Entwicklung, die den Bedürfnissen der heutigen Generation entspricht, ohne die Möglichkeiten künftiger Generationen zu gefährden, ihre eigenen Bedürfnisse zu befriedigen.»

Zentral sind gemäss Brundtland-Kommission das Konzept der Bedürfnisse, namentlich der Grundbedürfnisse der Armen dieser Welt, und die Begrenztheit der natürlichen Ressourcen. Nachhaltige Entwicklung zielt auf ein menschenwürdiges Leben für alle Menschen heute und in Zukunft innerhalb der Tragfähigkeitsgrenzen der Biosphäre.

Ausgehend von der Brundtland-Definition ist in der Schweiz ein erweitertes Drei-Dimensionen-Modell der Nachhaltigen Entwicklung verankert: Die Dimensionen Umwelt, Wirtschaft und Gesellschaft werden ergänzt durch eine zeitliche Dimension zur Berücksichtigung der Interessen zukünftiger Generationen (intergenerationelle Solidarität) und eine räumliche Dimension zur Berücksichtigung der Interessen aller Erdenbewohner (intragenerationelle Solidarität). Denken und Handeln müssen ganzheitlich, langfristig und global ausgerichtet sein.



Quelle: Darstellung AUE

Der Kanton Bern stützt sich auf dieses in der ersten Strategie Nachhaltige Entwicklung des Bundesrates von 2002 (Schweizerischer Bundesrat 2002) konkretisierte Verständnis der Nachhaltigen Entwicklung, welches seither auch auf Bundesebene massgebend ist.

Nachhaltige Entwicklung ist als Zielsetzung auf normativer und strategischer Ebene im Kanton Bern breit verankert. In der Kantonsverfassung kommt der Begriff zwar nicht vor, verschiedene Bestimmungen sprechen aber implizit das Konzept der Nachhaltigen Entwicklung an. Explizit wurden die Prinzipien und Ziele der Nachhaltigen Entwicklung 2002 in die kantonale

Richtplanung und später in diverse kantonale Strategien und Sektoralpolitiken wie z.B. die Wirtschafts-, die Wasser-, die Energie-, die Gesamtmobilitäts- oder die Bildungsstrategie aufgenommen.

Seit der Legislaturperiode 2007 – 2010 ist das Konzept der Nachhaltigen Entwicklung die übergeordnete, langfristige Grundmaxime für die Legislaturziele des Regierungsrates. Zudem verlangt der Regierungsrat bei kantonalen Geschäften von strategischer Bedeutung seit 2007 eine Nachhaltigkeitsbeurteilung als zusätzliche Entscheidungsgrundlage. Damit soll sichergestellt werden, dass die Grundsätze der Nachhaltigen Entwicklung bereits in strategische Überlegungen einfließen und nicht erst bei Umsetzungsprojekten.

Das Amt für Umweltkoordination und Energie (AUE) ist die Fachstelle für Nachhaltige Entwicklung im Kanton Bern. Es stellt Hilfsmittel und Instrumente zum Beispiel für die Nachhaltigkeitsbeurteilung zur Verfügung und unterstützt andere Verwaltungsstellen bei deren Anwendung. Seit 2004 werden jährlich Kurse für Mitarbeitende der Verwaltung zur Nachhaltigen Entwicklung durchgeführt. Ein weiterer wichtiger Tätigkeitsbereich des AUE ist die Unterstützung von Gemeinden bei der Integration der Nachhaltigen Entwicklung in die kommunale Politik.

A.2 Monitoring pro NE-Zielbereich

A.2.1 Methodische Hinweise

Zu jedem Indikator wird eine Aussage über die Entwicklung gemacht. Es handelt sich dabei nicht um statistisch gesicherte Trendaussagen. Die Beurteilung gilt für die Entwicklung seit 1990 oder ab dem Zeitpunkt der ersten Erhebung (falls diese nach 1990 erfolgte). Es müssen mindestens drei Messungen vorliegen.

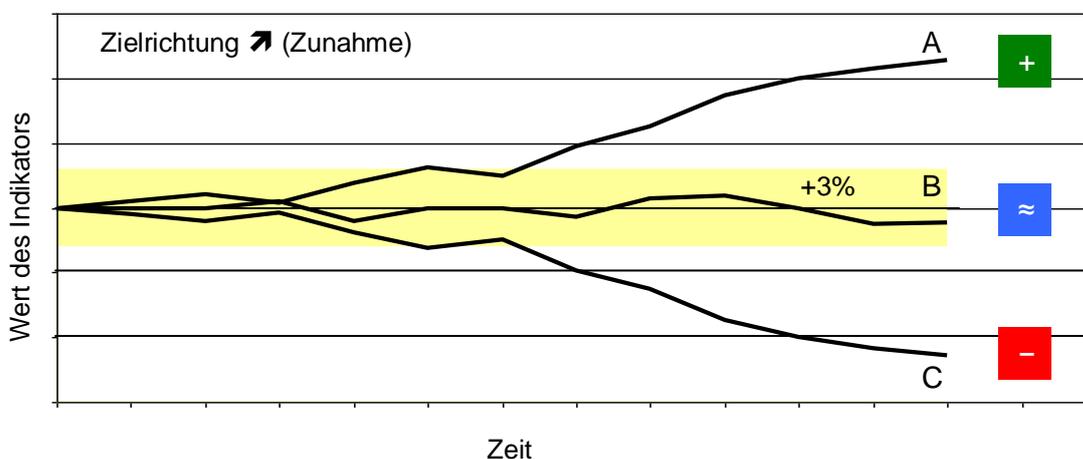
Die Entwicklung wird im Hinblick auf die Ziele der Nachhaltigen Entwicklung mit folgenden Symbolen dargestellt:

+	positiv (in Richtung Nachhaltige Entwicklung)	≈	stagnierend oder unregelmässig
-	negativ (weg von der Nachhaltigen Entwicklung)		noch keine Aussage möglich (weniger als drei Erhebungen)

Die Beurteilung der Entwicklung wird mit der Methode vorgenommen, die das Bundesamt für Statistik in seinem Bericht über die Nachhaltige Entwicklung 2012 verwendet (BFS 2012). Die Beurteilung erfolgt, indem die prozentuale Veränderung seit 1990 oder ab dem Zeitpunkt der ersten Erhebung berechnet wird. Bei längeren Zeitreihen werden die Durchschnittswerte der ersten und der letzten drei Messungen verglichen. Damit kann verhindert werden, dass die berechnete Veränderung zufallsbedingt durch zwei einzelne Werte zu stark beeinflusst wird.

Die Entwicklung gilt als unverändert (stagnierend, unregelmässig), wenn die Veränderung kleiner als 3% ist. Ist die Veränderung grösser, wird die Entwicklung je nach Zielrichtung als positiv oder negativ bezeichnet. In Ausnahmefällen (z.B. Vergleich mit Teuerung, U-förmige Kurve, starke Schwankungen) wird von diesem Prinzip abgewichen.

Folgende Darstellung illustriert die Methodik der Beurteilung der Trendentwicklung für einen fiktiven Indikator, bei dem die erwünschte Entwicklung eine Zunahme ist, anhand von drei möglichen Entwicklungen (A – C):



Der Vergleich des Kantons Bern mit dem Durchschnitt der am Cercle Indicateurs beteiligten Kantone (Erhebung 2017) oder dem CH-Durchschnitt wird mit folgenden Symbolen dargestellt:

- ☺ BE besser als der Durchschnitt
- ☹ BE nahe am Durchschnitt
- ☹ BE schlechter als der Durchschnitt

Der Wert gilt als „nahe am Durchschnitt“, wenn die Abweichung weniger als 3 % beträgt. Ist die Abweichung grösser, wird der Kantons Bern je nach Zielrichtung als „besser als der Durchschnitt“ oder „schlechter als der Durchschnitt“ bezeichnet.

A.2.2 Ergebnisse pro NE-Zielbereich

A.2.2.1 Nachhaltigkeitsdimension Umwelt

Umwelt					
U1 Biodiversität	Pflanzenartenvielfalt (2005 – 2015)	↗	+	☹	
U2 Natur und Landschaft	Fläche geschützter Naturräume (2004 – 2015)	↗	+	☺	
U3 Energieverbrauch	Energieverbrauch pro Einwohner/in (1990 – 2016)	↘	(+)	--	
U4 Energiequalität	Erneuerbare Energien, Schweiz (1990 – 2016)	↗	(+)	--	
U5 Klima	CO ₂ -Emissionen pro Einwohner/in (1990 – 2015)	↘	(+)	--	
U6 Rohstoffverbrauch	Abfallmenge pro Einwohner/in (1990 – 2016)	↘	≈	☹	
	Separatsammelquote (1990 – 2016)	↗	≈	☹	
U7 Rohstoffqualität	<i>Kein Indikator definiert</i>				
U8 Wasserhaushalt	Wasserabfluss via ARA (2005 – 2016)	↘	≈	☹	
U9 Wasserqualität	Nitrat im Grundwasser (2005 – 2015)	↘	≈	☹	
U10 Bodenverbrauch	Überbaute Fläche pro Einwohner/in (1979/85 – 2013/18)	↘	-	☹	
U11 Bodenqualität	Flächen mit geringer Schwermetallbelastung (2000, 2008, 2015)	↗	≈	--	
U12 Luftqualität	Langzeit – Belastungsindex (2002 – 2015)	↘	≈	☹	

U1 Biodiversität

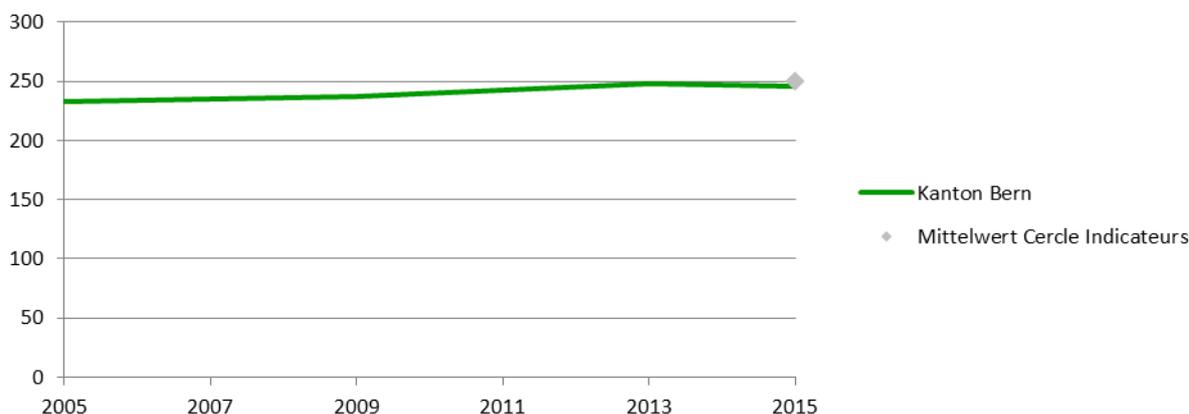
Die biologische Vielfalt – oder Biodiversität – ist einerseits die Vielfalt der Pflanzen, Tiere und Mikroorganismen. Biodiversität umfasst andererseits auch genetische Unterschiede innerhalb einzelner Arten, wie zum Beispiel verschiedene Sorten von Kulturpflanzen. Sie wird begünstigt durch die Vielfalt und gute Vernetzung von Lebensräumen (Biotope). Biodiversität ist Grundlage für lebenswichtige Güter und Leistungen der Ökosysteme und Lebensgrundlage für den Menschen. Pflanzen stehen als Primärproduzenten an der Basis vieler Nahrungsketten. Kommen viele verschiedene Gefässpflanzen vor, begünstigt dies das Vorkommen verschiedener Konsumenten. Entsprechend kann eine hohe Pflanzenartenvielfalt stellvertretend für eine insgesamt hohe Biodiversität angesehen werden.

Kernindikator: Pflanzenartenvielfalt

Definition: Mittlere Artenzahl der Gefässpflanzenarten pro Quadratkilometer, standardisiert für eine Höhe von 500 m ü. M.

Zielrichtung: ↗ Entwicklung: + positiv (in Richtung Nachhaltige Entwicklung)

Gefässpflanzenarten/km²



Quellen: BAFU – Biodiversitäts-Monitoring (BDM); Cercle Indicateurs

Die Anzahl Gefässpflanzenarten stieg im Kanton Bern im beobachteten Zeitraum von 233 auf 246. Diese Veränderung dürfte auf mehrere Faktoren zurückzuführen sein. Einerseits wirken sich die Biodiversitätsförderflächen vor allem im Mittelland positiv auf die Artenvielfalt der Pflanzen aus. Gleichzeitig nimmt diese jedoch auch aufgrund der grösser werdenden Anzahl Neophyten zu. Möglicherweise spielt auch der Klimawandel eine Rolle. So fördert dieser Neophyten und Ruderalarten, Arten feuchter Lebensräume (z.B. Moore) kommen jedoch noch stärker unter Druck.

Der Indikator wurde auf insgesamt 62 Biodiversitätsmonitorings-Flächen (BDM) erfasst – das ist die zweitgrösste Stichprobe aller Kantone. Der Anteil an Neophyten beträgt im Kanton Bern im Durchschnitt über alle untersuchten Jahre 6.2 %.

Weitere Fakten zur Biodiversität

Knapp die Hälfte aller Lebensraumtypen der Schweiz gilt als bedroht. Besonders hoch ist der Anteil an bedrohten Lebensräumen und Arten in Gewässern und Feuchtgebieten (BAFU 2016). Die Biodiversität der Wälder ist gegenüber anderen Ökosystemen dank der naturnahen Bewirtschaftung in einem vergleichsweise guten Zustand (BAFU 2017a).

Tendenziell findet in der Schweiz eine Homogenisierung von Lebensräumen und Artengemeinschaften statt. Diese ist darauf zurückzuführen, dass die Landnutzungen immer ähnlicher bzw. intensiver werden. So führen beispielsweise erhöhte Stickstoffeinträge aus intensiver Landwirtschaft zu einer Überdüngung von naturnahen Ökosystemen. Die starke Präsenz des Löwenzahns in vielen Pflanzenbeständen und Lebensräumen unterstreicht dies. Auch die Ausbringung von Pflanzenschutzmitteln hat negative Konsequenzen für die Biodiversität. Einerseits verarmt der Samenvorrat im Boden und andererseits reduzieren die Stoffe direkt (durch ihre toxische Wirkung) oder indirekt (über eine Reduktion der Nahrungsgrundlage) auch die Bestände von Bodenorganismen, wirbellosen Tieren, Vögeln und Amphibien (BAFU 2017a).

Um dem entgegen zu wirken unterstützt der Bund die sogenannten Biodiversitätsförderflächen (BFF)⁴. Im Kanton Bern nahmen die BFF der Qualitätsstufe II von 2014 bis 2016 von 6999 ha auf 8453 ha zu. Ebenfalls erfreulich ist die Zunahme des Anteils an vernetzten Förderflächen (LANAT 2017a).

Trotzdem hat der Bestand von zahlreichen Tier- und Pflanzenarten in den letzten Jahrzehnten regional stark abgenommen, sodass deren Populationen heute gefährdet oder sogar vom Aussterben bedroht

sind. Die wichtigste Gefährdungsursache ist die Zerstörung der Lebensräume (Flächenverluste) oder deren Beeinträchtigung durch vielfältige menschliche Aktivitäten (Qualitätsverluste). Zusätzliche Bedrohungen bestehen durch eingeführte oder eingeschleppte, gebietsfremde Tiere und Pflanzen, die sich auf Kosten der Artenvielfalt massiv ausbreiten können (sog. invasive Neobiota) sowie durch den Klimawandel.

Weiterführende Informationen

- Volkswirtschaftsdirektion: www.vol.be.ch (> Natur > Biodiversität)
- BAFU 2016: Ergebnisse der Nationalen Beobachtung Oberflächenwasserqualität (NAWA) 2011 – 2014
- BAFU 2017: Biodiversität in der Schweiz: Zustand und Entwicklung

⁴ Die früheren Beiträge für den ökologischen Ausgleich wurden im Rahmen der Agrarpolitik 2014 – 2017 zu den Biodiversitätsbeiträgen fusioniert. Es werden drei Typen von Beiträgen ausgerichtet: Die Biodiversitätsförderflächen werden mit Beiträgen für die Qualität (zwei Qualitätsstufen) und für die Vernetzung gefördert (BLW 2017a).

U2 Natur und Landschaft

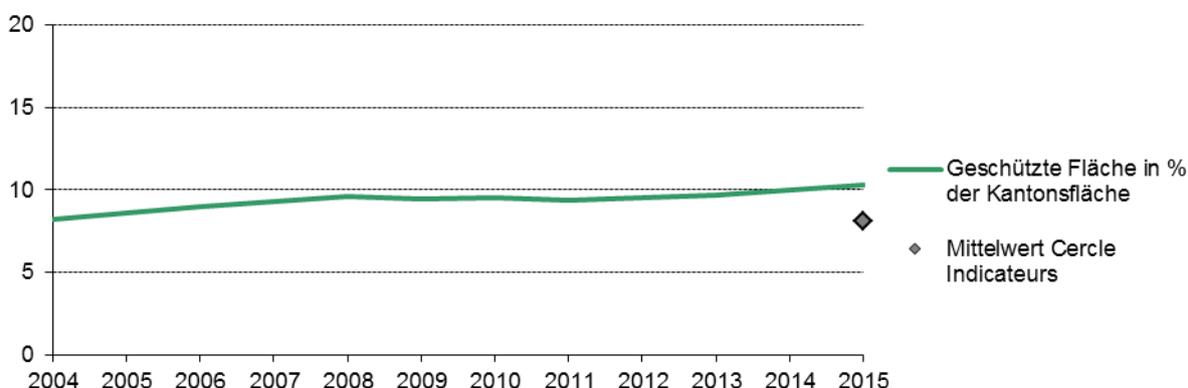
Der Kanton Bern zeichnet sich durch eine grosse naturräumliche und landschaftliche Vielfalt aus. Nachhaltige Entwicklung bedeutet, diese für die heutigen und zukünftigen Generationen zu erhalten und zu entwickeln. Allerdings stehen Natur und Landschaft nach wie vor unter hohem Nutzungsdruck. Deshalb braucht es Massnahmen zur Aufwertung und Sicherung der noch verbleibenden wertvollen natürlichen und naturnahen Lebensräume.

Kernindikator: Fläche geschützter Naturräume

Definition: Summe der geschützten Flächen in Prozent der Kantonsfläche. Zu den geschützten Flächen werden Naturschutzgebiete (ohne kommunale) und Vertragsflächen mit Naturschutzleistungen gerechnet⁵.

Zielrichtung: ↗ Entwicklung: + positiv (in Richtung Nachhaltige Entwicklung)

Prozent der Kantonsfläche



Quellen: Amt für Landwirtschaft und Natur und Amt für Wald des Kantons Bern (Berechnung: AUE); Cercle Indicateurs

2015 waren 10.3 % der Kantonsfläche durch Schutzmassnahmen (Unterschutzstellung oder vertragliche Vereinbarungen) gesichert. Damit liegt der Kanton Bern über dem Durchschnitt des Cercle Indicateurs (8.1 %), was seiner ausgeprägten räumlichen Vielfalt entspricht. Seit der ersten Erhebung 2004 ist eine Zunahme des Anteils der geschützten Flächen zu verzeichnen. Der Indikator bildet jedoch lediglich den administrativen Schutz ab. Der biologische Zustand der Flächen ist häufig unbefriedigend, weil die nötigen Aufwertungs- und Unterhaltungsmaßnahmen nicht realisiert werden können.

Der Indikator widerspiegelt die Anstrengungen zur Erhaltung der wertvollen natürlichen und naturnahen Lebensräume. Solche Flächen, zum Beispiel Hochmoore, Trockenwiesen oder Waldreservate, bieten Lebensraum für zahlreiche zum Teil seltene Pflanzen- und Tierarten.

⁵ Dazu gehören nationale und kantonale Naturschutzgebiete; Flächen der Landschaftsinventare, soweit sie als Naturschutzgebiet ausgeschieden sind; Flächen der Biotopinventare, soweit sie durch Schutzbeschluss oder vertraglich geschützt sind; Gesicherte Waldflächen (Reservate); Vertragsflächen in der Landwirtschaft gemäss Öko-Qualitätsverordnung.

Weitere Fakten zu Natur und Landschaft

Landschaften entstehen im Zusammenspiel von natürlichen Prozessen und dem Wirken des Menschen. Sie entwickeln sich von Naturlandschaften zu Kulturlandschaften, die sich laufend verändern. Der Wandel hat sich in den letzten Jahrzehnten schweizweit stark beschleunigt. Die bedeutendsten Einflüsse waren und sind immer noch die Ausdehnung der Siedlungsfläche bzw. die Zersiedelung, der Ausbau der Verkehrsnetze und die intensive landschaftliche Nutzung. Die Folge: Regional charakteristische Landschaftselemente und naturnahe Lebensräume für Tiere und Pflanzen gingen verloren, und damit auch die Qualität, die eine Landschaft für Menschen attraktiv macht.

Vor allem in den intensiv genutzten, ökologisch verarmten Landschaften des Mittellandes haben die Anstrengungen des Natur- und Landschaftsschutzes zu gewissen Aufwertungen geführt, beispielsweise mit der vermehrten Ausdolung und Renaturierung von Bachläufen, mit der Pflanzung von Hecken oder mit einer Extensivierung der Landwirtschaft.

Massgeblich dazu beigetragen haben sicherlich auch die Förderung der Biodiversitätsförderflächen (BFF), deren Vernetzung sowie die Ausrichtung von Landschaftsqualitätsbeiträgen (LQB). Letztere wurden im Rahmen der neuen Agrarpolitik 2014 – 2017 des Bundes als neue Direktzahlungsart eingeführt. Ziel der LQB sind die Erhaltung, Förderung und Weiterentwicklung attraktiver Landschaften. 2014 wurden

im Kanton Bern bereits drei LQB-Projekte in den Regionalen Naturparks Chasseral, Diemtigtal und Gantrisch bewilligt, 2015 kamen weitere 9 Projekte dazu (BLW 2017b).

Auch die Ausscheidung von Landschaftsschutzgebieten im Rahmen der Ortsplanung von Gemeinden hat sicherlich zur positiven Entwicklung des Indikators beigetragen.

Gemäss den vom Bund mitunterzeichneten Aichi-Zielen ist im Kanton Bern ein Anteil von 17 % an Schutzgebieten anzustreben. Diese sollen zudem für die Lebensräume des Kantons repräsentativ sein. Gemäss dem Forum Biodiversität der Akademie der Naturwissenschaften Schweiz (SCNAT) braucht es in den drei biogeographischen Regionen Alpen, Mittelland und Jura des Kantons Bern für den Erhalt der Biodiversität und der Ökosystemleistungen jedoch je 30 % naturverträglich genutzte Fläche. Es braucht somit weitere Anstrengungen, um die Biodiversität und die Ökosystemleistungen zu erhalten bzw. wieder herzustellen.

Weiterführende Informationen

- Justiz-, Gemeinde- und Kirchendirektion: www.be.ch/raumplanung (> Kantonale Raumplanung > Landschaft/Ökologie)
- Volkswirtschaftsdirektion: www.vol.be.ch (> Natur > Naturförderung)

U3 Energieverbrauch

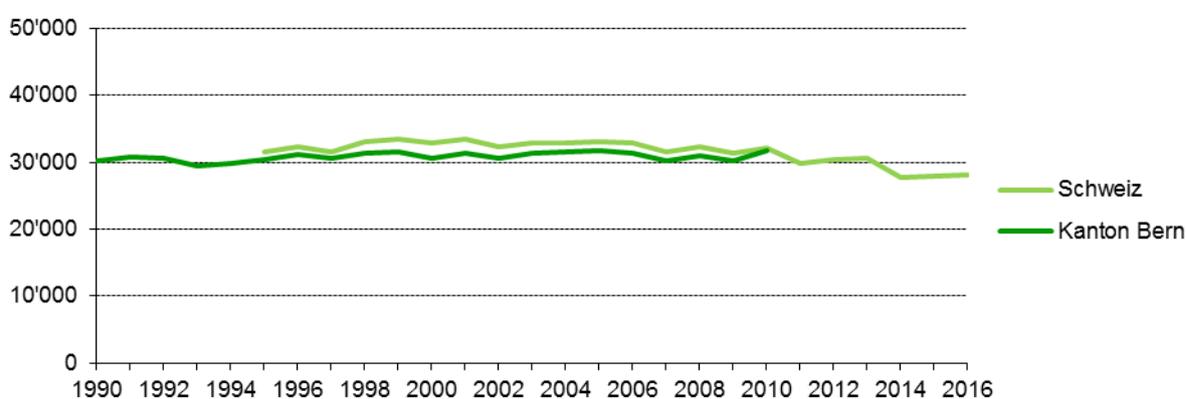
Energie ist für die Aufrechterhaltung unserer Lebensqualität und unseres Wohlstandes unverzichtbar. Der weitaus grösste Teil des Energieverbrauchs wird heute aus nicht erneuerbaren Quellen gedeckt, was nicht mit der Nachhaltigen Entwicklung vereinbar ist. Zudem belastet der Energieverbrauch die Umwelt stark. Deshalb müssen vor allem industrialisierte Länder wie die Schweiz ihren Energieverbrauch senken.

Kernindikator: Endenergieverbrauch pro Einwohner/in

Definition: Endenergieverbrauch⁶ (Summe aus den Bereichen Haushalt, Wirtschaft und Verkehr) in kWh pro Einwohner/in und Jahr.

Zielrichtung: ↘ Entwicklung: + positiv (in Richtung Nachhaltige Entwicklung)

kWh pro Einwohner/in und Jahr



Quellen: KVV, ECO2Region, BFE Gesamtenergiestatistik

Der Endenergieverbrauch pro Person und Jahr hat sich im Kanton Bern zwischen 1990 und 2010 nur wenig verändert und beträgt rund 31'000 kWh. Da seit 2010 keine kantonalen Daten mehr erhoben werden, wurde nebst der kantonalen Zeitreihe auch die gesamtschweizerische Zeitreihe dargestellt. Die Schwankungen beider Linien hängen unter anderem damit zusammen, dass ein Teil der Energie für die Erzeugung von Wärme verwendet wird. Die Nachfrage nach Wärme hängt vom Wetter ab und kann von Jahr zu Jahr stark variieren. Seit 2010 kann in der Schweiz jedoch eine sinkende Tendenz beobachtet werden. Aus den Resultaten zur Umsetzung der kantonalen Energiestrategie geht hervor, dass die Energieeffizienz in Gebäuden im Kanton Bern ebenfalls verbessert werden konnte.

Der absolute Endenergieverbrauch hat in der Schweiz von 1995 bis 2016 aufgrund des Bevölkerungswachstums (19% zwischen 1995 und 2016) um 3.5% zugenommen.

Zu beachten ist, dass es sich bei den dargestellten kantonalen Daten um das Ergebnis einer Modellrechnung handelt. Die Resultate sind folglich mit einer gewissen Unsicherheit behaftet.

⁶ Endenergie ist die dem Verbraucher zur Verfügung stehende Energie. Vorgelagerte Energie, d.h. Energie die zur Gewinnung, Umwandlung und Verteilung der Energie aufgebracht werden muss, ist in dieser Zahl nicht enthalten.

Weitere Fakten zum Energieverbrauch

Seit 1950 hat sich der Endenergieverbrauch in der Schweiz absolut gesehen mehr als verfünffacht. Verantwortlich dafür war die Entwicklung von Wirtschaft und Bevölkerung: Veränderungen in der Anzahl und Grösse der Wohnungen, der Fahrzeuge und der zurückgelegten Kilometer sowie im Umfang der Industrieproduktion und der Bautätigkeit usw. führten in Kombination mit der Bevölkerungszunahme zu mehr Energiekonsum (BFS 2017a).

Rund zwei Drittel der Endenergie werden in der Schweiz für Raumwärme (32.6 %) und für Mobilität (30.5 %) verbraucht. Der Rest entfällt auf Prozesse, Warmwasser, Beleuchtung, Klima, Lüftung und Haus-technik etc. (BFE 2017).

Mit der Energiestrategie 2006 des Kantons Bern wird langfristig die 2000-Watt-Gesellschaft angestrebt. Mittelfristig strebt der Kanton Bern bis 2035 die 4000-Watt-Gesellschaft an. In seinem "Bericht zum Stand der Umsetzung und zur Wirkung der Massnahmen 2011 – 2014 sowie neue Massnahmen 2015 – 2018" hält das Amt für Umweltkoordination und Energie (AUE) fest, dass die Umsetzung der Energiestrategie insgesamt auf Kurs ist. Zwei Strategieziele (Versorgungssicherheit und Eigen-

tümerstrategie) konnten erfüllt werden und in drei Bereichen (Wärme- und Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien sowie kommunale Energierichtpläne) wurden die Zwischenziele erreicht. Einzig im Bereich der Energienutzung konnten die anvisierten Ziele mit den geplanten Massnahmen nicht erreicht werden: Die Sanierungsrate bei den Gebäuden liegt weiterhin bei knapp einem statt der notwendigen 2 bis 3 %. Aufgrund dieser tiefen Sanierungsrate konnte der zusätzliche Wärmebedarf von Neubauten trotz erhöhter Energieeffizienz nicht kompensiert werden (AUE 2015).

Weiterführende Informationen

- Bau-, Verkehrs- und Energiedirektion: www.bve.be.ch (> Energie)
- Regierungsrat des Kantons Bern (2006), Hrsg.: Energiestrategie 2006.
- Amt für Umweltkoordination und Energie (2015): Bericht zum Stand der Umsetzung und zur Wirkung der Massnahmen 2011 – 2014 sowie neue Massnahmen 2015 – 2018.

U4 Energiequalität

Für die Nachhaltige Entwicklung ist neben dem Energieverbrauch (U3) auch relevant, aus welchen Quellen die Energie stammt. Rund 80 % der Energie, die wir heute verbrauchen, stammt von nicht erneuerbaren Ressourcen (Roh- und Erdöl, Erdgas, Kohle, Kernbrennstoffe), die nur beschränkt verfügbar sind. Die Erhöhung des Anteils der erneuerbaren Energien am Endenergieverbrauch ist ein zentrales Anliegen der Nachhaltigen Entwicklung.

Kernindikator: Erneuerbare Energien

Daten zur Nutzung von erneuerbaren Energien inkl. Abwärme sind nicht für alle Kantone des Cercle Indicateurs in ausreichender Qualität verfügbar. Deshalb verzichtet der Cercle Indicateurs momentan auf diesen Indikator.

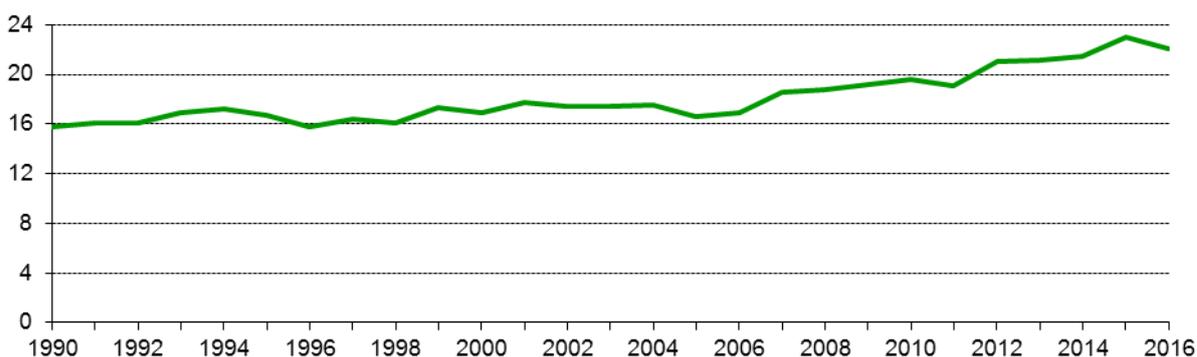
Der Kanton Bern verfügt über keine Energiestatistik, die alle Energieträger und deren Nutzungen erfasst. Nur im Bereich der Gebäude ist der Anteil an erneuerbarer Energie im Kanton Bern bekannt. Deshalb werden im Folgenden schweizerische Zahlen herangezogen:

Ersatzindikator: Erneuerbare Energien, Schweiz

Definition: Anteil erneuerbare Energien am Endenergieverbrauch in Prozent, Schweiz

Zielrichtung: ↗ Entwicklung: + positiv (in Richtung Nachhaltige Entwicklung)

Prozent



Quelle: Bundesamt für Energie, Schweizerische Statistik der erneuerbaren Energien

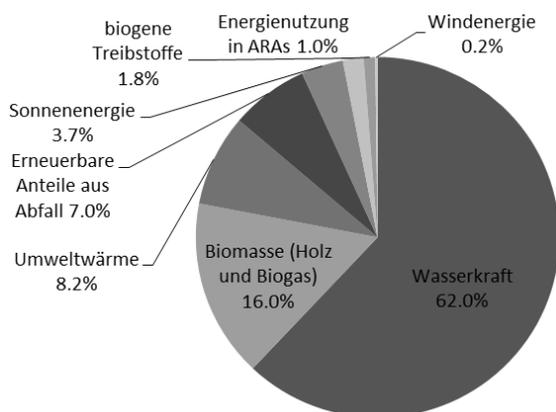
Der Anteil erneuerbarer Energien am Endenergieverbrauch in der Schweiz ist zwischen 1990 und 2016 von knapp 16 auf 22.1 % gestiegen. Darunter fallen die Nutzung der Wasserkraft, der Sonnenenergie, der Umweltwärme, der Biomasse, der Windkraft, der erneuerbaren Anteile aus Abfall sowie der Energie aus Abwasserreinigungsanlagen.

Im Gebäudebereich hat sich der Anteil an erneuerbaren Energien von 2006 bis 2014 von 10 auf 20 % verdoppelt.

Weitere Fakten der Energiequalität

Knapp zwei Drittel der erneuerbaren Energien stammen aus Wasserkraftwerken. Biomasse ist anteilmässig der zweitwichtigste einheimische erneuerbare Energieträger. Die Nutzung von Holz für die Wärmegewinnung steht dabei mengenmässig im Vordergrund.

Erneuerbare Energien nach Technologie, Schweiz 2016



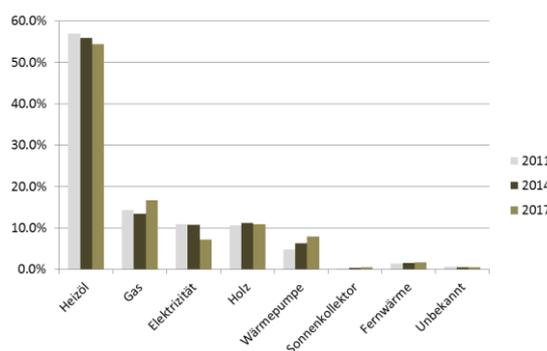
Quelle: Bundesamt für Energie, schweizerische Statistik der erneuerbaren Energien 2016, Darstellung AUE

Die Energiestrategie 2006 des Kantons Bern sieht vor, dass bis ins Jahr 2035 der kantonale Energiebedarf zu einem wesentlichen Teil durch erneuerbare Ressourcen gedeckt wird. 80 % des Stroms soll aus erneuerbaren Quellen stammen, der Wärmebedarf soll zu 70 % aus erneuerbaren Energien gedeckt werden und 10 % der Fahrzeuge sollen über alternative Antriebe verfügen (AUE 2015).

Im Bereich Wärmebedarf ist eine Verlagerung von den Energieträgern Heizöl und Elektrizität zu Gas und Wärmepumpen festzustellen. Der Rückgang des Verbrauchs von Heizöl und Elektrizität kann

unter anderem auf politische Entscheidungen zurückgeführt werden. Der Ersatz von Öl- und Elektroheizungen wird mittels finanziellen Beiträgen unterstützt. Zudem sind Elektroheizungen seit 2012 grundsätzlich verboten und bestehende Heizungen müssen innert 20 Jahren ersetzt werden. Entsprechend ist ein Trend zu anderen Energieträgern festzustellen, es sind dies der mehrheitlich fossile Energieträger Gas sowie verschiedene Arten von Wärmepumpen.

Entwicklung der Anteile der Energieträger am Wärmebedarf der Wohngebäude des Kantons Bern



Quelle: geo7, Energiebedarfsberechnung Kanton Bern, Aktualisierung 2017

Auf Kurs ist man aus Sicht der erneuerbaren Energien bei den Neubauten: Diese werden fast zu 100 % mit erneuerbarer Energie beheizt (AUE 2015).

Weiterführende Informationen

- Bau-, Verkehrs- und Energiedirektion: www.bve.be.ch (> Energie)
- Regierungsrat des Kantons Bern (2006), Hrsg.: Energiestrategie 2006.

U5 Klima

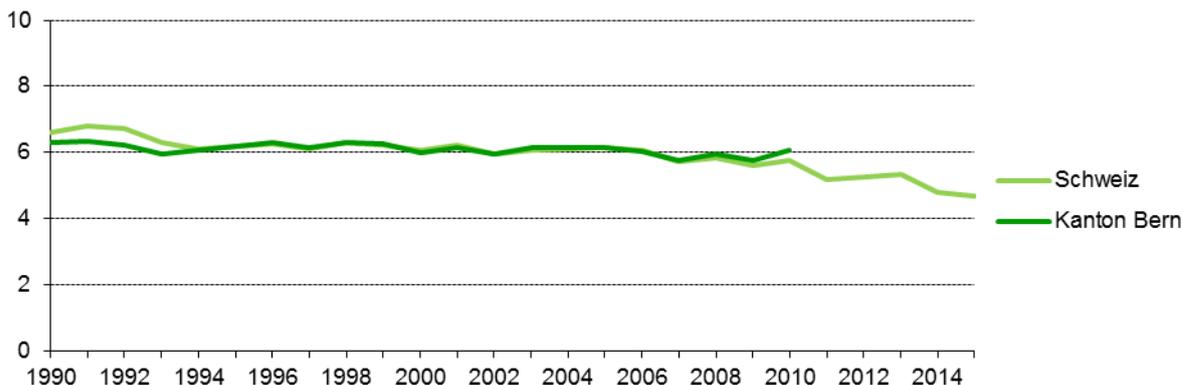
Durch den Ausstoss von Treibhausgasen ist der Mensch mitverantwortlich für die aktuelle Klimaerwärmung. 2015 wurde an der UN-Klimakonferenz in Paris beschlossen, dass die globale Erwärmung auf deutlich unter 2°C gehalten werden soll – im Optimalfall bei 1.5°C. Erwartete Folgen einer Erwärmung in dieser Grössenordnung sind in der Schweiz unter anderem ein beschleunigtes Abschmelzen der Gletscher und vermehrte Extremereignisse wie Hochwasser, sommerliche Trockenheit und Stürme. Der Klimaschutz ist für die Nachhaltige Entwicklung besonders wichtig, weil sich das Klima auf viele Zielbereiche auswirkt und erst die kommenden Generationen in vollem Ausmass die Auswirkungen der Veränderungen erfahren werden. Die Schweiz hat sich mit dem Kyoto-Protokoll und dem Klima-Übereinkommen von Paris zu einer Senkung der Klimagas-Emissionen verpflichtet.

Kernindikator: CO₂-Emissionen pro Einwohner/in

Definition: Energetische CO₂-Emissionen aus den Bereichen Haushalte, Wirtschaft und Verkehr⁷, in Tonnen pro Einwohner/in und Jahr.

Zielrichtung: ↘ Entwicklung: + positiv (in Richtung Nachhaltige Entwicklung)

Tonnen CO₂ pro Einwohner/in und Jahr



Quellen: KVU, ECO2Region, BAFU CO₂-Statistik

Durch die Industrialisierung, die wirtschaftliche Entwicklung, die wachsende Bevölkerung und die steigende Mobilität ist der klimawirksame CO₂-Ausstoss seit ungefähr 1850 massiv angestiegen. Im beobachteten Zeitraum seit 1990 emittiert der Kanton Bern um die 6 Tonnen CO₂ pro Einwohner/-in und Jahr. Da seit 2010 keine kantonalen Daten mehr erhoben werden, wurde nebst der kantonalen Zeitreihe auch die gesamtschweizerische Zeitreihe dargestellt. Ab 2010 ist eine deutliche Abnahme der CO₂-Emissionen zu beobachten. Um diese Reduktion zu erreichen wurden seitens Bund und Kantone verschiedene Massnahmen ergriffen, so beispielsweise die CO₂-Abgabe, das Emissionshandelssystem, die Gebäudeprogramme oder die Emissionsvorschriften für Personenwagen (BAFU 2017b). Es kann angenommen werden, dass diese positive Entwicklung der CO₂-Emissionen auch für den Kanton Bern zutrifft.

Zu beachten ist, dass es sich bei den dargestellten kantonalen Daten um das Ergebnis einer Modellrechnung handelt. Die Resultate sind folglich mit einer gewissen Unsicherheit behaftet.

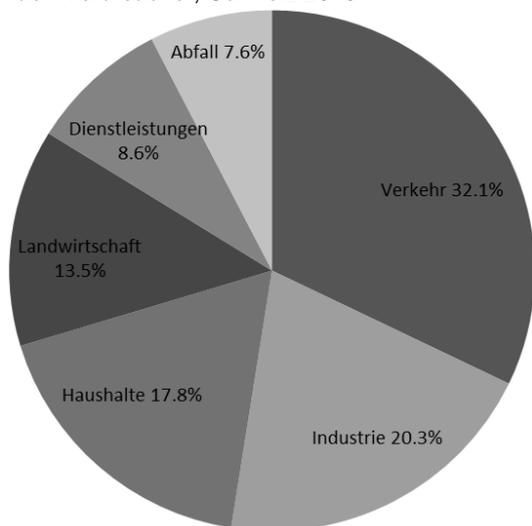
⁷ Nicht eingerechnet sind die im Ausland verursachten CO₂-Emissionen für die Produktion von importierten Gütern.

Weitere Fakten zum Klima

Kohlenstoffdioxid (CO₂) entsteht bei der Verbrennung von kohlenstoffhaltigen Substanzen wie fossilen Brennstoffen und Holz sowie bei der Bodenbearbeitung, insbesondere von organischen Böden. In der Schweiz macht CO₂ mit gut 80 % den grössten Teil der vom Menschen verursachten Treibhausgase aus. Dazu kommen Methan (CH₄) und Lachgas (N₂O), die hauptsächlich aus der Landwirtschaft (Nutztierproduktion) stammen, sowie verschiedene synthetische Gase, die in industriellen Prozessen entstehen (BAFU 2017c).

Hauptverursacher der Treibhausgas-Emissionen in der Schweiz ist der Verkehr mit einem Drittel, gefolgt von der Industrie mit 20 % und den Haushalten mit 18 %. Während die Industrie sowie der Gebäudereich die Zwischenziele 2015 gemäss Kyoto-Protokoll⁸ erreichen konnten, wurde das Zwischenziel im Bereich Verkehr deutlich verfehlt. Die Emissionen lagen 2015 4 % über dem Niveau von 1990 (BAFU 2017d).

Treibhausgas-Emissionen gemäss Kyoto-Protokoll, nach Verursacher, Schweiz 2015

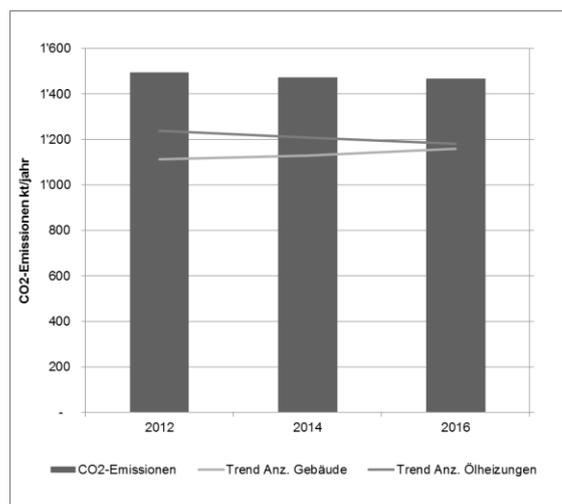


Quelle: BAFU, Treibhausgasinventar Schweiz, Darstellung AUE

⁸ Zwischenziele gemäss Kyoto-Protokoll, Reduktion verglichen mit dem Jahr 1990: Industrie: -7 %, Gebäude: -22 %, Verkehr: 0 %.

Kantonale Daten sind lediglich für den Wärmebedarf (exkl. Warmwasser) der Wohngebäude verfügbar. Erfreulich zu sehen ist hier, dass trotz der wachsenden Anzahl erfasster Gebäude die CO₂-Emissionen von 2012 bis 2016 um knapp 2 % gesenkt werden konnten – dies sicherlich auch aufgrund der sinkenden Anzahl Ölheizungen (-4.7 %).

CO₂-Emissionen aus Gebäuden mit Wohnnutzung



Quelle: geo7, Energiebedarfsberechnung Kanton Bern, Aktualisierung 2017

Durch die Veränderung in den Lebensräumen wirkt sich die Klimaänderung langfristig negativ auf die Biodiversität aus: Hoch spezialisierte Arten werden verdrängt und verschwinden, Generalisten breiten sich aus, andere Arten wandern ein.

Die Veränderung des Klimas hat zudem Folgen für die gesamte Volkswirtschaft. Es sind Kosten für Anpassungs- und Reparaturmassnahmen sowie Einnahmeausfälle, beispielsweise im Tourismus und in der Landwirtschaft, zu erwarten.

Weiterführende Informationen

- Bau-, Verkehrs- und Energiedirektion: www.bve.be.ch (> Umwelt > Klimaschutz)
- Amt für Umweltkoordination und Energie (2010): Adaptationsstrategie Klimawandel Kanton Bern – Grundlagenbericht

U6 Rohstoffverbrauch

Die Nachhaltige Entwicklung bedingt den haushälterischen Umgang mit erneuerbaren und nichterneuerbaren Rohstoffen. Der Verbrauch von nicht erneuerbaren Rohstoffen ist zu minimieren und die Verwertung von Altstoffen zu fördern. Hinweise auf den Umgang mit Rohstoffen liefern Zahlen zur Abfallproduktion und Abfallverwertung.

Kernindikatoren: Abfallmenge pro Einwohner/in / Separatsammelquote

Definition: Abfallmenge: Siedlungsabfälle plus gesammelte Altstoffe (Altpapier, Karton, Altglas, Altmetall, Alu, Weissblech, ohne Grünabfälle) aus Separatsammlungen in Kilogramm pro Einwohner/in und Jahr.

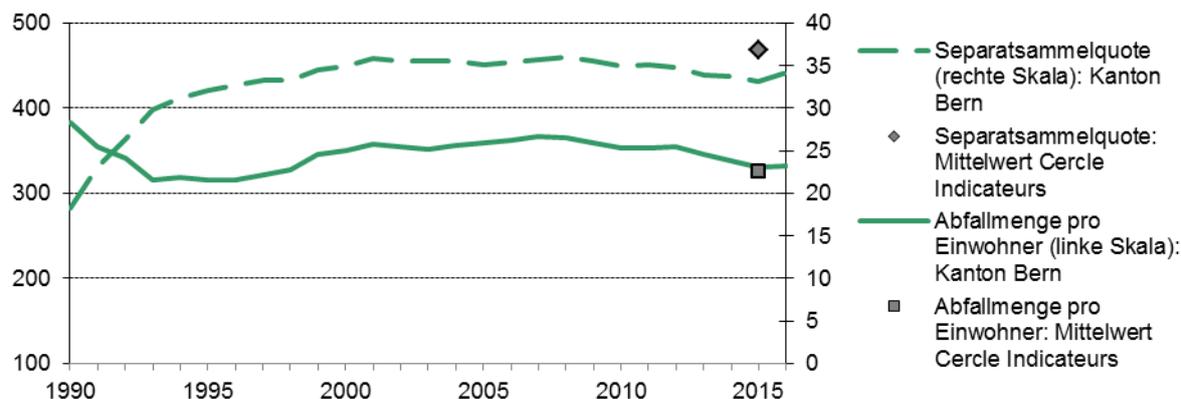
Separatsammelquote: Anteil separat gesammelte Altstoffe an den Siedlungsabfällen in Prozent.

Zielrichtung: Abfallmenge \downarrow , Separatsammelquote \uparrow

Entwicklung: \approx unregelmässig (Abfallmenge) bzw. $+$ positiv (Separatsammelquote)

Kg pro Einwohner/in und Jahr

Prozent



Quellen: Amt für Wasser und Abfall des Kantons Bern, Abfallstatistik; Cercle Indicateurs

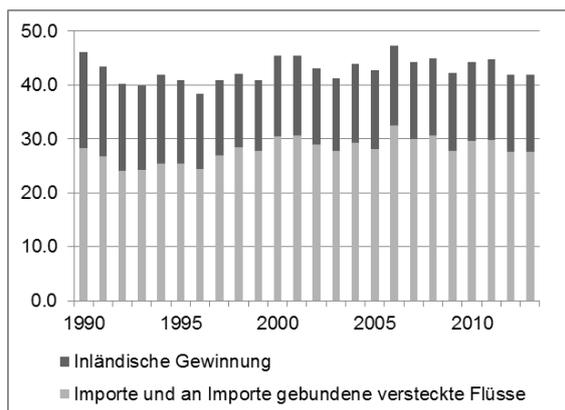
Die flächendeckende Einführung verursachergerechter Gebühren (Sackgebühr) sowie die stagnierende Wirtschaft zu Beginn der 1990er Jahre führte zu einer markanten Abnahme der Abfallmenge pro Einwohner. Ab 1998 stieg sie wieder etwas an und stagniert seit 2000. Die Abfallmenge wird seither im Wesentlichen von der jeweiligen Konjunkturlage beeinflusst, die sich auf das Konsumverhalten der Bevölkerung auswirkt. Seit 2007 kann jedoch eine sinkende Tendenz beobachtet werden, sodass die Abfallmenge in etwa dem Niveau des Jahres 1998 entspricht.

Nach einer starken Zunahme in den 1990er-Jahren stagniert die Separatsammelquote ebenfalls seit 2000. Diese Zunahme ist auf die Einführung der verursachergerechten Finanzierung der Kehrrentensorgung über die Sackgebühr zurückzuführen.

Weitere Fakten des Rohstoffverbrauchs

Die Schweizer Wirtschaft verwendet im Inland gewonnene sowie importierte Rohstoffe und Materialien. Der globale Materialaufwand⁹ misst das Gesamtvolumen dieser Materialien (Biomasse, Metalle, Mineralien, fossile Energieträger und andere Produkte).

Globaler Materialaufwand in Tonnen pro Person und Jahr, Schweiz



Quelle: BFS, Materialverbrauch, Darstellung AUE

Der globale Materialaufwand für die wirtschaftlichen Aktivitäten in der Schweiz beträgt seit langem jährlich mehr als 40 Tonnen pro Person. Nach einem Rückgang in den Neunzigerjahren wegen einer starken Rezession im Bausektor erfolgte ein Wiederanstieg. In den letzten Jahren blieb der Verbrauch in etwa auf gleichem Niveau stabil. Rund ein Drittel der Materialien – vor allem Steine, Sand und Kies – werden im Inland gewonnen, zwei Drittel aus dem Ausland importiert.

Der Indikator U3 Energieverbrauch zeigt einen weiteren zentralen Aspekt des Umgangs mit Rohstoffen auf.

⁹ TMR, Total Material Requirement: Summe aller direkten Stoffflüsse (genutzte inländische Gewinnung und Importe), welche in die Wirtschaft eintreten, sowie aller indirekten Flüsse, d. h. der ungenutzten inländischen Gewinnung und der an Importe gebundenen versteckten Flüsse. Letztere umfassen alle Materialien, die in den Herkunftsländern gewonnen, transportiert oder genutzt wurden, um Rohstoffe oder Güter herzustellen, die in unser Land importiert werden (BFS 2017b).

Weiterführende Informationen

- Bau-, Verkehrs- und Energiedirektion: www.bve.be.ch (> Umwelt > Abfall)

U8 Wasserhaushalt

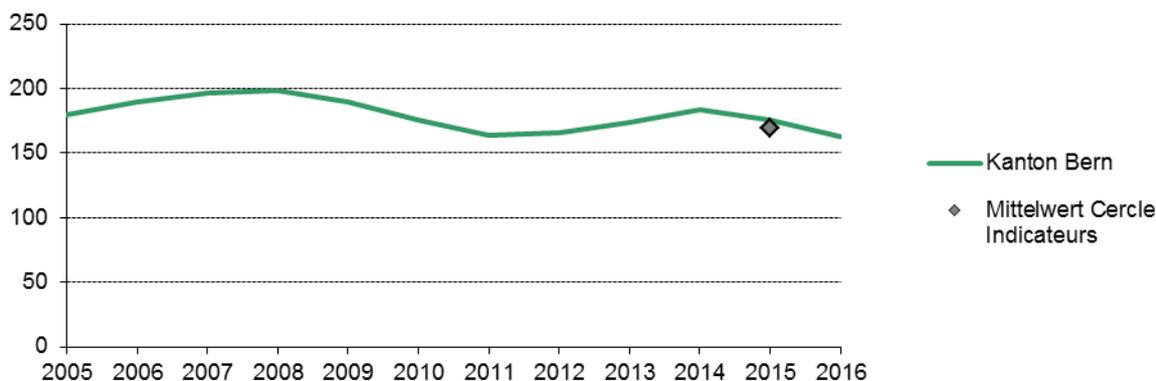
Weltweit gesehen gerät die Ressource Wasser unter immer grösseren Nutzungsdruck. In der wasserreichen Schweiz steht die Erhaltung des natürlichen Wasserhaushalts im Vordergrund, denn er wird auf vielfältige Art und Weise beeinflusst: Die zunehmende Versiegelung der Oberflächen durch Bauten und Anlagen sowie die zunehmende Bodenverdichtung vermindern beispielsweise die Grundwasserneubildung und beeinträchtigen den natürlichen Abfluss der Oberflächengewässer. In den stark besiedelten Gebieten entzieht der Trinkwasserverbrauch dem natürlichen Wasserkreislauf zusätzliches Wasser.

Kernindikator: Wasserabfluss via Abwasserreinigungsanlagen

Definition: Wasserzuflussmenge zur ARA (= Abwasser plus Fremd- und Regenwasser) pro angeschlossener Person und Jahr in m³, gleitender Mittelwert über drei Jahre.

Zielrichtung: ▼ Entwicklung: ≈ unregelmässig

m³ pro Einwohner/in und Jahr



Quellen: Amt für Wasser und Abfall des Kantons Bern; Cercle Indicateurs

Die Wasserzuflussmenge zeigt zwischen 2005 und 2016 eine unregelmässige Entwicklung. Bei der Interpretation des Indikators ist zu berücksichtigen, dass einerseits das Niederschlagsgeschehen die der ARA über die Kanalisation zugeleitete Regenwassermenge und den Fremdwasseranfall beeinflusst. Andererseits kann ein tiefer Wert auch zustande kommen, wenn bei (Stark-)Niederschlägen Wasser aus dem Kanalnetz vor Einleitung in die ARA in die Gewässer geführt wird (sog. Mischwasserentlastung). Dies vergrössert die Gewässerbelastung mit Schadstoffen und ist nicht erwünscht.

Der Indikator gibt einen Hinweis darauf, wie viel Wasser dem natürlichen Wasserkreislauf entzogen wird. Unverschmutztes Abwasser (Fremdwasser) und Regenwasser sollten grundsätzlich nicht in die ARA geleitet sondern natürlich versickert werden, um lokale Wasserkreisläufe zu schliessen.

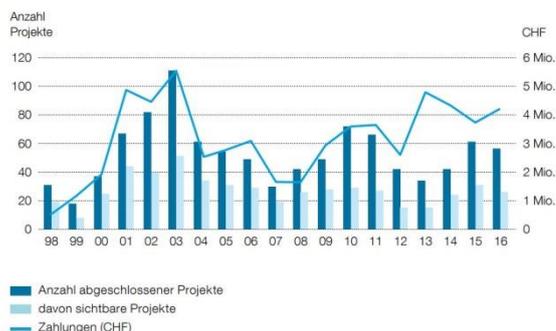
Weitere Fakten zum Wasserhaushalt

Nicht nur die Bodenversiegelung in Siedlungsgebieten, auch die Verbauung von Fliessgewässern beeinflusst den natürlichen Wasserhaushalt. Damit Gewässer ihre natürlichen Funktionen erfüllen können, benötigen sie Raum. Im Kanton Bern sind rund 40 % der Fliessgewässer stark beeinträchtigt (verbaut oder eingedolt). Die restlichen 60 % der Gewässer können als wenig beeinträchtigt oder natürlich klassiert werden (TBA 2017). Steht den Gewässern durch intensive Landnutzung, Strassen und Bauwerke zu wenig Raum zur Verfügung, erhöht dies die Gefahr von Überflutungen bei Hochwasser. Mit einer Renaturierung wird einem Gewässer der nötige Raum zurückgegeben, um grosse Wassermassen schadlos abzuleiten und Hochwasserspitzen abzuschwächen. Gleichzeitig wird seine Qualität als Lebensraum verbessert.

Mit der 2011 in Kraft getretenen Änderung der eidgenössischen Gewässerschutzgesetzgebung sollen die Schweizer Fliessgewässer und Seen naturnaher werden. Die Kantone sind verpflichtet, den Gewässerraum festzulegen sowie Revitalisierungen strategisch zu planen und umzusetzen. Zudem sollen die negativen Auswirkungen der Wasserkraftnutzung bezüglich Schwall/Sunk, Geschiebe und Fischgängigkeit beseitigt bzw. verhindert werden. Der Kanton Bern hat diese strategische Planung mit dem Gewässerentwicklungskonzept Bern GEKOB.E.2014 abgeschlossen. Seit 2016 ist die Umsetzung im Gang. Gleichzeitig muss bei diversen Wasserkraftwerken auch die noch ausstehende Restwassersanierung vorgenommen werden.

Seit 1998 werden durch den Renaturierungsfonds des Kantons Bern zahlreiche Revitalisierungs- und Renaturierungsprojekte finanziell unterstützt. Insgesamt konnten schon mehr als 1'000 Massnahmen umgesetzt werden (LANAT 2017b). Die Anzahl abgeschlossener Projekte sowie die Höhe der eingesetzten finanziellen Mittel schwankt jedoch von Jahr zu Jahr stark.

Anzahl durch den Renaturierungsfonds unterstützter Objekte pro Jahr



Quelle: LANAT 2017, Renaturierungsfonds

In der Schweiz besteht momentan ein grosser Wasserreichtum. Der Klimawandel wird jedoch auch den Wasserhaushalt der Schweiz beeinflussen. Modellrechnungen zeigen, dass sich in naher Zukunft (bis 2035) das Wasserdargebot nur wenig verändern wird. Langfristig (bis 2085) werden die verfügbaren Wasserressourcen nur leicht abnehmen, die jahreszeitliche Verteilung der Abflüsse wird sich jedoch ändern. Im Winter wird deutlich mehr Abfluss erwartet (aufgrund der höheren Schneefallgrenze), während im Sommer der Abfluss geringer sein wird (weniger Schmelzwasser). In den Gebieten des Mittellands werden entsprechend im Sommer Niedrigwasserperioden zunehmen. In Kombination mit dem erhöhten Wasserbedarf für landwirtschaftliche Bewässerung und für Kühlzwecke könnte dies künftig zu Problemen führen (BAFU 2012).

Weiterführende Informationen

- Bau-, Verkehrs- und Energiedirektion: www.bve.be.ch (> Wasser)
- GEKOB.E.2014: www.gewaesserentwicklung.bve.be.ch
- Volkswirtschaftsdirektion: www.vol.be.ch (> Natur > Fischerei > Renaturierungsfonds)
- Regierungsrat des Kantons Bern (2010): Wasserstrategie 2010.

U9 Wasserqualität

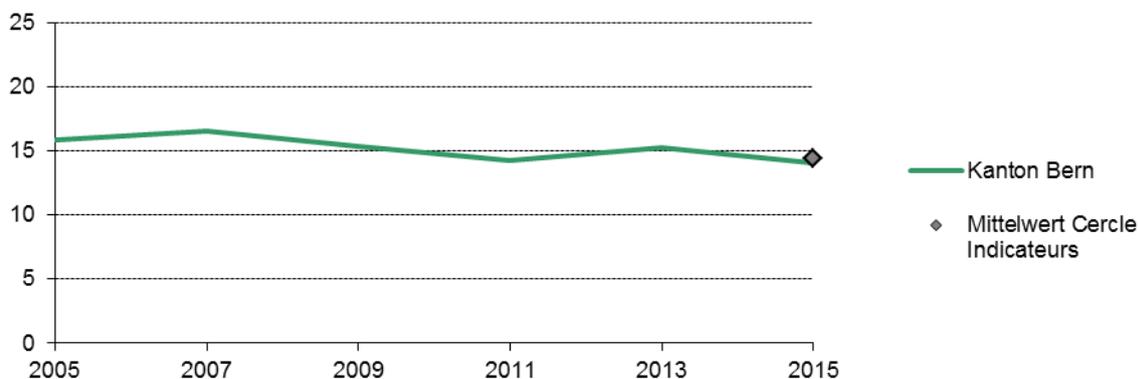
Sauberes Wasser ist Lebensgrundlage für Menschen, Tiere und Pflanzen. Im Kanton Bern stammen 96 % des Trinkwassers aus dem Grundwasser. Die Grundwasserqualität ist im Allgemeinen gut. Auch die meisten Bäche, Flüsse und Seen weisen heute eine gute bis sehr gute Wasserqualität auf. Die verbleibenden Defizite betreffen meist kleinere Fließgewässer und Seen. Eine relativ neue Herausforderung sind die chemischen Mikroverunreinigungen von Gewässern durch Bestandteile von Arzneimitteln, hormonaktiven Stoffen und Pestiziden aus der Landwirtschaft.

Kernindikator: Nitrat (NO₃) im Grundwasser

Definition: Mittlere NO₃-Konzentration der NAQUA Messstellen in mg pro Liter. Es wurden nur Messstationen in die Berechnung einbezogen, die im Einzugsgebiet einer der folgenden Hauptbodennutzungsarten liegen: Ackerbau, übrige ganzjährige Landwirtschaft und Siedlungen und Verkehrswege.

Zielrichtung: ⬇ Entwicklung: ≈ unregelmässig

mg pro Liter



Quellen: Bundesamt für Umwelt, Nationale Grundwasserbeobachtung (NAQUA); Cercle Indicateurs

Nitrat wird in der Landwirtschaft als Düngemittel eingesetzt. Wenn die Pflanzen nicht das gesamte vorhandene Nitrat aufnehmen, gelangt das gut wasserlösliche Nitrat ins Grundwasser (Auswaschung). Die Werte des Kantons Bern zeigen eine Nitratbelastung des Grundwassers, die insgesamt im unbedenklichen Bereich liegt¹⁰. Da es sich um Durchschnittswerte handelt, ermöglicht der Indikator keine Aussage über die räumlich unterschiedliche Belastungssituation.

Die Nitrat-Konzentration im Grundwasser hängt von der Art der landwirtschaftlichen Bodennutzung ab: In Gebieten mit Acker- und Gemüsebau sind die Nitratwerte höher als in Gebieten, in denen Graswirtschaft vorherrscht. In Gebieten mit hoher Nitratbelastung werden oft auch erhöhte Belastungen mit Pflanzenschutzmitteln und deren Abbauprodukten festgestellt, die teilweise ebenfalls leicht ausgewaschen werden. Vom Nitratgehalt kann jedoch nicht generell auf die Belastungssituation oder die potenzielle Gefährdung des Grundwassers durch andere Schadstoffe geschlossen werden.

¹⁰ Der Höchstwert für Nitrat im Trinkwasser liegt bei 40 mg/l. Bei Sanierungen oder Fassungsprojekten sollte ein Wert < 25 mg/l angestrebt werden (GEF 2017).

Weitere Fakten zur Wasserqualität

Der Kanton Bern verfügt über 12'000 km Fließgewässer, 3 grosse Seen, 110 Kleinseen sowie 570 km² Grundwasseroberfläche. Nebst der Grundwasserqualität ist auch eine gute Qualität der Oberflächengewässer von grösster Bedeutung für Mensch und Natur (AWA 2012). Seit den 1960er-Jahren hat die Belastung der bernischen Fließgewässer und Seen sowie des Grundwassers mit Nährstoffen und weiteren unerwünschten Substanzen laufend abgenommen. Heute gilt ihr Zustand als grösstenteils gut bis sehr gut. So nähern sich beispielsweise der Briener- und Thunersee bezüglich ihrer Nährstoffgehalte wieder ihrem natürlichen Ausgangszustand an, und auch der wichtigste Fluss im Kanton Bern – die Aare – erfüllt in dieser Beziehung alle Anforderungen der Gewässerschutzgesetzgebung (AWA 2017). Die Ziele des Gewässerschutzes sind jedoch noch nicht vollständig erreicht.

Ein Problem bilden nach wie vor Phosphoreinträge aus der Landwirtschaft, die sich vor allem im schlechten Zustand der Kleinseen bemerkbar machen. Trotz der bisher getroffenen Massnahmen in den Bereichen Siedlungsentwässerung, Landwirtschaft und Ortsplanung ist bei keinem der zehn im Jahr 2013 durch das AWA untersuchten Kleingewässern eine Verbesserung des Zustands ersichtlich (AWA 2015).

Die Gewässerqualität im Kanton Bern wird des Weiteren durch akute Gewässerverschmutzungen beeinträchtigt. So zeigt die Auswertung des vom AWA betreuten Schadendienstes seit mehreren Jahren keine Verringerung der Schadensfälle. Die dabei auftretenden Belastungen für die betroffenen Gewässer und ihre Fauna sind häufig sehr gross (AWA 2017).

Auch der Eintrag von Pestiziden führt primär im Frühjahr zu übermässigen Belastungen von Gewässern. Betroffen sind vor allem kleinere Fließgewässer in den Ackerbaugebieten des bernischen Mittellands. Untersuchungen des AWA in mehreren Fließgewässern zeigen, dass während Regenereignissen in der Applikationsperiode von Pflanzenschutzmitteln besonders hohe Konzentrationen auftreten. Das Amt

für Landwirtschaft und Natur des Kantons Bern lancierte deshalb 2016 zusammen mit Partnern das Berner Pflanzenschutzprojekt zur Verminderung von Nebenwirkungen beim Einsatz von Pflanzenschutzmitteln. Hauptziel ist es, die Belastungen in Gewässern zu reduzieren. Pestizide gelangen jedoch nicht nur durch Auswaschung, sondern auch durch den Zufluss von gereinigtem Abwasser aus Abwasserreinigungsanlagen (ARA) in die Gewässer (AWA 2015).

Ebenfalls via ARA finden diverse andere Mikroverunreinigungen¹¹ sowie deren Umwandlungsprodukte ihren Weg in die Gewässer. Das Problem bei diesen Substanzen besteht darin, dass sie weder in der mechanisch-biologischen, noch in der chemischen Reinigungsstufe einer herkömmlichen ARA wesentlich abgebaut werden. Manche dieser Stoffe wirken sich aufgrund ihrer bioziden oder hormonaktiven Eigenschaften bereits in äusserst tiefen Konzentrationen nachteilig auf empfindliche Wasserorganismen aus. Verglichen mit den Oberflächengewässern enthält das Grundwasser dank der natürlichen Filterwirkung verschiedener Bodenschichten im Normalfall höchstens Spuren von Mikroverunreinigungen, welche keine Gefahr für die menschliche Gesundheit darstellen (AWA 2015). Aufgrund der Langlebigkeit einiger dieser Substanzen können sie sich über die Jahre hinweg anreichern. Deshalb besteht im Sinne des Vorsorgeprinzips und zum Schutz der Trinkwasserressourcen Handlungsbedarf.

Weiterführende Informationen

- Bau-, Verkehrs- und Energiedirektion: www.bve.be.ch (> Wasser)
- Regierungsrat des Kantons Bern (2010): Wasserstrategie 2010

¹¹ Typische Mikroverunreinigungen sind beispielsweise die häufig in Geschirrspüchern, Reinigungs- und Korrosionsschutzmitteln eingesetzten Methylbenzotriazole und Benzotriazol, das schmerzlindernde Medikament Diclofenac, das Antibiotikum Sulfamethoxazol oder das Antiepileptikum Carbamazepin.

U10 Bodenverbrauch

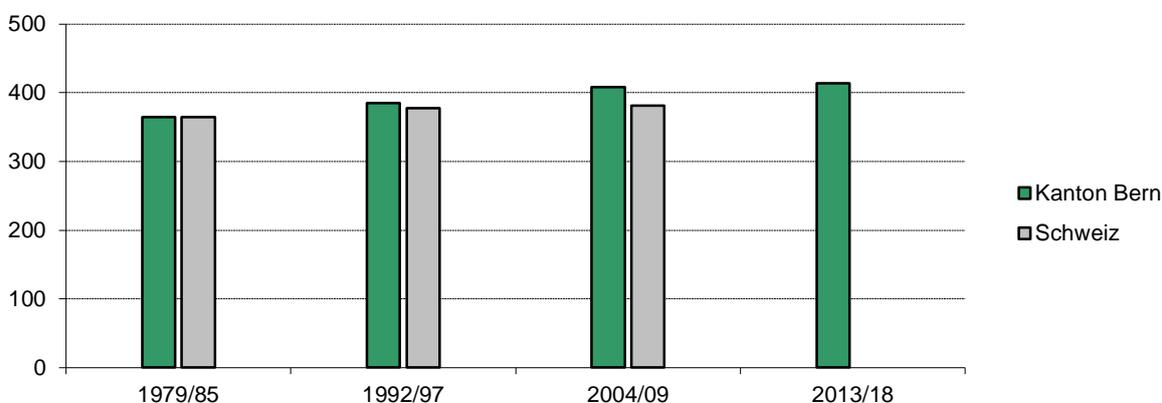
Unverbauter Boden ist eine begrenzte Ressource, die es zu erhalten gilt. Die Überbauung und Versiegelung des Bodens führt dazu, dass wertvolles Kulturland verloren geht, die Lebensräume von Tieren und Pflanzen beeinträchtigt, die Landschaft monotonisiert und der natürliche Wasserhaushalt gestört werden. Der Handlungsspielraum zukünftiger Generationen wird damit stark eingeschränkt. Ein Indikator für die haushälterische Bodennutzung ist die Flächenbeanspruchung pro Einwohner/in.

Kernindikator: Überbaute Fläche pro Einwohner/in

Definition: Summe aus Gebäudeareal, Industrie- und Gewerbeareal, besondere Siedlungsflächen und Verkehrsflächen in m² pro Einwohner/in.¹²

Zielrichtung: ↘ Entwicklung: - negativ (weg von der Nachhaltigen Entwicklung)

m² pro Einwohner/in



Quelle: Bundesamt für Statistik, Arealstatistik

Die überbaute Fläche pro Einwohnerin und Einwohner ist im Kanton Bern seit Anfang der 1980er Jahre von 364 m² auf 413 m² gestiegen, was einer Zunahme von 12 % entspricht. Diese Zunahme hat sich allerdings seit der Erhebung 1992/97 deutlich abgeschwächt.

Da die Datenerhebung und -auswertung der Arealstatistik 2013/18 noch nicht beendet wurde, kann der Schweizer Durchschnitt noch nicht angegeben werden. Es ist jedoch davon auszugehen, dass der Kanton Bern auch bei der vierten Arealstatistik über dem nationalen Durchschnitt liegen wird. Dies einerseits, weil der Wert des Kantons Bern seit der Erhebungsrunde 2004/2009 nochmals gestiegen ist (nach neuer Methode von 408 auf 413 m²) und nun deutlich über dem Durchschnitt der bereits vorliegenden Kantonswerte liegt¹³. Andererseits ist diese Abweichung auch bedingt durch die Siedlungsstruktur des über weite Teile ländlich geprägten Kantons Bern. In solchen Kantonen ist die überbaute Fläche pro Einwohner generell grösser als in stark städtisch geprägten oder sehr dicht besiedelten Kantonen wie beispielsweise GE, ZH oder BL, unter anderem auch, weil die Verkehrsflächen dazu zählen.

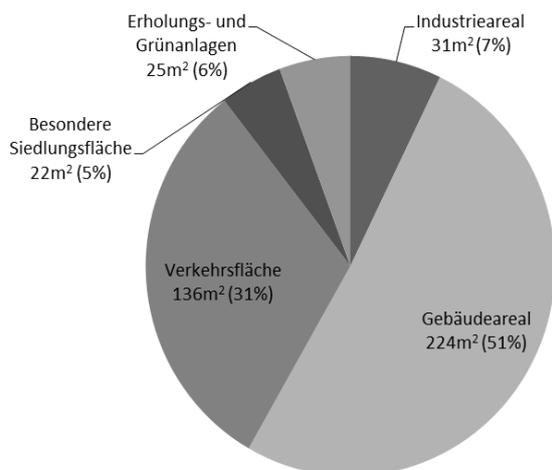
¹² Der Indikator "überbaute Fläche" entspricht der Siedlungsfläche gemäss Arealstatistik, abzüglich der Erholungs- und Grünanlagen. Zu den "besonderen Siedlungsflächen" werden die Ver- und Entsorgungsanlagen (Energie, Abwasserreinigung, Kehricht usw.), Abbauflächen, Deponien, Baustellen und Ruinen gezählt, sowie Gebäude auf solchen Flächen.

¹³ Von der Erhebungsrunde 2013/18 liegen bis Ende 2017 die Daten von 13 Kantonen vor. Der Durchschnitt dieser Kantone liegt bei 392.4 m², d.h. der Wert des Kantons Bern liegt 20.9 m² bzw. 5 % darüber. Bei der Erhebung 2004/09 lag der Wert des Kantons Bern erst 6.8 m² bzw. 2 % über dem Durchschnitt ebendieser Kantone.

Weitere Fakten zum Bodenverbrauch

Die Siedlungsfläche¹⁴ wird unterschiedlich genutzt. Pro Person werden im Kanton Bern 224 m² für Gebäudeareal (Gebäude mit Umschwung) und 136 m² für Verkehrsflächen beansprucht. Der Rest entfällt auf Industrieareal (32 m²), besondere Siedlungsflächen (22 m²) sowie Erholungs- und Grünanlagen (25 m²).

Kanton Bern: Siedlungsfläche pro Einwohner/in nach Nutzungstypen in m², 2013/18



Quelle: BFS, Arealstatistik, Darstellung AUE

Die gesamte Siedlungsfläche hat im Kanton Bern innerhalb der letzten 35 Jahre um 9'362 ha (27 %) zugenommen, diejenige der Landwirtschaftsfläche hat im selben Zeitraum um 11'298 ha (4 %) abgenommen. Bis anhin wurde der Rückgang der landwirtschaftlichen Nutzfläche vor allem durch die Zunahme der Siedlungsfläche verursacht. Daten der vierten Arealstatistik (2013/18) zeigen jedoch, dass der Rückgang der Landwirtschaftsfläche zwischen der dritten (2004/09) und der vierten Erhebung zu mehr als einem Drittel durch die Zunahme der Bestockten Flächen verursacht wurde.

Der Bodenverbrauch ist vor allem im Mittelland gross. Die zunehmende Siedlungsausdehnung konkurriert hier mit der Landwirtschaft um den wertvollen Boden.

Die Festlegung von Bauzonen ist ein zentrales Instrument der Raumplanung und bezweckt die Steuerung des Bodenverbrauchs. Der Kanton Bern wies 2017 286 m² Bauzone pro Einwohner auf und liegt damit knapp unter dem Schweizer Durchschnitt. Acht Kantone weisen eine kleinere Bauzonenfläche pro Einwohner auf; es sind dies städtische Kantone mit hoher Bevölkerungsdichte und dicht genutzten Bauzonen (BS, GE, ZG, ZH) sowie die Kantone BL, LU, SZ und NW. Der Anteil an noch unüberbauten Bauzonen (Bauzonenreserve) ist im Kanton Bern mit 8 % ebenfalls unterdurchschnittlich. Nur die Kantone BS, OW, AR, ZH und BL haben einen kleineren Prozentsatz unüberbauter Bauzonen (ARE 2017). Im Kanton Bern befinden sich hingegen überdurchschnittlich viele Bauten ausserhalb der Bauzonen – Tendenz weiter steigend. Es handelt sich grösstenteils um landwirtschaftliche Bauten, Wohngebäude und Verkehrsanlagen, aber auch Bauten der Landesverteidigung, der Ver- und Entsorgung etc. Einen hohen Anteil von Bauten ausserhalb der Bauzonen weisen traditionelle Streusiedlungsgebiete auf (ARE 2016).

Weiterführende Informationen

- Justiz-, Gemeinde- und Kirchendi- rektion: www.jgk.be.ch (> Raum- planung > Kantonaler Richtplan)

¹⁴ In der Siedlungsfläche sind, im Gegensatz zum Kernindikator, auch die Erholungs- und Grünanlagen eingeschlossen.

U11 Bodenqualität

Ein gesunder Boden ist Lebensraum für unzählige Bodenlebewesen, ernährt uns und reinigt unser Trinkwasser. Damit der Boden diese Funktionen erfüllen kann, muss er vor chemischen Schadstoffen und physikalischen Einflüssen wie Verdichtung und Erosion geschützt werden. Ist der Boden einmal beeinträchtigt, erholt er sich – wenn überhaupt – nur sehr schlecht und langsam. Ein verantwortungsvoller Umgang mit dem Boden zur langfristigen Erhaltung seiner Fruchtbarkeit ist ein aus Sicht der Nachhaltigen Entwicklung zentrales Anliegen. Ein Scheitern hätte schwerwiegende Konsequenzen in mehreren Bereichen.

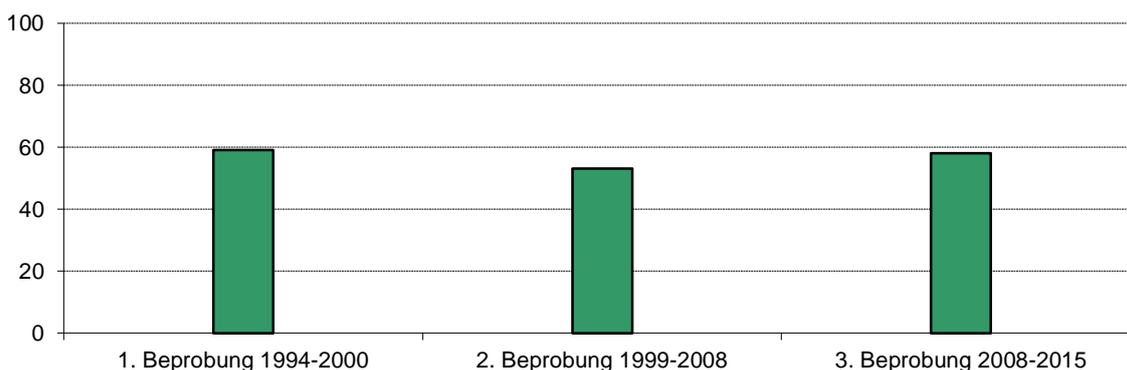
Kernindikator: Flächen mit geringer Schwermetallbelastung

Daten zur Schwermetallbelastung des Bodens sind nicht für alle Kantone des Cercle Indicateurs in ausreichender Qualität verfügbar. Deshalb verzichtet der Cercle Indicateurs momentan auf die Erhebung des Indikators.

Definition: Anteil landwirtschaftlich genutzter Standorte mit Belastung < 50 % der Richtwerte gemäss Verordnung über die Belastungen des Bodens (VBBo) für die Schwermetalle Cadmium, Blei, Kupfer und Zink, in Prozent¹⁵

Zielrichtung: ↗ Entwicklung: ≈ unregelmässig

Prozent



Quelle: Amt für Landwirtschaft und Natur des Kantons Bern, Kantonale Bodenbeobachtung (KABO)

Der Anteil Standorte, bei denen die Schwermetallgehalte der Elemente Cadmium, Blei, Kupfer und Zink, unter 50 % des jeweiligen VBBo Richtwerts liegen, sank von 59 % bei der 1. Beprobung (20 von 34 Standorten) auf 53 % bei der 2. Beprobung (17 von 32 Standorten) und stieg bei der 3. Beprobung wieder auf 58 % (22 von 38 Standorten) an. Wie bereits in der 1. und 2. Beprobung sind die untersuchten Böden am stärksten durch Kupfer belastet. Kupfer ist das einzige Element, bei welchem Richtwertüberschreitungen gemessen wurden – und dies gleich bei vier Standorten. Kupfer gelangt beispielsweise über Pflanzenschutzmittel oder den Einsatz von Hofdünger – Kupfer und Zink werden dem Tierfutter als Nahrungsergänzung und zur Leistungssteigerung beigegeben – in die Böden (BAFU 2015).

Die vorliegenden Daten zur Schwermetallbelastung beziehen sich auf ausgewählte landwirtschaftlich genutzte Standorte im Ackerbauggebiet des Mittellands und sind nicht repräsentativ für den ganzen Kanton Bern.

¹⁵ Die Daten stammen von 17 (1. Beprobung), 16 (2. Beprobung) und 18 (3. Beprobung) Standorten der Kantonalen Bodenbeobachtung (KABO). Berücksichtigt wurden jeweils zwei Probeflächen (Naturwiese und Ackerfläche), die separat gezählt werden (ergibt 34, 32 und 38 Messstandorte). Die Werte wurden im Oberboden (0 – 20 cm Tiefe) gemessen.

Weitere Fakten zur Bodenqualität

Im Kanton Bern wird über 40 % der Gesamtfläche landwirtschaftlich genutzt. Viele Böden werden sehr intensiv bewirtschaftet, was unter anderem das Risiko von Verdichtung, Erosion und Stickstoffemissionen mit sich bringt. Letztere beeinträchtigen zwar die Bodenqualität nicht direkt, sind jedoch für naturnahe Ökosysteme sowie die Luftqualität nachteilig (siehe U1 und U12). Ziel des von 2009 – 2015 laufenden Förderprogramms Boden war es, Landwirte mittels Weiterbildungen und finanziellen Beiträgen bei der Bekämpfung dieser drei Herausforderungen zu unterstützen. Dadurch konnten während sechs Jahren Anbausysteme mit konservierender Bodenbearbeitung (z.B. Direktsaat), permanenter Bodenbedeckung und sorgfältiger Befahrung etabliert werden. Zudem fand eine Sensibilisierung hinsichtlich der Ammoniakproblematik bei der Ausbringung von Gülle sowie der Achslastbegrenzung statt. Dadurch leisteten die rund 20 % beteiligten Berner Bauern einen wesentlichen Beitrag zur Verbesserung der Bodenqualität. Aufgrund der Erkenntnisse des Förderprogramms Boden wurden die Massnahmen Direktsaat, Streifenfrässaat und Mulchsaat sowie emissionsmindernde Ausbringverfahren vom Bund mit der Einführung der Agrarpolitik 2014 – 2017 in die Ressourceneffizienzbeiträge (REB)¹⁶ überführt. Um eine nachhaltige Bodennutzung zu erreichen, ist der Druck auf den Boden beim Befahren zu begrenzen, die Intensität beim Bearbeiten zu reduzieren, der Boden mit organischem Material zu regenerieren und nicht weiter mit Schadstoffen zu belasten (VOL 2017).

Die Verdichtung der Böden ist jedoch nicht nur in der Landwirtschaft, sondern auch in der Bauwirtschaft ein Problem. Überfahrten mit schweren Maschinen bei nassen Bedingungen führen zu einer Verdichtung des Bodens. Ein fachgerechter Umgang mit

Boden sollte auch auf Baustellen die Regel sein: Boden ist sorgsam abzutragen, zwischenzulagern und wiederzuverwerten. Abgetragener, unverschmutzter Ober- und Unterboden sollte aufgrund der Abfallverordnung (VVEA) nicht mehr in Deponien entsorgt, sondern zur Qualitätsverbesserung degradierter Böden verwendet werden, damit diese wenn möglich wieder die Güte von Fruchtfolgeflächen erhalten (VOL 2017).

Vor allem in Wäldern, aber auch in empfindlichen Lebensräumen wie Hochmooren oder Magerwiesen können erhöhte Stickstoffeinträge negative Auswirkungen auf die Stabilität der Ökosysteme und die Biodiversität haben. So sind zahlreiche Arten, die auf stickstoffarme Standorte angewiesen sind, gefährdet. In den Schweizer Wäldern werden im Durchschnitt 24 Kilogramm Stickstoff pro ha und Jahr eingetragen – demgegenüber stehen die natürlichen Stickstoffeinträge, die ein bis drei Kilogramm betragen würden. Auf über 95% der Schweizer Waldfläche werden die kritischen Belastungsraten für Stickstoffeinträge überschritten (BAFU 2017e).

Weiterführende Informationen

- Volkswirtschaftsdirektion: www.vol.be.ch (> Landwirtschaft > Bodenschutz)
- Bau-, Verkehrs- und Energiedirektion: www.bve.be.ch (>Umwelt > Boden / Altlasten)
- VOL 2017: Bodenbericht 2017

¹⁶ Zur Verbesserung der nachhaltigen Nutzung der natürlichen Ressourcen und der Effizienz beim Einsatz von Produktionsmitteln werden seit 2014 auf nationaler Ebene Techniken mit ausgewiesener Wirkung befristet gefördert (BLW 2017 c).

U12 Luftqualität

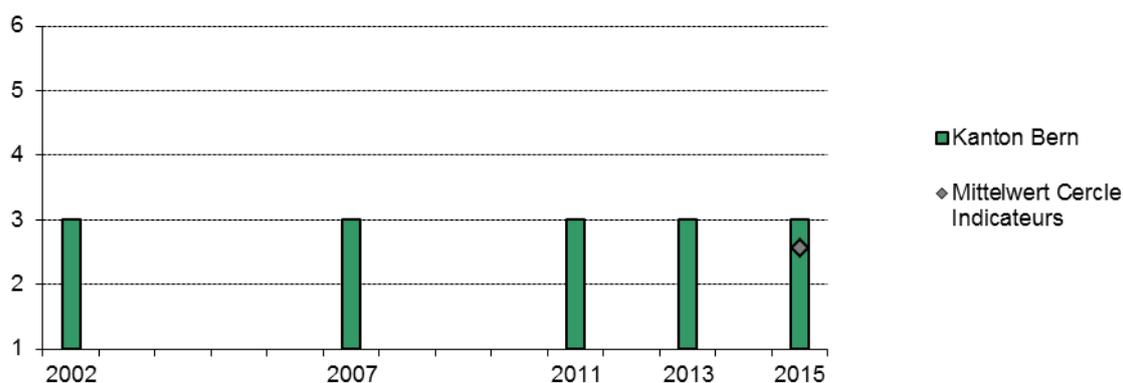
Saubere Luft ist Teil unserer Existenzgrundlage; sie ist sowohl für die Ökosysteme als auch für die menschliche Gesundheit von grosser Bedeutung. In den vergangenen 30 Jahren konnten mit verschiedenen Massnahmen die Schadstoffemissionen reduziert und damit insgesamt die Luftqualität verbessert werden. Doch die Berner Luft ist noch nicht sauber genug, um gesundheitliche und ökologische Schäden auszuschliessen.

Kernindikator: Langzeit-Belastungsindex (LBI)

Definition: Index aus lungengängigem Feinstaub (PM10), Stickstoffdioxid (NO₂) und Ozon (O₃).¹⁷ 1 = sehr geringe, 6 = sehr hohe Belastung

Zielrichtung: ↘ Entwicklung: ≈ stagnierend

Index



Quellen: Bundesamt für Umwelt, Cercle Indicateurs

Der bevölkerungsgewichtete Langzeit-Belastungsindex (LBI) für den Kanton charakterisiert die durchschnittliche Belastungssituation der Luft. Er wird nur in ganzen Zahlen angegeben, weshalb geringfügige Verbesserungen oder Verschlechterungen der Luftqualität nicht abgebildet werden können. Im Kanton Bern stagniert der Index seit 2002 im mittleren Bereich, wogegen der Mittelwert des Cercle Indicateurs seit 2002 kontinuierlich, von 3.3 auf 2.6, gesunken ist. Aufgrund der Gewichtung der Bevölkerung ist es für Kantone mit grossen Ballungszentren schwieriger tiefe LBI-Werte zu erzielen als für vorwiegend ländlich geprägte Kantone. Dies, da in den Zentren meist hohe LBI-Werte gemessen werden, welche aufgrund der dort herrschenden grossen Bevölkerungsdichte entsprechend stark gewichtet werden.

¹⁷ Der LBI beruht auf einer Empfehlung des Cercle'Air (Schweizerische Gesellschaft der Lufthygiene-Fachleute). Die Schadstoffe PM10, NO₂ und O₃ werden aufgrund ihrer unterschiedlich starken chronischen Wirkungen gewichtet. Informationen zur Berechnungsweise unter www.cerclair.ch > Empfehlungen, Nr. 27 Luftbelastungsindex. Informationen zur Berechnungsmethodik des LBI für Kantone und Gemeinden sind in der Cercle'Air Empfehlung Nr. 27c „Berechnung des Indikators U11 Luftqualität des Cercle Indicateurs für Kantone und Gemeinden“ zu finden.

Weitere Fakten zur Luftqualität

In den vergangenen 25 Jahren konnten mit verschiedenen Massnahmen die Schadstoffemissionen reduziert und insgesamt die Luftqualität in der Schweiz und auch im Kanton Bern verbessert werden. So hat die durchschnittliche Belastung mit Schwefeldioxid (SO₂) um rund 90 %, diejenige mit Stickstoffdioxid (NO₂) und mit Feinstaub (PM10) um 40 bis 50 % abgenommen. Flächendeckende übermässige Belastungen treten heutzutage kaum noch auf (beco 2015).

Massgeblich zur Verbesserung der Luftqualität hat die technische Entwicklung beigetragen. Dies gilt sowohl für Feuerungen, für Industrieanlagen als auch für den Strassenverkehr. Im Kanton Bern sind mittlerweile nahezu alle Dieselfusse des öffentlichen Verkehrs mit geschlossenen Partikelfiltern ausgerüstet und die Sanierung von 126'000 Feuerungen mit einer Leistung von bis zu einem Megawatt ist zu 90 % abgeschlossen (beco 2015).

Trotz dieser beachtlichen Erfolge ist das Ziel einer guten Luftqualität noch nicht vollständig erreicht. In den Zentren der grossen Städte sowie entlang der grossen Verkehrsachsen sind übermässige Stickstoffdioxid- und Feinstaub-Belastungen zu verzeichnen. An heissen Sommertagen wird

der Grenzwert für Ozon häufig überschritten und bei langandauernden, austausch- armen Wetterlagen im Winter steigt die Belastung mit Feinstaub über den zulässigen Wert. Zudem liegen die Stickstoffeinträge in empfindliche Ökosysteme – verursacht durch Ammoniak-Emissionen, die zu 90 % aus der Tierhaltung der Landwirtschaft stammen – immer noch deutlich über den kritischen Belastungsgrenzen (beco 2015).

Mithilfe des Massnahmenplans Luftreinhaltung 2015/2030 soll die Luftqualität im Kanton Bern weiter verbessert werden. Dazu wurden insgesamt 14 Massnahmen in den Bereichen Verkehr, Maschinen und Motoren, Feuerungen, Industrie- und Gewerbe sowie Landwirtschaft formuliert (beco 2015).

Weiterführende Informationen

- Volkswirtschaftsdirektion:
www.vol.be.ch (> Luft & Immissionen)
- beco Berner Wirtschaft (2015):
Massnahmenplan zur Luftreinhaltung 2015/2030.

A.2.2.2 Nachhaltigkeitsdimension Wirtschaft

Wirtschaft					
W1 Einkommen	BIP pro Einwohner/-in (2008 – 2015)	↗	≈	☹	
W2 Lebenskosten	Mietpreisniveau (2003 – 2015)	↘	-	☺	
W3 Arbeitsmarkt	Arbeitslosenquote (1990 – 2016)	↘	≈	☺	
W4 Investitionen	Umbau- und Unterhaltsarbeiten (1998 – 2015)	↗	≈	☺	
W5 Kostenwahrheit	<i>Kein Indikator definiert</i>				
W6 Ressourceneffizienz	Materialeffizienz der Volkswirtschaft, Schweiz (2000 – 2014)	↗	(+)	--	
W7 Innovationen	Beschäftigte in innovativen Branchen (2002, 2005, 2008, 2011, 2013)	↗	≈	☹	
W8 Wirtschaftsstruktur	Beschäftigte in wertschöpfungsstarken Branchen (2002 – 2014)	↗	≈	☹	
W9 Know-how	Qualifikationsniveau (2003 – 2015)	↗	+	☹	
W10 Öffentlicher Haushalt	Nettoverschuldungsquotient (2003 – 2015)	↘	≈	☹	
W11 Steuern	Index der Steueraus schöpfung (2008 – 2017)	↘	≈	☹	
W12 Produktion	<i>Kein Indikator definiert</i>				

W1 Einkommen

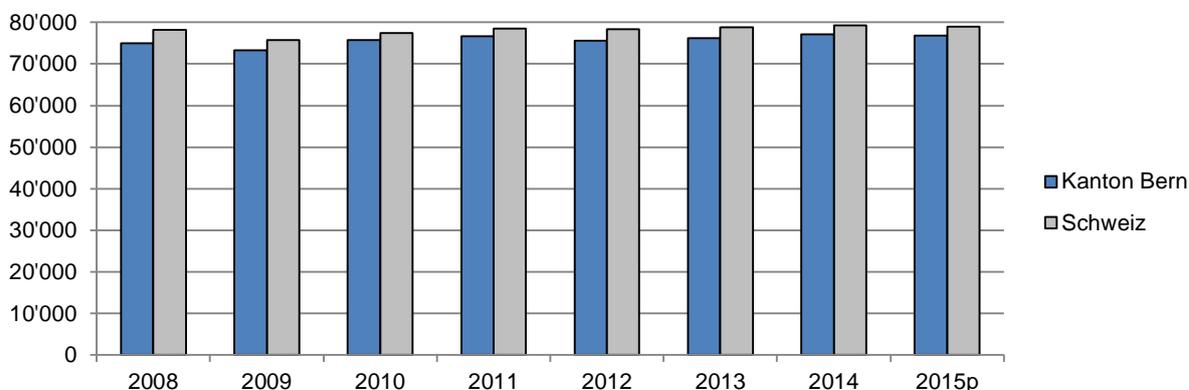
Das Einkommen bestimmt massgeblich unseren Wohlstand. Es ist notwendig, um unsere Grundbedürfnisse wie Nahrung, Wohnraum und Kleidung sowie weitere wichtige Bedürfnisse wie Mobilität und Freizeitgestaltung zu decken. Das BIP misst die wirtschaftliche Leistung der Volkswirtschaft. Es umfasst den Marktwert der hergestellten Waren und Dienstleistungen im Inland. Das BIP ist ein Mass des materiellen Wohlstands. Aussagen zur Einkommenssituation und zur Lebensqualität einzelner Personen oder zur Verteilung des Wohlstands sind nicht möglich (vgl. dazu G5).

Kernindikator: BIP pro Einwohner/-in

Definition: Kantonales Bruttoinlandprodukt (BIP) pro Einwohner/-in, in CHF, zu laufenden Preisen.

Zielrichtung: ↗ Entwicklung: ≈ unregelmässig

Franken pro Einwohner/-in und Jahr



Quelle: Bundesamt für Statistik, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung, Daten 2015 provisorisch

Der Kanton Bern weist im Vergleich zum Schweizer Durchschnitt ein leicht tieferes BIP pro Kopf auf. 2015 betrug der Wert für den Kanton Bern rund 76'900 CHF, derjenige für die Schweiz rund 78'900 CHF (provisorische Daten). Die Entwicklung verläuft im Beobachtungszeitraum unregelmässig.

Das durchschnittliche Wachstum des BIP pro Einwohner/-in und Jahr im Kanton Bern lag in der Periode 2005 bis 2015 knapp im Schweizer Durchschnitt. Dies weil der Kanton Bern nicht nur ein geringeres BIP-Wachstum, sondern auch ein geringeres Bevölkerungswachstum verzeichnete.

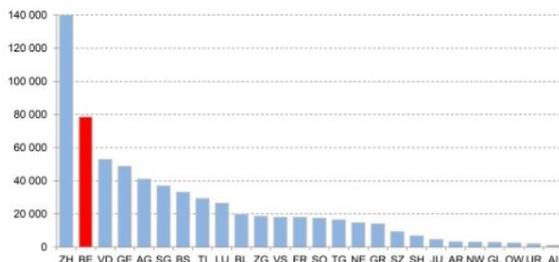
Zieht man für den Vergleich der Einkommenssituation eine andere Kennzahl heran, z. B. das Volkseinkommen¹⁸, liegt der Kanton Bern ebenfalls unter dem Durchschnitt. 2016 (provisorische Werte) belief sich im Kanton Bern das Volkseinkommen pro Einwohner/-in auf 52'200 CHF während der Schweizer Durchschnitt bei 59'500 CHF lag (beco 2017a).

¹⁸ Das Volkseinkommen setzt sich zusammen aus dem Primäreinkommen der privaten Haushalte (Einkommen aus Arbeit, und Vermögen, z. B. Dividenden), dem Einkommen der Kapitalgesellschaften sowie den Einkommen der öffentlichen Hand und der öffentlichen Sozialversicherungen.

Weitere Fakten zum Einkommen

Das BIP des Kantons Bern betrug 2016 78.5 Mrd CHF. Das entspricht 12 % des nationalen BIP (CHF 659 Mrd.). Der Kanton Bern liegt damit hinter Zürich an zweiter Stelle aller Kantone.

BIP in Mio. CHF, 2016 (provisorische Daten)



Quelle: BAK Economics

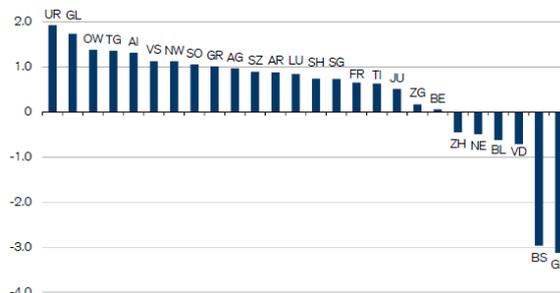
Das BIP entwickelt sich im Kanton Bern weniger dynamisch als in der Schweiz. Längerfristig resultiert daraus im Kanton Bern ein geringeres Wachstum. Ein wichtiger Grund für diese Tatsache liegt in der Branchenstruktur des Kantons. Der Wertschöpfungsanteil der dynamischen und wachstumsstarken Branchen ist geringer als in der Schweiz. (siehe auch W8 Wirtschaftsstruktur).

Eine Studie der Credit Suisse vergleicht die finanzielle Wohnattraktivität von Kantonen und Gemeinden der Schweiz anhand des frei verfügbaren Einkommens. Dies ist der Anteil des Bruttoeinkommens eines Haushalts, der nach Abzug der obligatorischen Ausgaben, der Fixkosten fürs Wohnen (Miet- oder Wohneigentumskosten, Nebenkosten, Gebühren für Wasser, Abwasser und Kehricht, Abgaben für Elektrizität und Energie) für freie Konsumentscheide übrig bleibt. 2016 belief sich das durchschnittliche frei verfügbare Einkommen in der Schweiz auf 68'555 CHF. Dies entspricht 56.7 % des Bruttoeinkommens (Credit Suisse 2016).

Der Kanton Bern liegt bezüglich des frei verfügbaren Einkommens knapp über dem Schweizer Durchschnitt. In den städtischen Zentren ist das frei verfügbare Einkommen meist geringer als in Gemeinden im Agglomerationsgürtel oder in der Peripherie – insbesondere aufgrund der höheren Wohnkosten. Ebenfalls ins Gewicht fallen

regionale Unterschiede betreffend Steuerbelastung, Krankenversicherungsprämien und Familienzulagen (Credit Suisse 2016).

Frei verfügbares Einkommen 2016¹⁹
Synthetischer Indikator, CH = 0



Quelle: Credit Suisse Economic Research

Weiterführende Information

- Volkswirtschaftsdirektion: www.vol.be.ch (> Wirtschaft > Wirtschaftsdaten)
- Regierungsrat des Kantons Bern (2012): Wirtschaftsstrategie 2025 des Kantons Bern

¹⁹ Ohne Berücksichtigung von Pendel- und Kinderbetreuungskosten

W2 Lebenskosten

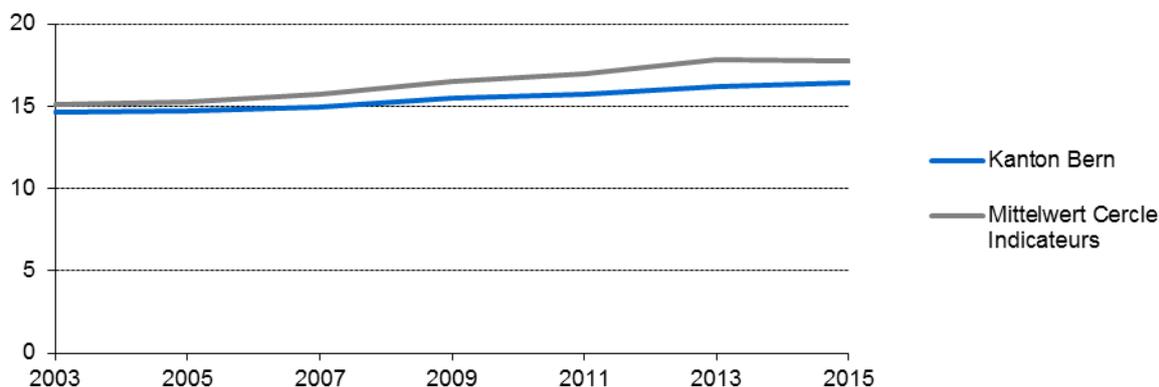
Die Höhe der Lebenskosten ist neben dem Einkommen (W1) bestimmend für den Wohlstand der privaten Haushalte. Die Wohnkosten machen einen beträchtlichen Teil der Lebenskosten aus: Unter den Konsumausgaben stehen sie an erster Stelle und sind darum entscheidend dafür, wie viel Geld für weitere Konsumausgaben noch zur Verfügung steht.

Kernindikator: Mietpreisniveau

Definition: Durchschnittlicher Mietpreis in Franken pro m² Bruttowohnfläche pro Monat (nur Wohnungen, die aktuell auf dem Markt sind)

Zielrichtung: ↘ Entwicklung: - negativ (weg von der Nachhaltigen Entwicklung)

Franken pro m² Bruttowohnfläche pro Monat



Quelle: Wüest & Partner; Cercle Indicateurs

Das Mietpreisniveau liegt im Kanton Bern (16.4 CHF/m²) leicht unter dem Mittelwert der am Benchmarking beteiligten Kantone (17.8 CHF/m²). Zwischen 2003 und 2015 ist eine Erhöhung des Mietpreisniveaus um 11.9 % zu verzeichnen. Dieser Anstieg ist deutlich höher als die Teuerung, die im gleichen Zeitraum 4.7 % betrug. Der Anteil der Wohnkosten (inkl. Nebenkosten) am verfügbaren Einkommen der Schweizer Haushalte hat bei den Wenigverdienenden (unterstes Einkommensfünftel) zwischen 1998 (27 %) und 2011 (31 %) stetig zugenommen (BFS 2017c).

Ein grosser Teil der Berner Bevölkerung gehört zu den Mietenden und ist damit direkt vom Mietpreisniveau betroffen. Es kann somit als relevanter Indikator für die Lebenskosten betrachtet werden. In den Indikator fliessen nur die Mietpreise für Wohnungen ein, die aktuell auf dem Markt sind. Diese sind in der Regel höher als der durchschnittliche Mietpreis aller Wohnungen.

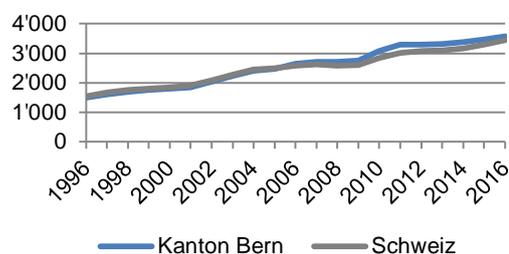
Weitere Fakten zu den Lebenskosten

Neben den Konsumausgaben (Nahrung, Wohnen, Bekleidung, Unterhaltung, Mobilität etc.) belasten auch obligatorische Ausgaben das Budget der privaten Haushalte. Dazu gehören Sozialversicherungsbeiträge, Krankenversicherungsprämien (Grundversicherung) und Steuern. Im schweizerischen Durchschnitt wird gut ein Viertel des Bruttoeinkommens für diese obligatorischen Ausgaben aufgewendet.

Die durchschnittlichen jährlichen Prämien für die obligatorische Krankenversicherung sind zwischen 1996 und 2016 im Kanton Bern um 139 % angestiegen, in der Schweiz um 123 %. 2016 betrug die durchschnittliche Prämie im Kanton Bern 3'581 CHF und schweizweit 3'442 CHF (BAG 2017).

Krankenversicherungsprämien: Prämiensoll in Franken je versicherte Person (für alle Versicherten und für alle Versicherungsformen)

Franken pro Jahr



Quelle: Bundesamt für Gesundheit, Statistik der obligatorischen Krankenversicherung, Darstellung AUE

Weiterführende Informationen

- Volkswirtschaftsdirektion:
www.vol.be.ch (> Wirtschaft > Wirtschaftsdaten > Bevölkerung > Wohnen)

W3 Arbeitsmarkt

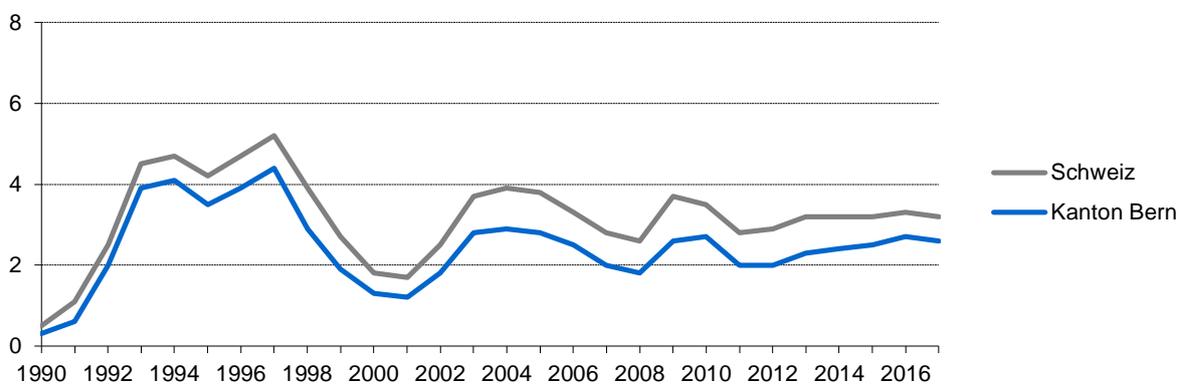
Die individuelle Bedeutung der Arbeit liegt primär in der Einkommenssicherung; darüber hinaus ist sie Quelle von Identifikation und sozialem Ansehen. Ein gut funktionierender Arbeitsmarkt mit genügend und vielfältigen Arbeitsplätzen, die den Beschäftigten ein existenzsicherndes Einkommen ermöglichen, ist ein wichtiges Ziel der Nachhaltigen Entwicklung. Der Kanton Bern weist eine vergleichsweise niedrige Arbeitslosigkeit auf. Die Schwankungen widerspiegeln die allgemeine wirtschaftliche Lage.

Kernindikator: Arbeitslosenquote

Definition: Zahl der registrierten Arbeitslosen geteilt durch die Zahl der Erwerbspersonen (Jahresdurchschnitt), in Prozent.

Zielrichtung: ▼ Entwicklung: ≈ unregelmässig

Prozent



Quelle: Staatssekretariat für Wirtschaft (SECO), Arbeitsmarktstatistik

Die Arbeitslosenquote im Kanton Bern liegt wie generell in den Deutschschweizer Kantonen unter dem nationalen Durchschnitt. Im Jahresdurchschnitt 2017 betrug sie im Kanton Bern 2.6 %, in der Schweiz 3.2 %. Sie ist im Kanton Bern seit 1990 wie in der ganzen Schweiz insgesamt angestiegen, war aber konstant tiefer als im CH-Durchschnitt. Die Schwankungen der Arbeitslosenquote über den betrachteten Zeitraum widerspiegeln die Konjunkturlage. Konjunkturelle Einflüsse können das Niveau der Arbeitslosigkeit generell erklären, nicht jedoch die beträchtlichen regionalen Unterschiede.

Die Arbeitslosenquote bildet die Situation auf dem Arbeitsmarkt nicht vollständig ab: Nicht registrierte Stellensuchende und Personen in Beschäftigungsprogrammen werden darin nicht erfasst.

Weitere Fakten zum Arbeitsmarkt

Die Arbeitslosenquote zeigt innerhalb des Kantons regionale Unterschiede: Die niedrigste Quote (1.4 %) hatte 2017 der Verwaltungskreis Interlaken-Oberhasli, gefolgt von Frutigen-Niedersimmental (1.6 %) und Obersimmental-Saanen (1.7 %). Die Verwaltungskreise Biel/Bienne (4.3 %) und Berner Jura (3.4 %) wiesen überdurchschnittliche Arbeitslosenquoten auf (beco 2017b).

Der Anteil Langzeitarbeitsloser entspricht im Kanton Bern dem schweizerischen Durchschnitt. Wie im schweizerischen Durchschnitt ist die Arbeitslosigkeit bei den jungen Erwachsenen am höchsten (beco 2017b).

Ein weiteres wichtiges Merkmal des Arbeitsmarktes ist die Nettoerwerbsquote, das heisst der Anteil der Erwerbspersonen an der aktiven Bevölkerung (15- bis 64-Jährige). Der Kanton Bern verzeichnet eine überdurchschnittliche Nettoerwerbsquote.

Sie liegt mit 84.2 % mehr als zwei Prozentpunkte über jener der Schweiz. Die Erwerbsquote sagt etwas über das Arbeitsangebot aus, allerdings nicht über das Arbeitsvolumen bzw. den Beschäftigungsgrad der Erwerbspersonen (beco 2017b).

Beim Beschäftigungsgrad sieht es im Kanton Bern anders aus: Der Anteil der Vollzeitbeschäftigten (Arbeitspensum 90 – 100 %) ist mit 65.4 % tiefer als in der Schweiz (68.8 %). Der Anteil der Teilzeitbeschäftigten ist sowohl bei den Männern als auch bei den Frauen entsprechend grösser als im Schweizer Durchschnitt (beco 2017b).

Weiterführende Information

- Volkswirtschaftsdirektion:
www.vol.be.ch (> Arbeit)
- Regierungsrat des Kantons Bern (2012): Wirtschaftsstrategie 2025 des Kantons Bern.

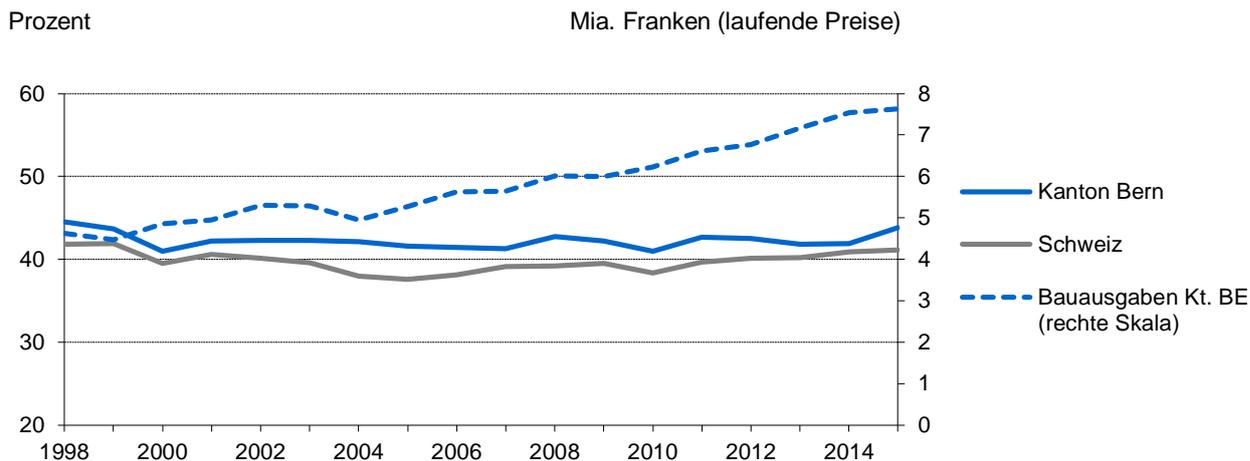
W4 Investitionen

Private und öffentliche Investitionen ermöglichen den Erhalt und Ausbau des Realkapitals. Dieses umfasst Bauten, Maschinen, Strassen und Infrastrukturanlagen. Angemessene Investitionen sind wichtig für die positive Entwicklung der Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit einer Volkswirtschaft. Die Bautätigkeit ist ein zentraler Investitionsbereich.

Kernindikator: Umbau- und Unterhaltsarbeiten

Definition: Anteil (öffentliche und private) Umbauinvestitionen und öffentliche Unterhaltsarbeiten am Total der öffentlichen und privaten Bauausgaben, in Prozent.

Zielrichtung: ↗ Entwicklung: ≈ unregelmässig



Quelle: Bundesamt für Statistik, Bau- und Wohnbaustatistik

2015 entfielen im Kanton Bern knapp 44 % der öffentlichen und privaten Bauausgaben auf Umbau- und Unterhaltsarbeiten, der Rest auf Neubauten. Der Anteil der Umbau- und Unterhaltsarbeiten bewegt sich seit 1998 im Bereich zwischen 40 und 45 %. Der Wert ist im Kanton Bern stets etwas höher als im schweizerischen Durchschnitt.

Absolut gesehen weisen die Bauausgaben im Kanton Bern eine steigende Tendenz auf; 2015 beliefen sie sich auf 7.6 Mia. CHF. An den gesamthaft steigenden Bauausgaben wird anteilmässig immer etwa gleich viel in den Umbau und Unterhalt von Bauten und Infrastrukturanlagen investiert.

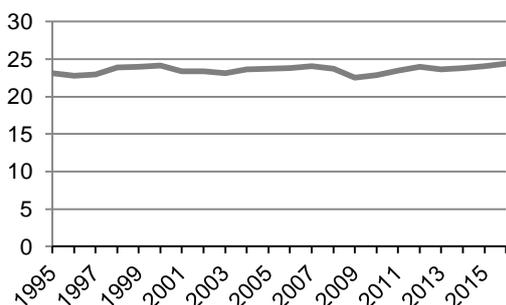
Der Indikator zeigt, wie gross der Anteil der Investitionen in die Erhaltung und Erneuerung des physischen Kapitals (Häuser, Strassen, Infrastrukturanlagen) ist. Damit Investitionen zur Nachhaltigen Entwicklung beitragen, müssen sie unter Berücksichtigung ihrer Wirkungen auf die Umwelt und die Gesellschaft ausgestaltet werden. Für die Bautätigkeit im Infrastrukturbereich heisst dies in der Regel, die bestehende Bausubstanz zu erhalten und zu erneuern oder zu erweitern, bevor neue Bauten erstellt werden. Bei der Bautätigkeit im Gebäudebereich muss jeweils sorgfältig abgeklärt werden, ob ein Ersatz durch Neubau oder durch Sanierung aus Sicht der Nachhaltigen Entwicklung besser ist.

Weitere Fakten zu Investitionen

Der Anteil Investitionen am Bruttoinlandprodukt (BIP) ist in der Schweiz seit 1995 leicht gestiegen. In dieser Betrachtung handelt es sich ausschliesslich um Investitionen in das Produktivkapital. Ausgaben für immaterielle Leistungen wie Bildung und Gesundheit, die zum Human- und Sozialkapital beitragen, werden nicht berücksichtigt.

Bruttoanlageinvestitionen im Verhältnis zum BIP

Prozent



Daten für 2015 und 2016 provisorisch

Quelle: Bundesamt für Statistik, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung, Darstellung AUE

Unter einer Investition versteht man im weiteren Sinne die Verwendung finanzieller Mittel, um damit die langfristigen Erträge zu

vermehrten. Nebst Investitionen in das Real- oder Produktivkapital (so genannten Sachinvestitionen) werden auch Investitionen ins Humankapital getätigt, welches für die Nachhaltige Entwicklung ebenfalls ein Schlüsselfaktor ist. Unter Humankapital versteht man Fähigkeiten, Fertigkeiten und Wissen, das in Personen verkörpert ist und durch Ausbildung, Weiterbildung und Erfahrung erworben wird.

Bildungsausgaben sind also Investitionen ins Humankapital, welchen im Hinblick auf die zukünftigen Generationen eine besondere Bedeutung zukommt. 2015 wurden schweizweit 27.4 % der kantonalen Gesamtausgaben in Bildung investiert. Damit stehen die Bildungsausgaben an erster Stelle, gefolgt von den Ausgaben für soziale Sicherheit (20.2 %) und den Gesundheitsausgaben (14 %) (BFS 2017d). Weitere Informationen zum Thema Bildung unter W9 Know-how und G8 Bildung.

Weiterführende Informationen

- Standortförderung Kanton Bern: www.berneinvest.com
- Regierungsrat des Kantons Bern (2012): Wirtschaftsstrategie 2025 des Kantons Bern.

W6 Ressourceneffizienz

Der verantwortungsbewusste und sparsame Umgang mit Ressourcen ist für die Nachhaltige Entwicklung unabdingbar. Dies gilt für natürliche Ressourcen genauso wie für finanzielle und gesellschaftliche Ressourcen. Angesichts des globalen Bevölkerungswachstums und der sich verknappenden natürlichen Ressourcen ist eine Entkopplung von Wirtschaftswachstum und Ressourcenverbrauch dringend notwendig. Eine absolute Entkopplung findet statt, wenn der Ressourcenverbrauch stabil ist oder abnimmt, während die Wirtschaftsleistung zunimmt. Die Entkopplung ist relativ, wenn der Ressourcenverbrauch weniger stark wächst als die Wirtschaft. Ein Mass für die Entkopplung von Wirtschaftswachstum und Ressourcenverbrauch ist die Materialeffizienz.

Kein Kernindikator definiert

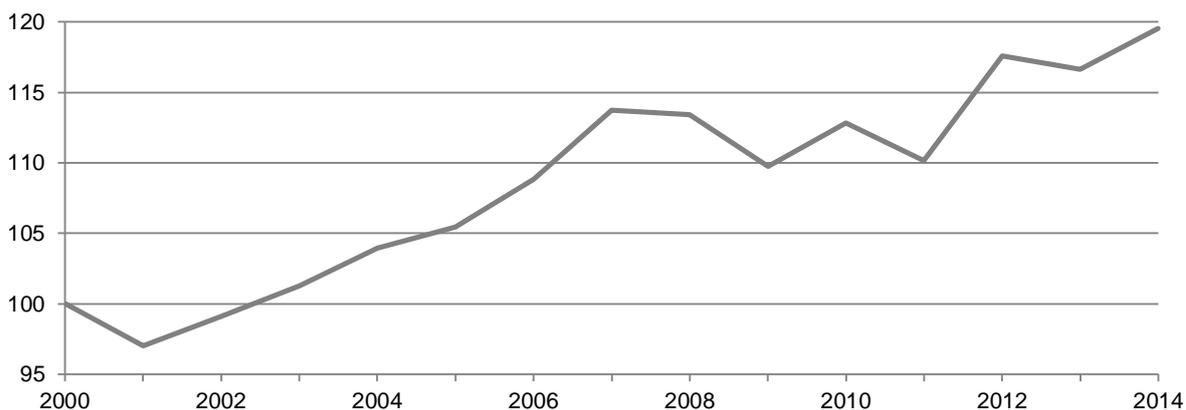
Mangels verfügbarer Daten für die Kantone ist noch kein Indikator zur Ressourceneffizienz definiert und erstellt worden.

Ersatz-Indikator: Materialeffizienz der Volkswirtschaft, Schweiz

Definition: Reales Bruttoinlandprodukt (BIP) im Verhältnis zum inländischen Rohstoffverbrauch (RMC), Index 2000 = 100

Zielrichtung: ↗ Entwicklung: + positiv (in Richtung Nachhaltige Entwicklung)

Index 2000 = 100



Quelle: BFS – Umweltgesamtrechnung, VGR, ESPOP/STATPOP

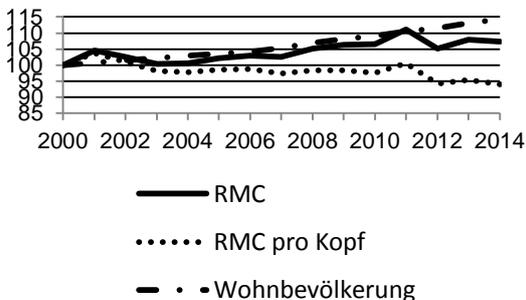
Der inländische Rohstoffverbrauch (RMC) oder materielle Fussabdruck entspricht der Gesamtmenge der in der Schweiz oder im Ausland gewonnenen Rohstoffe (Mineralien, Biomasse, fossile Energieträger, Erze), um die Endnachfrage nach Gütern und Dienstleistungen der Schweiz zu decken. Der RMC hat zwischen 2000 und 2014 um 7.4 % zugenommen, während das reale Bruttoinlandprodukt (BIP) um 28.4 % angestiegen ist. Daraus resultiert eine Zunahme der Materialeffizienz der Schweizer Volkswirtschaft um rund 20 %. Somit fand eine relative Entkopplung von Wirtschaftswachstum und Ressourcenverbrauch statt. Für das Jahr 2014 wurde der RMC der Schweiz auf 140 Millionen Tonnen oder auf 17 Tonnen pro Kopf geschätzt (BFS 2017e).

Weitere Fakten zur Ressourceneffizienz

Der Rohstoffverbrauch pro Kopf hat in der Schweiz im Zeitraum von 2000 bis 2014 mehr als 6 % abgenommen (BFS 2017e).

Inländischer Rohstoffverbrauch (RMC) pro Kopf

Index 2000 = 100



Quelle: Bundesamt für Statistik, Umweltindikatorensystem, Darstellung AUE

Trotz der positiven Entwicklungen der Materialeffizienz und des Pro-Kopf-

Rohstoffverbrauchs hat der materielle Fussabdruck der Schweiz weiter zugenommen (vgl. U6 Rohstoffverbrauch). Die durch zunehmende Effizienz eingesparten Ressourcen werden oft durch Wirtschafts- und Bevölkerungswachstum überkompensiert (Rebound-Effekte).

Ressourceneffizienz bedeutet nicht nur den effizienten Einsatz von Rohstoffen, sondern auch von finanziellen und gesellschaftlichen Ressourcen. Ressourceneffizienz ist deshalb ein zentrales Thema der Nachhaltigen Entwicklung und betrifft nicht nur die wirtschaftliche Dimension.

Weiterführende Informationen

- Volkswirtschaftsdirektion: www.vol.be.ch (> Wirtschaft > Wirtschaftspolitik > Cleantech)
- Regierungsrat des Kantons Bern (2012): Wirtschaftsstrategie 2025 des Kantons Bern.

W7 Innovationen²⁰

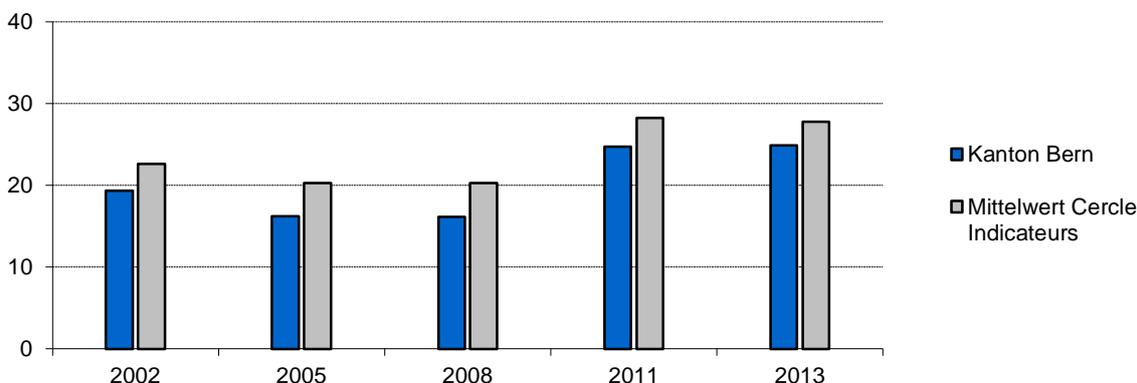
Innovationen beeinflussen die Entwicklung einer Volkswirtschaft in erheblichem Mass. Besonders für Unternehmen in hoch entwickelten Industrieländern mit hohen Produktionskosten sind Innovationen zentral für die Produktivitätssteigerung und die internationale Wettbewerbsfähigkeit. Dabei sind sowohl die Innovationsleistung existierender als auch die Gründung neuer, innovativer Firmen von grosser Bedeutung. Ein hoher Anteil innovativer Unternehmen wirkt sich positiv auf die Attraktivität eines Standortes aus.

Kernindikator: Beschäftigte in innovativen Branchen

Definition: Anteil der Beschäftigten (Vollzeitäquivalente) in von der KOF/ETHZ als innovativ bewerteten Branchen, in Prozent.

Zielrichtung: ↗ Entwicklung: ≈ stagnierend

Prozent



Quelle: Bundesamt für Statistik / KOF ETHZ; Cercle Indicateurs

Im Kanton Bern waren 2013 mit rund 25 % weniger Personen in innovativen Branchen beschäftigt als im Durchschnitt des Cercle Indicateurs (28 %). Dies liegt daran, dass gewisse als sehr innovativ geltende Branchen wie Chemie und Pharma, Elektronik und Präzisionsindustrie (mit Ausnahme der Uhrenbranche) im Kanton Bern unterdurchschnittlich vertreten sind.

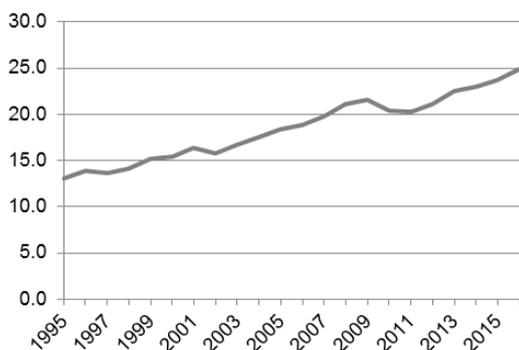
Zu beachten ist, dass die Innovationsfähigkeit der Branchen alle drei Jahre neu bewertet wird. Die Veränderung des Indikatorwerts zwischen 2002 und 2008 sowie der Sprung von 2008 auf 2011 sind teilweise auf diesen Umstand zurückzuführen und nicht unbedingt auf eine Änderung der Branchenstruktur. Zudem wurden für die Berechnung des Indikators ab 2011 die Beschäftigten in Vollzeitäquivalenten aus der Statistik der Unternehmensstruktur (STATENT) statt aus den Betriebszählungen verwendet. Deshalb wurden für die Entwicklung des Indikators (stagnierend) nur die Jahre 2011 und 2013 berücksichtigt.

²⁰ Innovation ist die Einführung eines neuen oder merklich verbesserten Produkts (Ware oder Dienstleistung) oder Prozesses, einer neuen Marketingmethode oder einer neuen Organisationsform in den Geschäftspraktiken, den Arbeitsabläufen oder den Aussenbeziehungen. (OECD/Eurostat, Oslo-Handbuch, 2005)

Weitere Fakten zu Innovationen

Forschung und Technologie sind wichtige Treiber für Innovationen. Sie fordern entsprechend qualifizierte Arbeitskräfte. In der Schweiz hat die Anzahl der Wissenschaftler/innen, die mit der Entstehung, Verbreitung und Anwendung von wissenschaftlichem und technologischem Wissen zu tun haben, im Verhältnis zur erwerbstätigen Bevölkerung seit 1995 stetig zugenommen. 2016 waren in der Schweiz ein Viertel der Erwerbstätigen in Wissenschaft oder Technologie ausgebildet und beschäftigt.

Humanressourcen für Wissenschaft und Technologie: Anteil der in W+T ausgebildeten und aktiven Personen an den Erwerbstätigen, in Prozent



Quelle: BFS, Schweizerische Arbeitskräfteerhebung (SAKE), Darstellung AUE

Bei Unternehmen können Innovationen auf der Ebene der Produkte (Güter und Dienstleistungen) oder der Prozesse (Verfahren)

stattfinden. Nicht jede Innovation ist jedoch eine grosse Erfindung aus einem Forschungslabor, die gleich einen Wachstumsschub auslöst. Viele Innovationen sind kleine Verbesserungsschritte, die direkt am Arbeitsplatz stattfinden. Dies kann ein Unternehmen weiter bringen und ihm einen Vorsprung gegenüber der Konkurrenz verschaffen.

Für die Innovationsleistung von Unternehmen sind neben guten Rahmenbedingungen auch interne Faktoren wichtig: Innovationstradition, unternehmerische Grundhaltung, firmeneigenes Know-how, gut ausgebildete Fachkräfte etc.

Innovation in der öffentlichen Verwaltung bezieht sich ebenfalls entweder auf Prozesse oder auf Dienstleistungen. Das können beispielsweise institutionelle Reformen oder innovative Formen der Arbeitsorganisation sein.

Weiterführende Informationen

- Volkswirtschaftsdirektion: www.vol.be.ch (> Wirtschaft > Wirtschaftspolitik > Innovation)
- Regierungsrat des Kantons Bern (2012): Wirtschaftsstrategie 2025 des Kantons Bern.
- beco Berner Wirtschaft (2014): Innovation im Kanton Bern

W8 Wirtschaftsstruktur

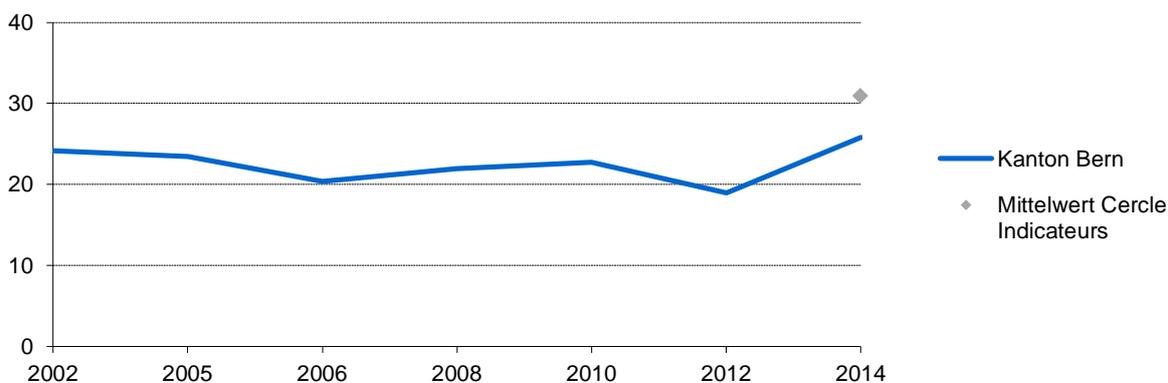
Die Wirtschaftsstruktur eines Kantons lässt sich unter anderem durch die Anteile der Wirtschaftssektoren und Branchen an der Volkswirtschaft charakterisieren. Eine optimale Wirtschaftsstruktur ist ertragskräftig und zukunftsgerichtet, aber auch vielfältig und nicht zu stark von einzelnen Branchen abhängig. Im Kanton Bern ist der Anteil wertschöpfungsstarker Branchen leicht unterdurchschnittlich. Die Branchenvielfalt ist über den ganzen Kanton gesehen gross, wenn auch regional unterschiedlich verteilt.

Kernindikator: Beschäftigte in wertschöpfungsstarken Branchen

Definition: Anteil der Beschäftigten (Vollzeitäquivalente) in wertschöpfungsstarken Branchen in Prozent. Wertschöpfungsstarke Branchen sind diejenigen, deren Arbeitsproduktivität im betreffenden Jahr über dem schweizerischen Durchschnitt liegt.

Zielrichtung: ↗ Entwicklung: ≈ unregelmässig

Prozent



Quelle: Bundesamt für Statistik; Cercle Indicateurs

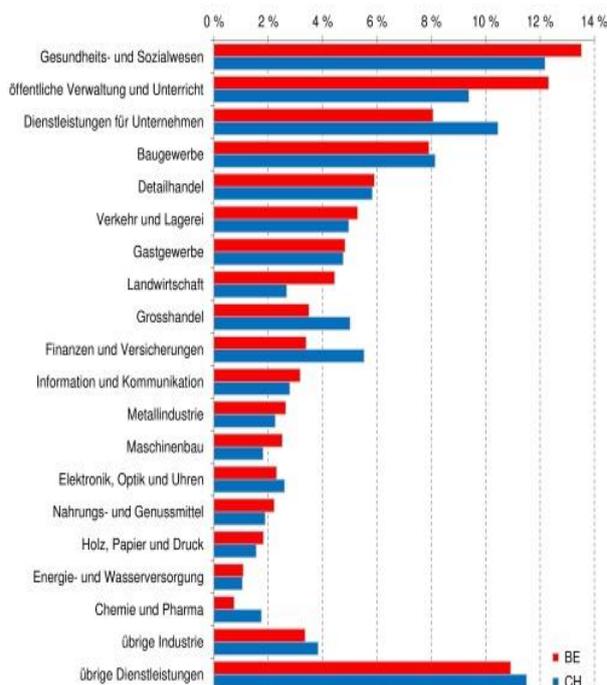
2014 lag der Anteil der Beschäftigten in wertschöpfungsstarken Branchen im Kanton Bern bei 26 %, um 5 Prozentpunkte unter dem Mittelwert der am Cercle Indicateurs beteiligten Kantone. Dies ist darauf zurückzuführen, dass sehr produktive Branchen wie Chemie und Pharma oder der Finanzsektor im Kanton Bern untervertreten sind.

Weitere Fakten zur Wirtschaftsstruktur

Im Kanton Bern ist der Anteil der Beschäftigten im Landwirtschaftssektor mit 4.4 % überdurchschnittlich (CH: 2.7 %). Derjenige im Industriesektor entspricht mit 24.6 % fast dem Schweizer Durchschnitt (24.9 %). Im Dienstleistungssektor liegt der Kanton Bern mit 70.9 % unter dem Schweizer Mittel (72.4 %) (BFS 2017f).

Aufgeschlüsselt nach Branchen sieht man, dass im Kanton Bern neben der Landwirtschaft auch das Gesundheits- und Sozialwesen, die öffentliche Verwaltung und das Bildungswesen, die öffentliche Verwaltung und das Bildungswesen, Information und Kommunikation sowie der Metallindustrie und der Maschinenbau überdurchschnittlich vertreten sind.

Beschäftigungsanteil nach Branchen, 2015 (provisorische Daten)



Quelle: Bundesamt für Statistik, beco

Die Branchenvielfalt ist über den ganzen Kanton Bern gesehen gross, wenn auch regional unterschiedlich verteilt. Die insgesamt breit diversifizierte Branchenzusammensetzung ist weniger anfällig auf sektorale Einbrüche.

In allen Verwaltungsregionen – ausser dem Berner Jura – dominiert der Dienstleistungssektor. In Bern-Mittelland sind über 80 % der Beschäftigten in diesem Sektor tätig. Im Berner Jura sind 42 % der Beschäftigten im Industriesektor tätig. Den grössten Beschäftigungsanteil in der Landwirtschaft weist die Region Emmental-Oberaargau auf (rund 11 %), die wenigsten Bern-Mittelland (3 %) (beco 2017c).

Weiterführende Information

- Regierungsrat des Kantons Bern (2012): Wirtschaftsstrategie 2025 des Kantons Bern.

W9 Know-how

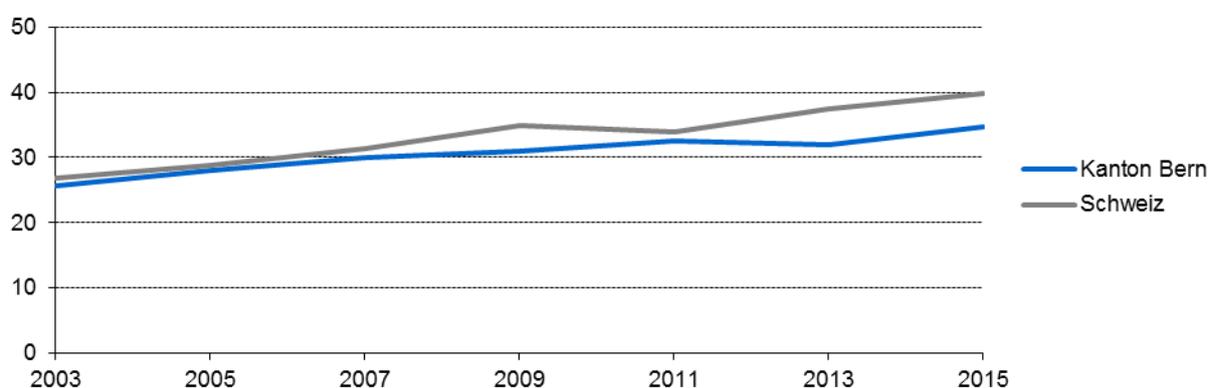
In der rohstoffarmen Schweiz bilden gut ausgebildete Arbeitskräfte die zentrale Ressource. Angesichts der im internationalen Vergleich hohen Löhne ist das Know-how ein entscheidender Standortfaktor. Für die Nachhaltige Entwicklung ist es von grosser Bedeutung, das hohe Ausbildungsniveau auch in Zukunft im Minimum sicher zu stellen oder zu steigern.

Kernindikator: Qualifikationsniveau

Definition: Bevölkerungsanteil der Personen im Alter von 25 bis 64 Jahren mit einer Ausbildung auf tertiärer Stufe, in Prozent. Dazu gehören Abschlüsse der Universität, der Fachhochschulen und der höheren Berufsbildung.

Zielrichtung: ↗ Entwicklung: + positiv (in Richtung Nachhaltige Entwicklung)

Prozent



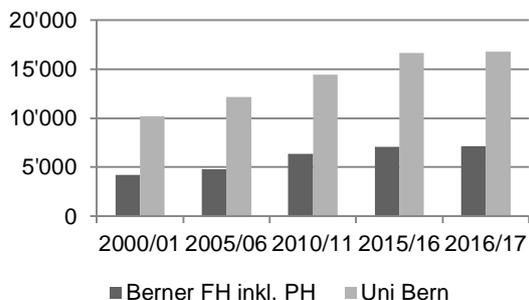
Quelle: Bundesamt für Statistik, Schweizerische Arbeitskräfteerhebung; Cercle Indicateurs

Der Indikator misst die Verfügbarkeit hochqualifizierter Arbeitskräfte. Grosses Know-how in der Bevölkerung ist zentral für den wirtschaftlichen Erfolg, weil eine gut ausgebildete Gesellschaft innovativer ist und eine höhere Arbeitsproduktivität verzeichnet. Im Kanton Bern liegt der Anteil der Bevölkerung mit einer tertiären Ausbildung rund 5 Prozentpunkte unter dem schweizerischen Durchschnitt, weist aber insgesamt eine steigende Tendenz auf.

Weitere Fakten zum Know-how

Die Studierendenzahl an der Universität Bern ist zwischen 2000/01 und 2016/17 um 65 % von 10'193 auf 16'794 gestiegen. Sie ist damit in grösserem Masse gewachsen als die aller Schweizer Universitäten im Durchschnitt (54 %). Der Anteil an den Studierenden an Schweizer Universitäten liegt bei rund 11 %. Die Studierendenzahl der Berner Fachhochschule (inkl. Pädagogische Hochschule PHBern) nahm zwischen 2000/01 und 2016/17 um 71 % zu. Sie liegt 2016/17 bei 7'164. Der Anteil der Berner Fachhochschule an Studierenden der Schweizer Fachhochschulen liegt 2016/17 bei 7 %.

Studierendenzahlen Universität Bern und Berner Fachhochschule inkl. PH



Quelle: Bundesamt für Statistik, Studierende und Abschlüsse der schweizerischen Hochschulen, Darstellung AUE

Für die Know-how-Entwicklung hat nebst der Ausbildung auch die Weiterbildung einen grossen Stellenwert. Ausserhalb des formalen Bildungssystems wird zwischen zwei Formen der Weiterbildung unterschieden: die nichtformale Bildung (Lernaktivitäten im Rahmen einer Lehrer-Schüler-Beziehung wie z.B. Kurse, Konferenzen, Seminare oder Privatunterricht) und informelles Lernen (Aktivitäten ausserhalb einer Lernbeziehung wie z.B. das Lesen von Fachliteratur oder das Lernen von anderen Personen am Arbeitsplatz). Gut ausgebildete Arbeitskräfte müssen ihre Qualifikation laufend erhalten und erweitern, um mit den wirtschaftlichen und technologischen Veränderungen Schritt halten zu können.

Weiterführende Informationen

- Erziehungsdirektion des Kantons Bern: www.erd.be.ch (> Berufsbildung / Hochschule)

W10 Öffentlicher Haushalt

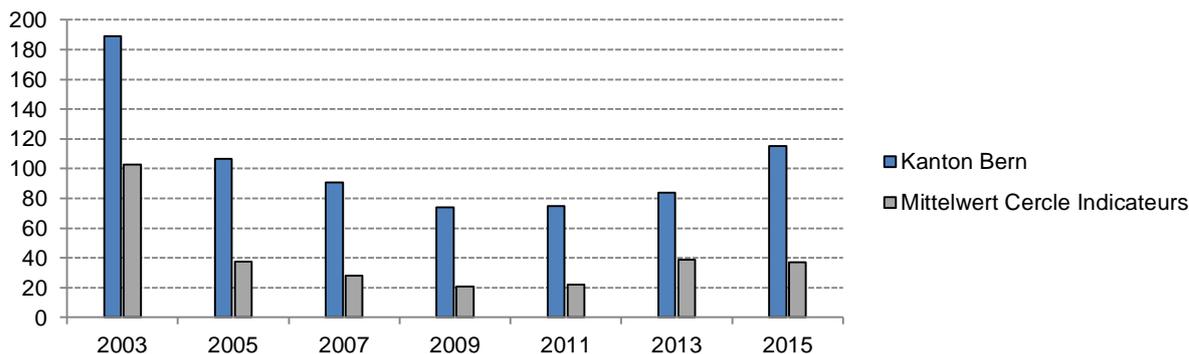
Aus Sicht der Nachhaltigen Entwicklung ist zur Erfüllung der öffentlichen Aufgaben ein gesunder Finanzhaushalt mit genügend Spielraum erforderlich. Im Hinblick auf den Handlungsspielraum zukünftiger Generationen muss die Verschuldung in Grenzen gehalten werden.

Kernindikator: Nettoverschuldungsquotient

Definition: Anteil der Nettoschulden I am Fiskalertrag in Prozent pro Jahr.

Zielrichtung: ↘ Entwicklung: ≈ unregelmässig

Prozent



Quelle: Cercle Indicateurs / Finanzverwaltung des Kantons Bern

Der Nettoverschuldungsquotient gibt an, welcher Anteil der Fiskalerträge erforderlich wäre, um die Nettoschulden abzutragen. Werte niedriger als 100 % sind gut, zwischen 100 und 150 % genügend und höher als 150 % schlecht.

Der Kanton Bern weist im Beobachtungszeitraum grössere Schwankungen des Nettoverschuldungsquotienten auf. Zwischen 2003 und 2009 sank der Wert von 190 auf 74 %, anschliessend ist er bis 2015 wieder auf 115 % angestiegen.

Beim Vergleich des Indikators mit den Mittelwerten des Cercle Indicateurs gilt es zu beachten, dass nicht jedes Jahr alle Kantone Daten geliefert haben und dass die der Berechnung zugrundeliegenden Beträge der Steuereinnahmen nicht für alle Kantone dieselben Steuertypen sind.

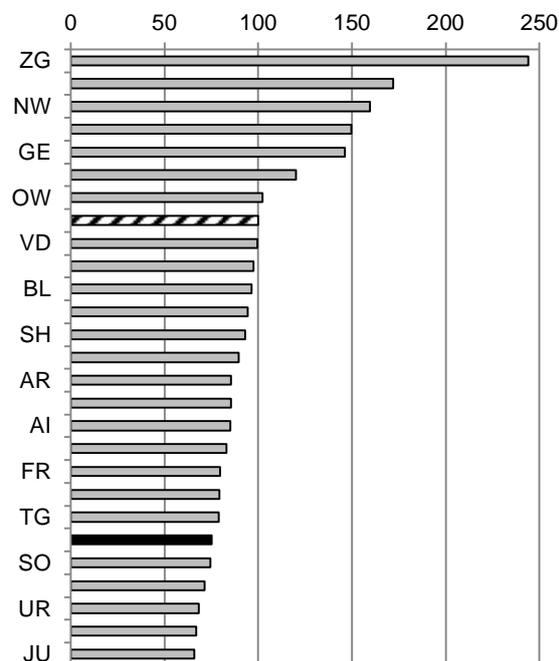
Weitere Fakten zum Öffentlichen Haushalt

Der Kanton Bern hat in den 1990er Jahren damit begonnen, seinen Finanzhaushalt zu sanieren und grosse Defizite abzubauen. Seit 1998 wies die Laufende Rechnung durchgehend einen Ertragsüberschuss auf. Ausnahme war das Jahr 2012 mit einem Defizit von CHF 196 Mio.

Zwischen 2003 und 2011 konnte die Verschuldung im Kanton Bern schrittweise abgebaut werden. Sie bleibt jedoch ein Kernproblem des Finanzhaushalts: seit 2012 hat die Verschuldung (Bruttoschuld I) wieder zugenommen auf CHF 7.04 Mrd. im Jahr 2016. Dies insbesondere durch die Pensionskassenverpflichtung per 1. Januar 2015 (FIN 2017).

Das Ressourcenpotential gibt Aufschluss über die wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit eines Kantons. Es wird durch den Ressourcenindex abgebildet.

Ressourcenindex Kantone 2018, Indexpunkte (CH = 100)



Quelle: Eidgenössische Finanzverwaltung, Darstellung AUE

Kantone mit einem Wert über 100 gelten als ressourcenstarke Kantone, diejenigen mit einem Wert unter 100 als ressourcenschwache. Die ressourcenschwachen Kantone erhalten über den Finanzausgleich vom Bund und von den ressourcenstarken Kantonen finanzielle Mittel.

Der Ressourcenindex des Kantons Bern für das Jahr 2018 (Bemessungsjahre 2012, 2013, 2014) beträgt 75.1 Punkte (2017: 74.3). Das heisst, der Kanton Bern verfügt über ein Ressourcenpotenzial, das 24.9 % unter dem schweizerischen Mittel liegt. Das ist Rang 21 im Kantonsvergleich (2017: Rang 22).

Weiterführende Informationen

- Finanzdirektion des Kantons Bern: www.fin.be.ch
- Finanzverwaltung des Kantons Bern (2017): Geschäftsbericht mit Jahresrechnung 2016 des Kantons Bern.

W11 Steuern

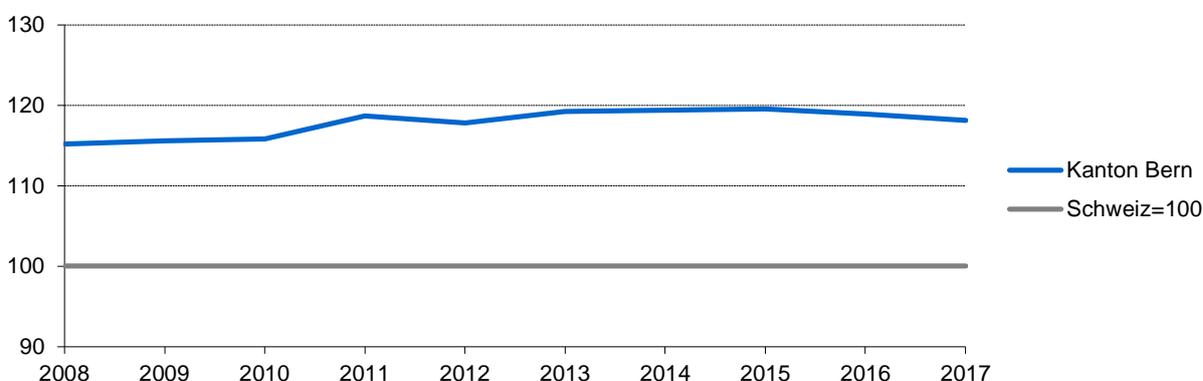
Die Steuerbelastung ist ein wichtiger Aspekt der Standortqualität. Tiefe Steuern fördern die Ansiedlung von Unternehmen und machen den Kanton als Wohnort attraktiv. Gleichzeitig müssen wichtige staatliche Ausgaben ausreichend finanziert werden können. Es muss also ein Optimum zwischen Attraktivität und Leistungsfähigkeit des Staates gefunden werden. Steuererleichterungen dürfen nicht über eine höhere Staatsverschuldung auf zukünftige Generationen abgewälzt werden. Sie führen nur dann zu einer Verbesserung der Standortattraktivität, wenn sie langfristig tragbar sind.

Kernindikator: Index der Steuerausschöpfung

Definition: Die Steuerausschöpfung entspricht dem Verhältnis zwischen den Steuereinnahmen und dem Ressourcenpotenzial (Steuersubstrat) eines Kantons, berechnet als dreijähriger Durchschnitt. Die Steuerausschöpfung ist hier als Index dargestellt (CH=100).

Zielrichtung: ↘ Entwicklung: ≈ unregelmässig

Index (CH = 100)



Quelle: Eidgenössische Finanzverwaltung

Der Steuerausschöpfungsindex zeigt auf, wie stark die Wirtschaftskraft eines Kantons im Vergleich zu allen anderen Kantonen durch Fiskalabgaben belastet wird. Im Kanton Bern beträgt der Index 2017 118.1 Punkte (Bemessungsjahre: 2011 – 2013). Das heisst, die steuerliche Ausschöpfung liegt 18.1 % über dem Schweizer Durchschnitt (100 Punkte).

Anders ausgedrückt werden im Kanton Bern knapp 30 % des Ressourcenpotenzials durch Fiskalabgaben belastet (CH: 25.4 %). Das ist die vierthöchste Steuerbelastung aller Kantone (EFV 2017).

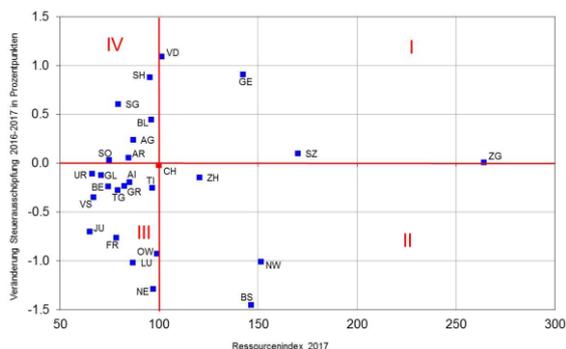
Im Kanton Bern hat die Steuerausschöpfung seit 2015 leicht abgenommen. Die Gesamtsteuerbelastung im Kanton Bern bleibt im schweizerischen Vergleich überdurchschnittlich hoch.

Weitere Fakten zu den Steuern

Die folgende Abbildung stellt die Veränderung der Steueraus schöpfung zwischen 2016 und 2017 (vertikale Achse) dem Ressourcenindex 2017 (horizontale Achse) gegenüber. So kann der Frage nach dem Zusammenhang zwischen Ressourcenstärke und Veränderung der Steuerbelastung nachgegangen werden.

Ressourcenindex 2017 und Veränderung der Steuerbelastung 2016 – 2017

Veränderung in Prozentpunkten



Quelle: Eidgenössische Finanzverwaltung

Oben rechts sind die ressourcenstarken Kantone, die ihre steuerliche Ausschöpfung gegenüber 2016 erhöht haben (Bereich I). Unten rechts befinden sich die ressourcenstarken Kantone, die ihre Steueraus schöpfung gesenkt haben (Bereich II). Ebenfalls gesenkt wurde die steuerliche Ausschöpfung in den Kantonen unten links. Sie gehören zu den Kantonen mit einem Ressourcenpotenzial unter dem Schweizer Mittel (Bereich III). Die Kantone oben links

gehören ebenfalls zu den ressourcenschwachen Kantonen, haben ihre Steueraus schöpfung jedoch seit 2016 erhöht (IV). Gemäss dieser Grafik haben die meisten ressourcenschwachen Kantone ihre Steueraus schöpfung im betrachteten Zeitraum senken können.

Für natürliche Personen ist im Kanton Bern die Steuerbelastung bei den Einkommens- und Vermögenssteuern in der Mehrheit der Kategorien (insbesondere hohe Einkommen und Vermögen) höher als im schweizerischen Durchschnitt. Bei den juristischen Personen ist die Belastung mit der Kapital- und Gewinnsteuer ebenfalls überdurchschnittlich.

Die Steuereinnahmen des Kantons Bern stammen im Mittelwert der Jahre 2012 bis 2016 zu 85 % von natürlichen Personen und zu gut 14 % von juristischen Personen. Der Rest entfiel auf übrige Steuern. Im Vergleich zum schweizerischen Durchschnitt ist der Anteil der Steuereinnahmen von natürlichen Personen höher und derjenige von juristischen Personen tiefer.

Weiterführende Informationen

- Finanzdirektion des Kantons Bern: www.fin.be.ch (> Steuern)
- Regierungsrat des Kantons Bern (2012): Wirtschaftsstrategie 2025 des Kantons Bern.

A.2.2.3 Nachhaltigkeitsdimension Gesellschaft

Gesellschaft				
G1 Lärm / Wohnqualität	Belastung durch Verkehrslärm (2002, 2007, 2012)	↘	+	☺
G2 Mobilität	Zugang zum System öV (Distanz) (2011, 2013, 2015)	↘	+	☹
G3 Gesundheit	Potenziell verlorene Lebensjahre (1995-2015)	↘	+	☹
G4 Sicherheit	Strassenverkehrsunfälle mit Personenschäden (2005- 2016)	↘	+	☹
	Schwere Gewaltstraftaten (2009- 2016)	↘	≈	☺
G5 Einkommens- und Vermögensverteilung	Gini-Koeffizient Reineinkommen und -vermögen (2002- 2015)	↘	≈	--
G6 Partizipation	Stimm- und Wahlbeteiligung (2003- 2015)	↗	≈	☹
G7 Kultur und Freizeit	Kultur- und Freizeitausgaben (1990- 2015)	↗	+	☹
G8 Bildung	Jugendliche in Ausbildung (2003/04- 2015/16)	↗	≈	☺
G9 Soziale Sicherheit	Bezüger/-innen von Sozialhilfeleistungen (2004-2015)	↘	≈	☹
G10 Integration	Einbürgerungen (1999-2016)	↗	-	☹
G11 Chancengleichheit	Frauen in Kaderpositionen (2003- 2016)	↗	≈	☹
G12 Überregionale Solidarität	Hilfsaktionen (1990-2015)	↗	≈	☹

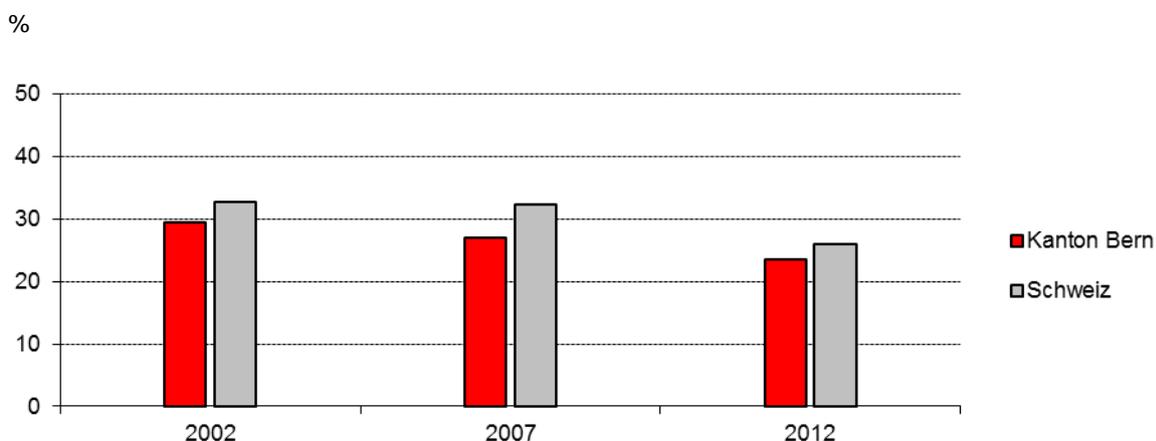
G1 Lärm / Wohnqualität

Die Wohnsituation hat einen grossen Einfluss auf das persönliche Wohlbefinden. Zur Wohnqualität tragen beispielsweise eine ausreichende Wohnfläche, eine gute Erschliessung, eine attraktive Umgebungsgestaltung, Erholungsangebote und gute nachbarschaftliche Beziehungen bei. Beeinträchtigt wird die Wohnqualität durch verschiedene Immissionen, wobei die Lärmbelastung an erster Stelle steht. Gut ein Viertel der Bevölkerung des Kantons Bern fühlt sich im Wohnbereich durch Verkehrslärm gestört. Übermässiger Lärm kann schädliche Wirkungen auf die Gesundheit haben und führt zu hohen Kosten für die notwendigen Schutzmassnahmen.

Kernindikator: Belastung durch Verkehrslärm

Definition: Anteil der Einwohner/-innen ab 15 Jahren, die sich gemäss eigenen Angaben in ihren Wohnräumen durch Verkehrslärm²¹ gestört fühlen, in Prozent.

Zielrichtung: ▼ Entwicklung: + positiv (in Richtung Nachhaltige Entwicklung)



Quellen: Bundesamt für Statistik, Gesundheitsbefragung; Obsan

Rund 23 % der befragten Personen im Kanton Bern fühlte sich im Jahr 2012 in der Wohnung durch Lärm belästigt. Der Anteil hat zwischen 2002 und 2012 um gut sechs Prozentpunkte abgenommen. Der Kanton Bern liegt unter dem schweizerischen Wert (26 %). Neuere Daten liegen nicht vor²². Der Indikator umfasst nur die Lärmquelle Verkehr, nicht jedoch die übrigen Lärmarten (z.B. Industrielärm, Schiesslärm oder Alltagslärm), welche die Wohnqualität ebenfalls beeinträchtigen können.

Die Daten für den Kanton Bern, welche aus der Schweizerischen Gesundheitsbefragung stammen, lassen keine weitere räumliche Aufschlüsselung zu. Für die Gesamtschweiz zeigt die Befragung aber, dass Personen, die in Städten und Agglomerationen wohnen, sich generell häufiger durch Lärmimmissionen gestört fühlen.

²¹ Lärm von Autos, Zügen und Flugzeugen.

²² Die Schweizerische Gesundheitsbefragung wird alle 5 Jahre durchgeführt. Die Befragung dauert vom 16. Januar bis zum 22. Dezember 2017. Resultate der Befragung werden erst Ende 2018 an die Kantone geliefert.

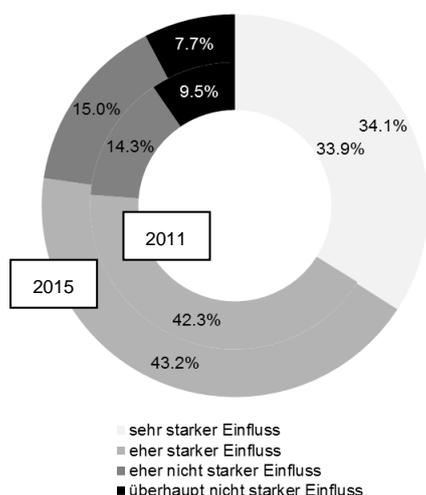
Weitere Fakten zu Lärm / Wohnqualität

Zur Wohnqualität tragen neben beeinträchtigenden Störquellen auch die Wohnraumverhältnisse bei. Die durchschnittliche Wohnfläche pro Person ist schweizweit zwischen 1980 und 2000 um 10 m² auf 44 m² und seither bis 2015 auf 45 m² angestiegen (BFS 2017g). Dies ist nicht nur auf gestiegene Ansprüche an die Wohnfläche, sondern auch auf sich verändernde Lebensformen, beispielsweise die zunehmende Zahl von Einpersonenhaushalten, zurückzuführen. Die steigende Wohnfläche pro Person führt überdies zu einem zunehmenden Bodenverbrauch (U10).

Die individuellen Ansprüche an die Wohnsituation²³ sind verschieden und hängen beispielsweise von Alter und Lebenssituation ab. Generell hat die Wohnsituation eine hohe Bedeutung für die Lebensqualität. Dies zeigt sich deutlich im Resultat einer schweizweiten Befragung.

Einfluss von Wohnsituation und -umfeld auf die Lebensqualität, Schweiz 2015

Prozent der Wohnbevölkerung (15- bis 74-Jährige)



Quelle: Bundesamt für Statistik, Omnibus-Erhebungen 2011 und 2015, Darstellung AUE

²³ Indikatoren für die Beurteilung der Wohnsituation sind Strassenlärm, Einfamilienhäuser, überbelegte Wohnungen, Leerwohnungsziffer, Einpersonenhaushalte, alleinerziehende Haushalte (BFS 2017h).

Im Jahr 2015 wurden die Wohnsituation und das Wohnumfeld von 77.3% der Bevölkerung als sehr starker oder eher starker Einflussfaktor für die Lebensqualität genannt, Tendenz steigend (2011: 76.2%).

Weiterführende Informationen

- Übersicht Lärmschutz im Kanton Bern: www.bve.be.ch (> Umwelt, > Lärmschutz)
- Volkswirtschaftsdirektion des Kantons Bern: Wohnen im Kanton Bern www.vol.be.ch (> Wohnen)

G2 Mobilität

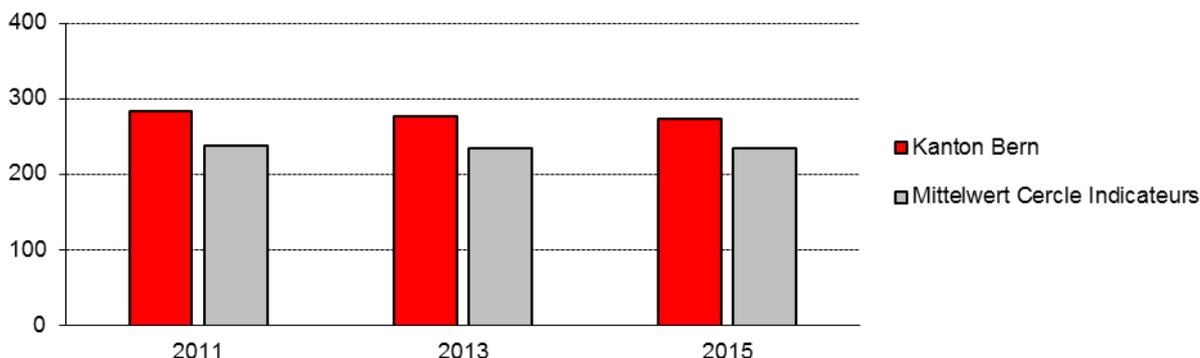
Die räumliche Mobilität entspricht einem wichtigen individuellen Bedürfnis und ist eine zentrale Grundlage für die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung. Dem öffentlichen Verkehr (öV) kommt aus gesellschaftlicher Sicht eine besondere Bedeutung zu, da dieser grundsätzlich allen Bevölkerungsgruppen, beispielsweise auch Jugendlichen, Betagten oder Menschen mit Behinderungen, Mobilität ermöglicht. Voraussetzung ist ein guter Zugang zum öV, der im Wesentlichen durch die Distanz zwischen dem Wohnort und der nächsten Haltestelle bestimmt ist.

Kernindikator: Zugang zum System öV

Definition: Durchschnittliche Luftliniendistanz vom Wohnort zur nächsten Haltestelle des öffentlichen Verkehrs bzw. zum nächsten Bahnhof in Metern (Mittelwert für den Kanton).

Zielrichtung: ⬇️ Entwicklung: + positiv (in Richtung Nachhaltige Entwicklung)

Meter



Quellen: Bundesamt für Statistik / Bundesamt für Raumentwicklung; Cercle Indicateurs

Die durchschnittliche Distanz zu einer Haltestelle des öffentlichen Verkehrs beträgt im Kanton Bern rund 280 Meter und ist um ein Sechstel grösser als im Mittel der am Cercle Indicateurs beteiligten Kantone. Der Kanton Bern weist einen grossen Anteil ländlicher Gebiete mit geringer Siedlungsdichte auf, in denen die Erschliessung schlechter ist als in dicht besiedelten Gebieten. Dies schlägt sich im kantonalen Durchschnitt nieder. Im Beobachtungszeitraum hat sich die durchschnittliche Distanz im Kanton Bern stärker verringert als in den anderen Kantonen.

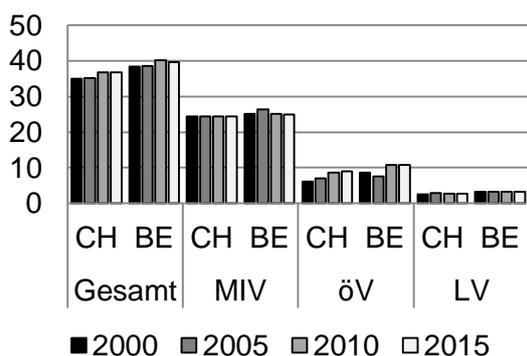
Ein Vergleich mit Erhebungen vor 2011 ist aufgrund unvollständiger Daten nicht möglich.

Die Qualität der Erschliessung hängt nicht nur von der Distanz zur nächsten Haltestelle, sondern auch von der Kursfrequenz und dem Transportmittel ab. Diese Aspekte berücksichtigt der Kernindikator nicht.

Weitere Fakten zur Mobilität

Mobilität hat auch negative Wirkungen (wie Emissionen und Ressourcenverbrauch), weshalb eine stetige Verkehrszunahme insbesondere beim motorisierten Verkehr vermieden werden sollte. Die Bevölkerung im Kanton Bern legt im Durchschnitt pro Tag 40 Kilometer im Inland zurück (siehe Grafik).

Tagesdistanz nach Verkehrsmitteln (nur Inland), Kilometer pro Person



Quellen: Bau-, Verkehrs- und Energiedirektion des Kantons Bern (2012 und 2015); Bundesamt für Statistik (2017), Darstellung AUE

Im Kanton Bern ist die täglich pro Person zurückgelegte Gesamtdistanz zwischen 2000 und 2015 um 1.3 Kilometer gewachsen. Dies ist auf eine Zunahme der mit dem öffentlichen Verkehr (öV) zurückgelegten Distanz zurückzuführen. Der motorisierte Individualverkehr (MIV) ist seit 2005 leicht zurückgegangen. Der Fuss- und Veloverkehr (Langsamverkehr LV) ist im beobachteten Zeitraum etwa stabil geblieben. Der Rückgang des MIV ist bemerkenswert, denn seit mehr als 25 Jahren ist stets eine Zunahme gemessen worden. Da die Bevölkerung des Kantons Bern gewachsen ist, hat jedoch der Strassenverkehr netto weiterhin zugenommen.

Weiterführende Informationen

- Bau-, Verkehrs- und Energiedirektion: www.bve.be.ch (> Mobilität & Verkehr)
- Justiz-, Gemeinde- und Kirchendirektion: www.jgk.be.ch (> Raumplanung)

G3 Gesundheit

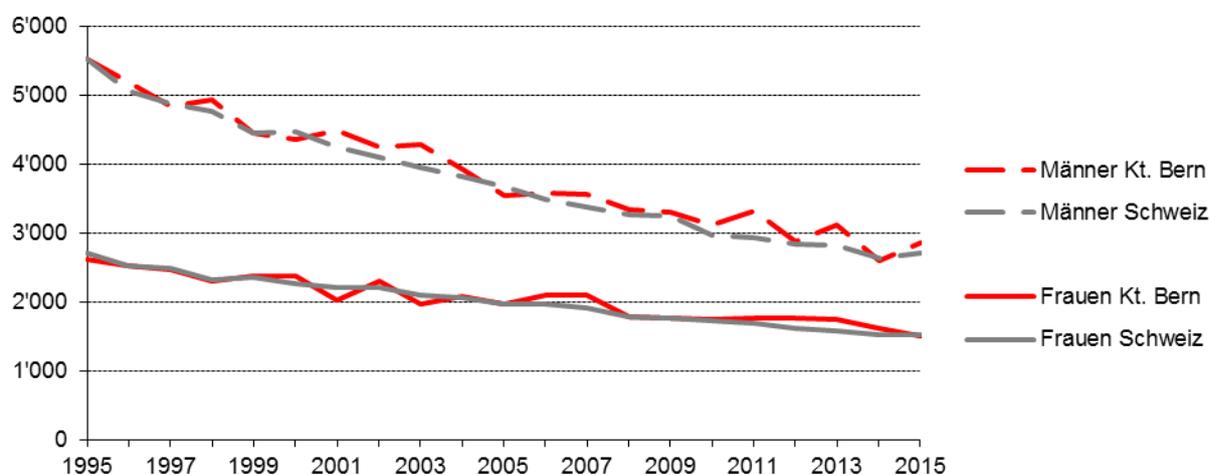
Gesundheit ist mehr als die Abwesenheit von Krankheit: Sie umfasst das körperliche, geistige und soziale Wohlbefinden. Damit ist Gesundheit ein zentraler Faktor der Lebensqualität. Die vorzeitige Sterblichkeit ist in den letzten fünfundzwanzig Jahren zurückgegangen, was auf eine Verbesserung des Gesundheitszustands der Bevölkerung sowie der medizinischen Versorgung hinweist.

Kernindikator: Potenziell verlorene Lebensjahre

Definition: Für alle Todesfälle vor dem Alter 70: Summe der Differenzen zwischen dem Alter 70 und dem Alter, in dem die Personen verstorben sind, geteilt durch die Einwohnerzahl (Standardisierter Wert pro 100'000 Einwohner/innen).

Zielrichtung:  Entwicklung:  positiv (in Richtung Nachhaltige Entwicklung)

Anzahl Jahre pro 100'000 Einwohner/innen



Quelle: Bundesamt für Statistik, Statistik der Todesursachen

Der Indikator misst die frühzeitige Sterblichkeit in der Bevölkerung. Er steht in Zusammenhang mit verschiedenen Aspekten zu Gesundheit und Krankheit.

Im Kanton Bern zeigt sich seit 1995 bei den potenziell verlorenen Lebensjahren eine abnehmende Tendenz, was der gesamtschweizerischen Entwicklung entspricht. In den letzten Jahren zeichnet sich eine Stagnation ab.

Bei vier der fünf wichtigsten Ursachen frühzeitiger Sterblichkeit war die Entwicklung im beobachteten Zeitraum rückläufig (BFS 2017i): Herz-Kreislauf-Erkrankungen, Krebskrankheiten, Erkrankungen der Atmungsorgane sowie Unfälle und Gewalteinwirkungen; einzig bei den Demenzerkrankungen steigt die Sterbeziffer (Anzahl Erkrankungen pro 100'000 Personen). Allgemein weist die Entwicklung des Indikators auf eine Verbesserung des Gesundheitszustands der Bevölkerung sowie der medizinischen Versorgung hin.

Der Verlust an potenziellen Lebensjahren ist bei den Männern höher als bei den Frauen. Neben biologischen Gründen ist dies auf einen ungesünderen Lebensstil, das höhere Unfall- und Suizidrisiko und eine geringere Sensibilisierung gegenüber der eigenen Gesundheit zurückzuführen. Der Unterschied wurde durch die etwas günstigere Entwicklung bei den Männern kleiner.

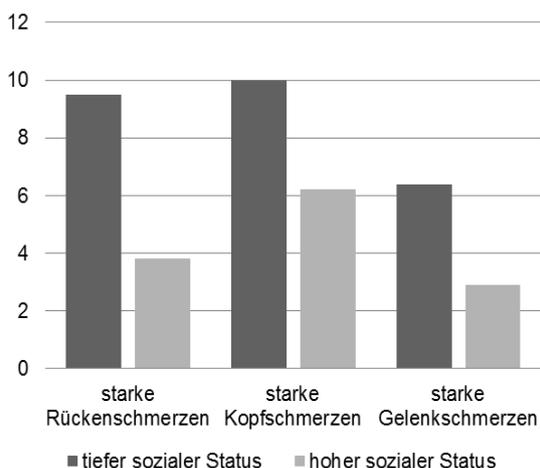
Weitere Fakten zur Gesundheit

Die Lebenserwartung ist im Kanton Bern in den letzten Jahren gestiegen, gleichzeitig sind die Chancen auf ein langes und gesundes Leben nicht für alle Menschen gleich gut: Der Vierte Berner Gesundheitsbericht (Gesundheits- und Fürsorgedirektion 2010²⁴) zeigt auf, dass sozial benachteiligte Menschen ein deutlich höheres Risiko haben, zu erkranken und frühzeitig zu sterben. Sowohl Schulbildung wie Einkommen und berufliche Stellung zeigen einen Zusammenhang mit der Gesundheit der Bevölkerung. Dieses Muster zieht sich durch Kindheit, Jugend, Erwachsenenalter bis hin zum Lebensende. Beispielsweise zeigt sich eine deutlich höhere Verbreitung von relevanten Schmerzproblemen bei der Bevölkerungsgruppe mit tiefer Schulbildung, niedriger beruflicher Position und eher geringem Einkommen:

- Gesundheits- und Fürsorgedirektion des Kantons Bern (2010): Vierter Gesundheitsbericht des Kantons Bern 2010

Anteil der Bevölkerung des Kantons Bern im Erwerbsalter, der unter starken Schmerzen leidet, nach sozialer Lage

Prozent



Quelle: Gesundheits- und Fürsorgedirektion (2010), Darstellung AUE

Weiterführende Informationen

- Gesundheits- und Fürsorgedirektion: www.gef.be.ch (> Gesundheit)

²⁴ Der Vierte Berner Gesundheitsbericht ist vorerst der letzte. Die Gesundheits- und Fürsorgedirektion erarbeitet zur Zeit eine Gesundheitsstrategie.

G4 Sicherheit

Die physische Sicherheit gehört zu den Grundbedürfnissen des Menschen. Die Entwicklung der Gewaltdelikte ist ein Gradmesser dafür, inwieweit diesen Bedürfnissen entsprochen wird. Die Gewaltentwicklung kann ein Hinweis auf soziale respektive kulturelle Desintegration sein. Die Entwicklung der Verkehrsunfälle ist ein Gradmesser dafür, inwieweit diesem Bedürfnis im Individualverkehr entsprochen wird.

Kernindikator 1: Strassenverkehrsunfälle mit Personenschäden

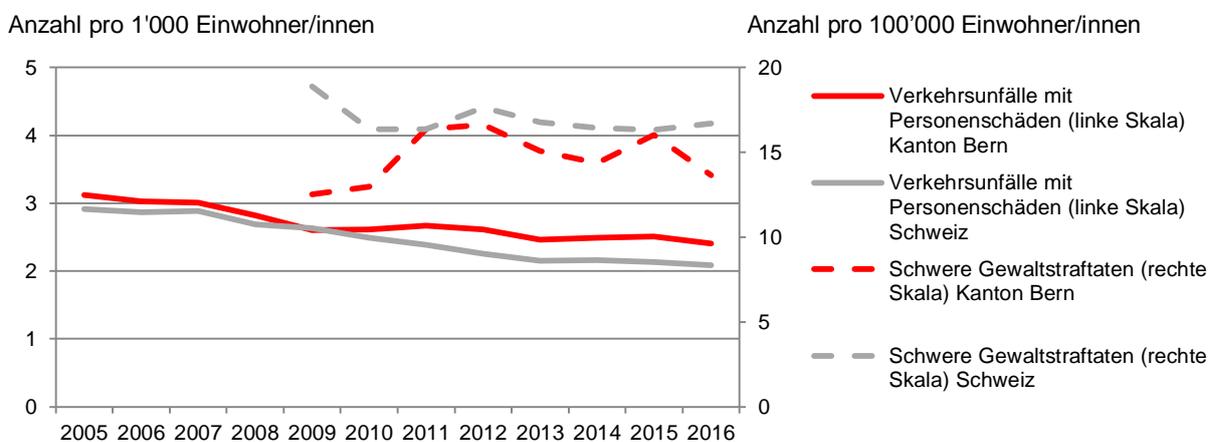
Definition: Anzahl Verkehrsunfälle mit Toten und / oder Verletzten pro 1'000 Einwohner/innen.

Zielrichtung: 📉 Entwicklung: + positiv (in Richtung Nachhaltige Entwicklung)

Kernindikator 2: Schwere Gewaltstraftaten

Definition: Anzahl der von der Polizei registrierten schweren Gewaltstraftaten pro 100'000 Einwohner/innen²⁵.

Zielrichtung: 📉 Entwicklung: ≈ unregelmässig



Quelle: Bundesamt für Statistik, Strassenverkehrsunfälle

Die Anzahl Strassenverkehrsunfälle mit verletzten oder getöteten Personen zeigt einen unregelmässigen Verlauf, hat aber während der letzten zwanzig Jahre insgesamt deutlich abgenommen. Markant ist der Rückgang bei den Unfällen mit Todesfolge²⁶. Gründe für die Abnahme sind unter anderen Geschwindigkeitsbegrenzungen, technische Verbesserungen bei den Fahrzeugen, das Obligatorium für Sicherheitsgurte sowie Verbesserungen in der Ausbildung der Fahrzeuglenkerinnen und -lenker, aber auch ein verschärftes Administrativmassnahmenrecht und einschneidende Sanktionen gegen Raser.

Die Anzahl schwere Gewaltstraftaten pro 100'000 Einwohner/innen ist im Kanton Bern zwischen 2009 und 2012 angestiegen und bis 2016 auf knapp 14 Gewaltstraftaten deutlich unter den schweizerischen Durchschnitt (knapp 17 Gewaltstraftaten) gesunken. Dieser Indikator beruht auf einer neuen statistischen Grundlage; ältere Zahlen sind daher nicht verfügbar.

²⁵ Zu den schweren Gewaltdelikten zählen gemäss PKS: Tötungsdelikte (Art. 111 -116 StGB), schwere Körperverletzung (Art. 122 StGB), Raub (Art. 140 Abs. 4 StGB), Geiselnahme (Art. 185 StGB), Vergewaltigung (Art. 190 StGB).

²⁶ Die Anzahl Unfälle mit Todesfolge pro Jahr hat im Kanton Bern seit 1980 um mehr als zwei Drittel abgenommen. Sie stellen prozentual einen geringen Anteil der Unfälle mit Personenschäden dar (Kt. BE 2016: 1.2 %). Quelle: BFS 2017j.

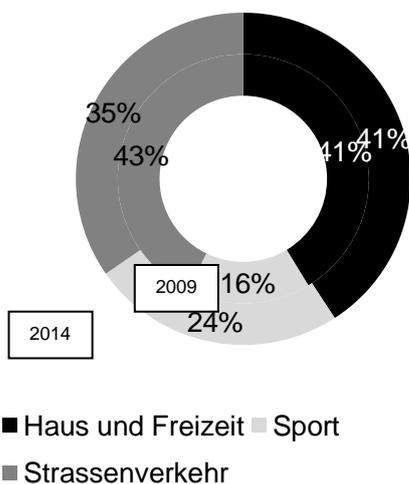
Weitere Fakten zur Sicherheit

Physische Sicherheit des Individuums umfasst körperliche Unversehrtheit und Bedrohungsfreiheit. Tötungsdelikte, schwere Gewaltdelikte und Straftaten im Bereich häusliche Gewalt sind die stärksten Ausprägungen physischer Gewalt.

Nebst Verkehrsunfällen gefährdet auch gesetzeswidriges Verhalten im Strassenverkehr die eigene Sicherheit und diejenige der anderen Verkehrsteilnehmenden.

Die Unfallhäufigkeit ist nicht nur unter dem Blickwinkel der physischen Sicherheit wichtig; die jährlich von Nichtberufsunfällen in der Schweiz verursachten Kosten belaufen sich in 2014 auf 11.3 Milliarden Franken, was einer Reduktion von 245 Millionen Franken seit 2009 entspricht. Dabei fällt auf, dass die Kosten im Bereich Sport um 50 % gestiegen und diejenigen im Bereich Strassenverkehr um 21 % gesunken sind. Auf den Kanton Bern umgerechnet entspricht dies Kosten von über 1 Milliarde Franken pro Jahr.

Kosten von Nichtberufsunfällen in Prozenten, Schweiz, 2014



Quelle: Beratungsstelle für Unfallverhütung bfu (2017), Darstellung AUE

Das Sicherheitsempfinden hängt nicht allein von den vorhandenen Gefahrenquellen oder Bedrohungen ab, sondern auch vom

subjektiven Empfinden. Das Gefühl von Sicherheit trägt zur Lebensqualität bei. Die von Kriminologe Martin Killias im Auftrag der Konferenz der kantonalen Polizeikommandanten (KKPKS) durchgeführte Schweizerische Sicherheitsbefragung 2015 kommt zum Schluss: Die Bevölkerung im Kanton Bern fühlte sich im vergangenen Jahr sicherer als noch im Jahr 2011 (Killias Research & Consulting 2016).

Die wirtschaftliche Sicherheit des Individuums ist Thema des Zielbereichs G9 Soziale Sicherheit.

Weiterführende Informationen

- Kantonspolizei Bern: www.police.be.ch (> Verkehr / Prävention)
- Polizei- und Militärdirektion: www.pom.be.ch (> Die Direktion > Organisation > Generalsekretariat > Berner Interventionsstelle gegen Häusliche Gewalt)

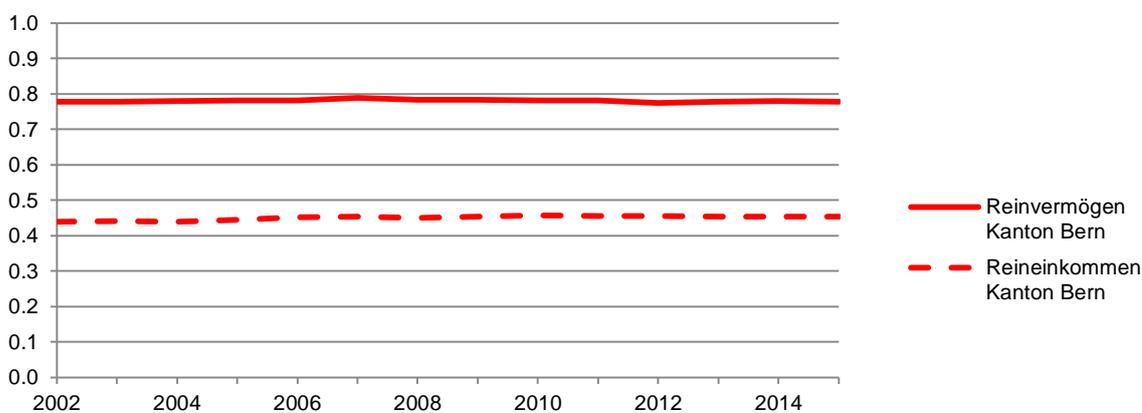
G5 Einkommens- und Vermögensverteilung

Alle Mitglieder der Gesellschaft müssen über ausreichende materielle Ressourcen verfügen, um ihren Lebensunterhalt bestreiten zu können. Nebst dieser Grundanforderung ist auch die soziale Gerechtigkeit bzw. die Verringerung der sozioökonomischen Ungleichheit ein Anliegen der Nachhaltigen Entwicklung. Eine zu grosse Ungleichverteilung der Einkommen und Vermögen ist aus gesellschaftlicher Sicht problematisch, da sie den sozialen Zusammenhalt gefährdet.

Kernindikator: Gini-Koeffizient des Reineinkommens²⁷ und des Reinvermögens²⁸

Definition: Der Gini-Koeffizient ist ein statistisches Mass zur Darstellung von Verteilungsungleichheit. Er ist so normiert, dass er Werte zwischen 0 und 1 annehmen kann, wobei 0 eine vollständige Gleichverteilung und 1 eine maximale Ungleichverteilung bedeutet.

Zielrichtung: ⬇ Entwicklung: ≈ stagnierend



Quelle: Finanzdirektion des Kantons Bern

Zwischen 2002 und 2015 haben sich im Kanton Bern weder der Gini-Koeffizient des Reineinkommens noch des Reinvermögens wesentlich verändert. Mit 0.46 erreichte das Reineinkommen 2010 und 2011 seine maximale Ungleichverteilung. Das Reinvermögen war im Jahr 2007 mit 0.79 am ungleichmässigsten verteilt. Was auffällt ist, dass das Reinvermögen (0.78) wesentlich ungleicher verteilt ist als das Reineinkommen (0.45).

Illustriert wird dies auch im Sozialbericht 2015 der Gesundheits- und Fürsorgedirektion des Kantons Bern: 2013 besaßen im Kanton Bern die reichsten 0.7% der Haushalte 27.3% des gesamten Reinvermögens, die ärmsten 50.5% der Haushalte nur gerade 2.2% (GEF 2015).

Der Gini-Koeffizient des steuerbaren Einkommens der Schweiz hat zwischen 2002 und 2013 tendenziell zugenommen und deutet auf eine zunehmende Ungleichverteilung der steuerbaren Einkommen in der Schweiz hin. Demgegenüber sind die Werte und damit die Ungleichverteilung der steuerbaren Einkommen im Kanton Bern im selben Zeitraum in etwa gleich geblieben (ESTV 2017).

²⁷ Das Reineinkommen berechnet sich aus dem Nettoeinkommen minus "zusätzliche Abzüge" wie beispielsweise Krankheitskosten oder gemeinnützige Zuwendungen. Die Sozialabzüge (Kinder- oder Fremdbetreuungsbeiträge) werden jedoch nicht abgezogen.

²⁸ Reinvermögen ist der Anteil am Vermögen, der nach Abzug der Schulden verbleibt.

Weitere Fakten zur Einkommens- und Vermögensverteilung

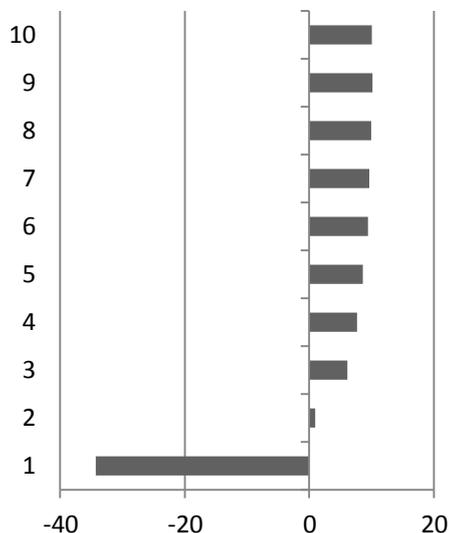
Gemäss Sozialbericht 2015 zeigen die Steuerdaten, dass sich die Schere zwischen Arm und Reich im Kanton Bern in den vergangenen Jahren geöffnet hat: die Einkommen sind 2013 ungleicher verteilt als noch 2001. Bei den steuerbaren Einkommen gibt es Korrekturfaktoren wie z.B. die Sozialabzüge, welche die Ungleichheit verstärken.

Nebenstehende Grafik zeigt, dass das verfügbare Einkommen der einkommensschwächsten 10% der Haushalte von 2001 bis 2013 teuerungsbereinigt um rund 35% gesunken ist. Eine zentrale Rolle spielt dabei die Arbeitsmarktintegration der unteren Einkommensschichten:

Der Anteil an erwerbstätigen Personen ist seit 2001 gewachsen. Immer mehr Mütter verbleiben im Erwerbsprozess und immer mehr Männer und Frauen arbeiten über das Rentenalter hinaus. Dadurch werden die unteren Einkommensschichten zunehmend aus dem Arbeitsmarkt gedrängt. Der in Folge zurückgegangene Anteil der Haushalte, die ein Erwerbseinkommen erzielen (von 93.9% auf 92.8%), betrifft vor allem die unteren Einkommensschichten. 2001 erzielten noch 81.2% des einkommensschwächsten Fünftels aller Haushalte ein Einkommen, 2013 waren es nur noch 73% (GEF 2015).

Generell ist bei diesem Indikator jedoch zu bemerken, dass die Messung von Ungleichheit der Einkommen und Vermögen komplex ist und das Resultat von den verwendeten Konzepten, beispielsweise Einkommenskonzept und Ungleichheitsmass, abhängt.

Veränderung des verfügbaren Äquivalenzeinkommens²⁹ (Median) nach Dezil³⁰, teuerungsbereinigt, 2001 – 2013 (ohne Berücksichtigung der Rentnerhaushalte)



Quelle: GEF, Sozialbericht 2015, Darstellung AUE

Weiterführende Informationen

- Gesundheits- und Fürsorgedirektion: www.gef.be.ch (> Soziales)
- Regierungsrat des Kantons Bern (2012): Sozialbericht 2015 – Bekämpfung der Armut im Kanton Bern

²⁹ Das verfügbare Äquivalenzeinkommen berücksichtigt und gewichtet die Grösse und die Zusammensetzung eines Haushalts.

³⁰ Dezile teilen ein Ganzes in zehn gleich grosse Teile. Das erste Dezil enthält im vorliegenden Fall die 10% Haushalte mit den geringsten Einkommen, das zehnte Dezil die 10% Haushalte mit den höchsten Einkommen

G6 Partizipation

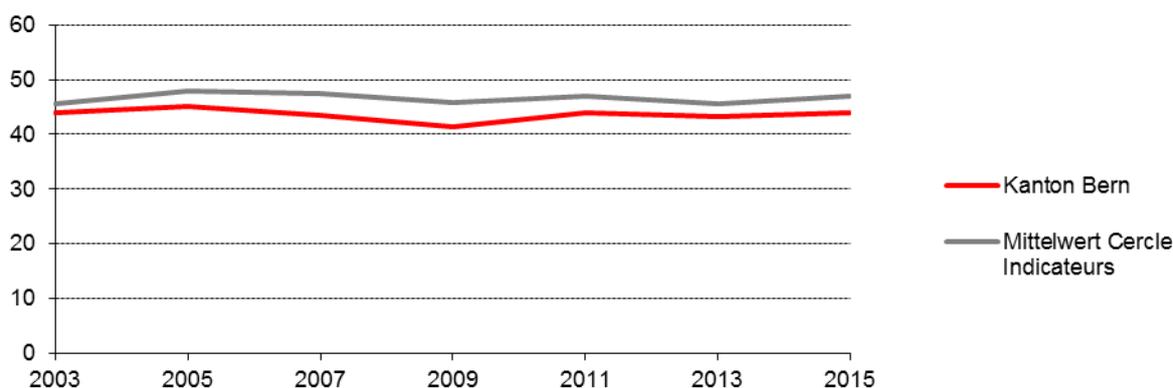
Aus der Sicht der Nachhaltigen Entwicklung ist die Partizipation aller Gesellschaftsmitglieder am wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen und politischen Leben anzustreben. Ob Partizipation tatsächlich stattfindet, hängt einerseits von den gebotenen Möglichkeiten ab, andererseits von der individuellen Bereitschaft der Menschen, sich zu beteiligen. Ausdruck der Teilnahme am politischen Leben ist die Beteiligung an Wahlen und Abstimmungen.

Kernindikator: Stimm- und Wahlbeteiligung

Definition: Beteiligung an den eidgenössischen Abstimmungen und an den Nationalratswahlen, gleitender Mittelwert über vier Jahre in %.

Zielrichtung: ↗ Entwicklung: ≈ stagnierend

Prozent



Quelle: Bundesamt für Statistik, politische Statistik POLSTA; Cercle Indicateurs

Der Indikator zeigt die Stimm- und Wahlbeteiligung (nur nationale Ebene), welche die Teilnahme an der gesellschaftlichen Willensbildung und das individuelle Interesse an der Gesellschaft und Politik ausdrückt. In den letzten 15 Jahren bewegte sich die durchschnittliche Beteiligung zwischen 40 und 45 %.

Die Beteiligung an Abstimmungen unterliegt Schwankungen, die sich primär dadurch erklären lassen, dass sich die Abstimmungsvorlagen nach Wichtigkeit und Betroffenheit stark unterscheiden. Bei den Wahlen ist die Beteiligung gleichmässiger. Um die Schwankungen etwas auszugleichen, wird der gleitende Mittelwert über vier Jahre betrachtet.

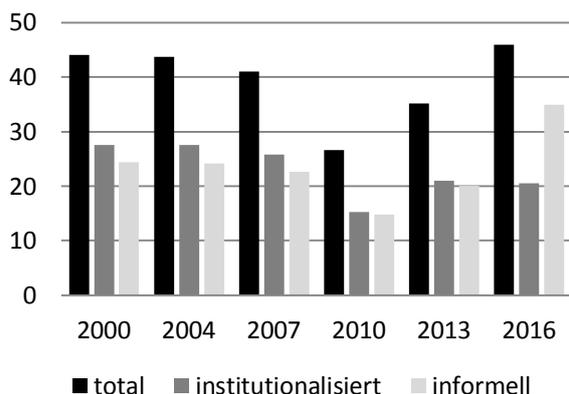
Zu beachten ist, dass dieser Indikator die Beteiligung an kantonalen und kommunalen Wahlen und Abstimmungen nicht erfasst.

Weitere Fakten zur Partizipation

Nebst der Wahl- und Abstimmungsbeteiligung gibt es weitere Möglichkeiten der Partizipation an politischen Entscheidungsprozessen wie Petitionen oder öffentliche Mitwirkungen. Diese stehen auch Personen, die über kein Stimm- und Wahlrecht verfügen, namentlich Ausländer/-innen und Jugendlichen, offen.

Ebenso wichtig wie die politische Beteiligung ist das Engagement für die Gesellschaft in Form von freiwilligen, unbezahlten Tätigkeiten. Diese umfassen ein breites Spektrum von Tätigkeiten für Organisationen und Vereine (institutionalisierte Freiwilligenarbeit) sowie Hilfeleistungen für Verwandte, Nachbarn, etc. (informelle Freiwilligenarbeit³¹).

Anteil Personen, die Freiwilligenarbeit leisten, an der ständigen Wohnbevölkerung ab 15 Jahren, für den Espace Mittelland (BE, FR, SO, NE, JU), in Prozent³²



Quelle: Bundesamt für Statistik, SAKE, Darstellung AUE

Während das Engagement in der Freiwilligenarbeit bis 2010 rückläufig war, ist seit

³¹ Informelle Freiwilligenarbeit: Vor 2016 wurde nur das Total der investierten Zeit für alle Hilfeleistungen erhoben. Ab 2016 wird der Zeitaufwand für jede unterstützte Person einzeln abgefragt. Ein Serienbruch zwischen 2013 und 2016 ist aufgrund dieser Anpassung nicht auszuschliessen und Zeitvergleiche sind deshalb nur bedingt möglich.

³² 2010 fand bei der Schweizerischen Arbeitskräfteerhebung (SAKE) ein Systemwechsel statt. Neu wird seit 2010 die Erhebung über das ganze Kalenderjahr durchgeführt (vorher jeweils im zweiten Quartal des Jahres). Längere Zeitvergleiche sind deshalb nur bedingt möglich.

2013 eine mögliche Trendwende erkennbar.

Weiterführende Informationen

- Staatskanzlei des Kantons Bern www.sta.be.ch (> Wahlen und Abstimmungen)
- Justiz-, Gemeinde und Kirchendirektion www.jgk.be.ch (> Kindes- und Erwachsenenschutz)
- Kantonales Jugendparlament: www.jupa-be.ch

G7 Kultur und Freizeit

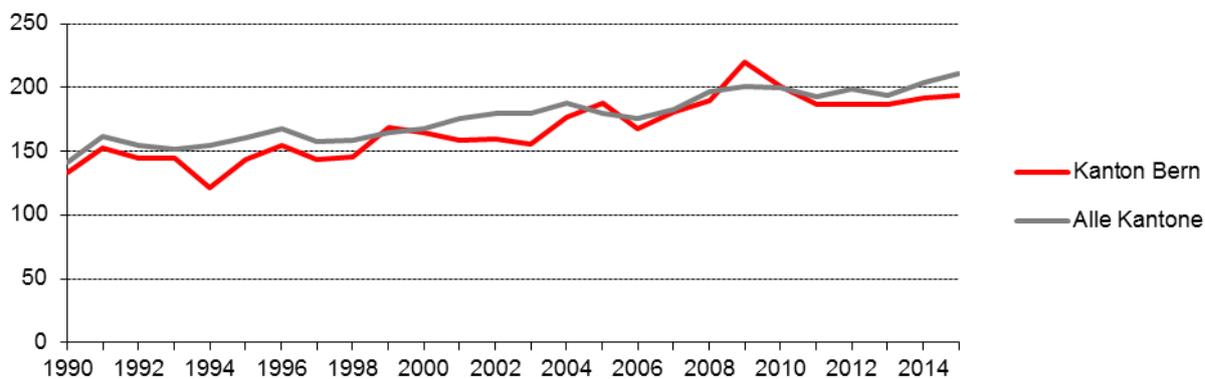
Die Pflege und Förderung der Kultur und der aktiven Freizeitgestaltung sind wichtige gesellschaftliche Aufgaben. Durch finanzielle Beiträge des Kantons werden das Kulturschaffen und kulturelle Veranstaltungen unterstützt sowie die regionale kulturelle Vielfalt und das kulturelle Erbe gesichert. Mit dem finanziellen Engagement im Bereich von Sport und Freizeitaktivitäten wird ein Beitrag an die Lebensqualität, die Standortattraktivität und das touristische Potenzial des Kantons geleistet.

Kernindikator: Kultur- und Freizeitausgaben

Definition: Kultur- und Freizeitausgaben der öffentlichen Hand (Kanton) pro Einwohner/in und Jahr (nicht teuerungsbereinigt)³³

Zielrichtung: ↗ Entwicklung: + positiv (in Richtung Nachhaltige Entwicklung)

Franken pro Einwohner/in und Jahr (nicht teuerungsbereinigt)



Quelle: Eidgenössische Finanzverwaltung

Die pro Kopf Ausgaben für Kultur und Freizeit weisen im Kanton Bern seit 1990 Schwankungen auf. Sie sind aber tendenziell gewachsen, und zwar leicht stärker als die Teuerung, welche im beobachteten Zeitraum (1990-2015) 29.7 % betrug.

Der Indikator misst das finanzielle Engagement des Kantons in den Bereichen Kultur und Freizeit. Zu beachten ist, dass darin ein breites Spektrum von Ausgaben enthalten ist (siehe Fussnote). Der Indikator lässt keine Rückschlüsse über den Anteil der verschiedenen Ausgaben zu.

Die interkantonale Vergleichbarkeit der Daten ist nur begrenzt gegeben, da je nach Kanton die Aufgaben- bzw. Lastenteilung zwischen Gemeinden und Kanton unterschiedlich geregelt ist.

³³ Diese umfassen folgende Ausgaben gemäss funktionaler Gliederung der öffentlichen Finanzstatistik: 31 Kulturerbe (Museen und bildende Kunst, Denkmalpflege und Heimatschutz) / 32 Kultur, übrige (Bibliotheken, Konzert und Theater, Kultur n.a.g.) / 33 Medien (Film und Kino, Massenmedien) / 34 Sport und Freizeit / 35 Kirchen und religiöse Angelegenheiten.

Weitere Fakten zu Kultur und Freizeit

Freizeit und Kultur haben für die Bevölkerung einen hohen Stellenwert. Dies zeigt sich unter anderem an den Ausgaben: Schweizerinnen und Schweizer gaben 2015 durchschnittlich 5.6% ihres Bruttoeinkommens für Unterhaltung, Erholung und Kultur aus (BFS 2017k). Seit 2006 hat dieser Anteil des Bruttoeinkommens stetig abgenommen (2006: 7.3%). Für den Kanton Bern liegen keine vergleichbaren Zahlen vor.

Die Bernerinnen und Berner sind in ihrer Freizeit sehr mobil: Im Kanton sind 2015 48% der zurückgelegten Distanzen auf den Freizeitverkehr entfallen, während es schweizweit rund 44% waren (BVE 2017a, BFS 2017l). Der Vergleich der Erhebungen des Mikrozensus Mobilität und Verkehr von 2005 und 2010 zeigen ähnliche Entwicklungen für den Kanton Bern und für die Schweiz: 2005 war der Anteil Freizeitverkehr in etwa gleich gross wie 2015, wogegen er in 2010 jeweils deutlich geringer ausfiel (BE: 42.3%, CH: 40.2%) (BVE 2012).

Das Kulturleben im Kanton Bern zeichnet sich durch qualitativ hochstehende Kulturinstitutionen aus, die ein Publikum weit über die Kantonsgrenzen hinaus anziehen; auch die freie Szene bietet ein vielfältiges Angebot. Die kulturelle Vielfalt im Kanton Bern ist von einem eigenständigen Kulturschaffen in allen Regionen, von ländlichen und städtischen Kulturräumen und von den zwei Sprachkulturen geprägt. Dazu gehört auch ein reiches Kulturerbe des Kantons Bern mit wichtigen Baudenkmälern, Ortsbildern und archäologischen Stätten.

Weiterführende Informationen

- Erziehungsdirektion: www.erz.be.ch (> Kultur)
- Polizei- und Militärdirektion: www.be.ch/sport
- Erziehungsdirektion des Kantons Bern, Amt für Kultur (2009): Kulturstrategie für den Kanton Bern, 2009

G8 Bildung

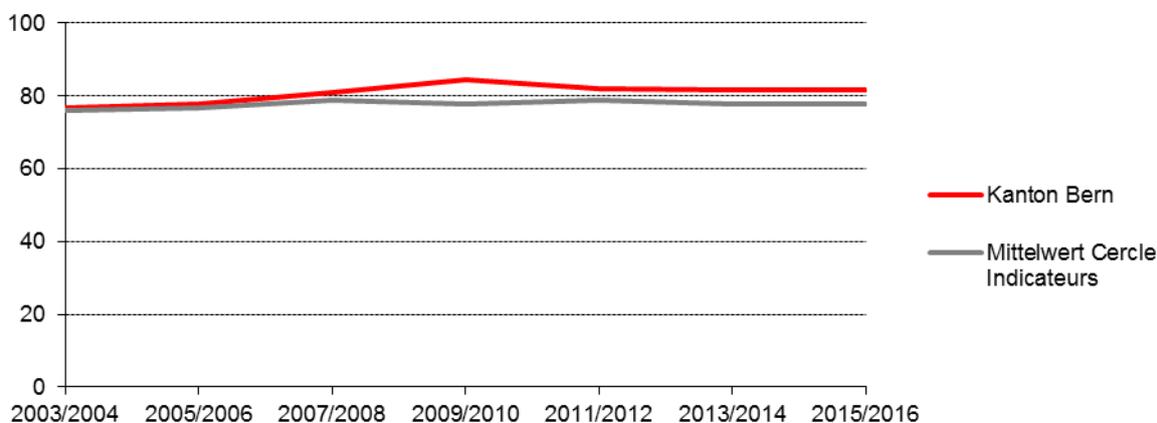
Bildung ist eine zentrale gesellschaftliche Ressource. Um eine hohe Bildungsqualität langfristig sicherzustellen, braucht es ein leistungsfähiges Bildungssystem und ein qualitativ hochstehendes Bildungsangebot. Für Jugendliche ist neben einer guten Ausbildung in der Volksschule auch die Absolvierung einer weiterführenden Ausbildung nach der obligatorischen Schulzeit wichtig.

Kernindikator: Jugendliche in Ausbildung

Definition: Anteil der 18-Jährigen, die sich in Ausbildung befinden (Sekundarstufe II)³⁴, in Prozent.

Zielrichtung: ↗ Entwicklung: ≈ unregelmässig

Prozent



Quelle: Bundesamt für Statistik, Statistik der Schüler und Studierenden; Cercle Indicateurs

2015/16 befanden sich 82 % der 18-Jährigen in einer Ausbildung der Sekundarstufe II. Nachdem der Anteil zwischen 2003 und 2010 um fast 8 % gestiegen ist, stagniert er nach einem kleinen Abfall seit 2011.

Die Abschlüsse auf der Sekundarstufe II sind von grosser Bedeutung: Sie ermöglichen einerseits, als qualifizierte Arbeitskräfte ins Erwerbsleben einzutreten. Andererseits öffnen sie den Zugang zur nächsten Bildungsstufe (höhere Berufsbildung, Fachhochschule, Hochschule).

³⁴ Die Sekundarstufe II umfasst gemäss nationaler Klassifizierung des BFS: Übergangsausbildungen Sek. I – Sek. II, Berufliche Grundbildung, Berufsmaturität, Allgemeinbildende Ausbildungen und Zusatzausbildungen Sekundarstufe II. Übergangsausbildungen, die kürzer als 2 Jahre sind, werden nicht berücksichtigt.

Weitere Fakten zur Bildung

Ein wichtiges Merkmal einer qualitativ hoch stehenden Bildung sind die fachlichen Leistungen der Schülerinnen und Schüler. Mit PISA³⁵ können diese Leistungen in Lesen, Mathematik und Naturwissenschaften erhoben und kantonal sowie international verglichen werden. PISA-Erhebungen werden seit 2000 alle drei Jahre durchgeführt, mit jeweils unterschiedlichen inhaltlichen Schwerpunkten.

Im Trend 2000 – 2012 ist die Entwicklung des Geschlechtsunterschieds im deutschsprachigen Teil des Kantons Bern auffällig (Forschungsgemeinschaft PISA Deutschschweiz 2014). Während die Knaben im Lesen einen zunehmend grossen Leistungsrückstand gegenüber den Mädchen aufweisen, reduziert sich der Leistungsrückstand der Mädchen in der Mathematik deutlich. In Bezug auf die Leistungsveränderungen zeigt sich im Lesen für den ganzen Kanton Bern eine Leistungs Zunahme, die eine Folge der veränderten Zusammensetzung der Schülerschaft ist (Abnahme des Anteils Jugendlicher mit Migrationshintergrund) In der Mathematik ist das Leistungsniveau konstant. Die Auswertung für den Kanton Bern zeigt ferner, dass die durchschnittlichen Leistungen der Schülerinnen und Schüler des deutschsprachigen Teils des Kantons in allen drei Leistungsbereichen im interkantonalen Vergleich im Mittelfeld liegen. Im französischsprachigen Teil des Kantons liegen die Leistungen in allen Bereichen sowohl im schweizerischen als auch im sprachregionalen Vergleich eher tief.

Da bezüglich der Daten zu PISA 2015 noch viele Fragen offen sind, gibt es dazu keinen Schweizer Bericht.

Ein weiterer Bildungsindikator (Ausbildung auf tertiärer Stufe) ist im Zielbereich Know-how (W9) angesiedelt.

Weiterführende Informationen

- Erziehungsdirektion des Kantons Bern: www.erz.be.ch
- Erziehungsdirektion des Kantons Bern (2016): Bildungsstrategie.

³⁵ PISA (Programme for International Student Assessment) ist eine internationale, durch die OECD geschaffene Studie, welche darauf abzielt, die Kompetenzen von 15-jährigen Schülerinnen und Schülern zu messen. Für den interkantonalen Vergleich wurde die Stichprobe der 9.-Klässler erweitert.

G9 Soziale Sicherheit

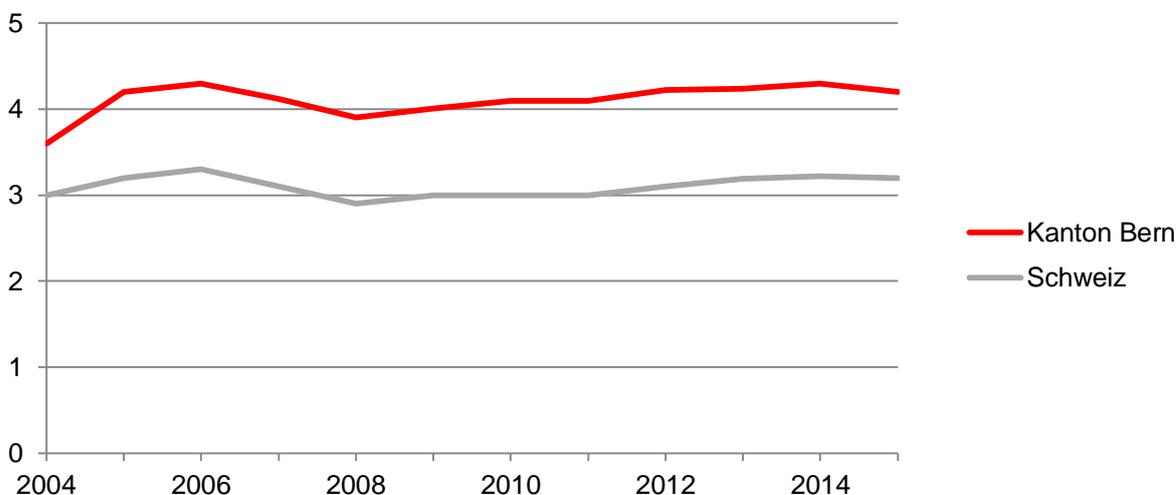
Mit der Sozialhilfe sichert der Kanton Bern die Existenz von bedürftigen Personen, fördert ihre wirtschaftliche und persönliche Selbständigkeit und gewährleistet die soziale und berufliche Integration. Die Sozialhilfe ist für Menschen in Not das letzte Auffangnetz im System der sozialen Sicherheit, wenn weder die Sozialversicherungen noch weitere kantonale Sozialleistungen greifen.

Kernindikator: Bezüger/innen von Sozialhilfeleistungen

Definition: Anteil Sozialhilfeempfänger/innen an der Bevölkerung, in Prozent (Sozialhilfequote)

Zielrichtung: ↘ Entwicklung: ≈ unregelmässig

Prozent



Quellen: Bundesamt für Statistik, Sozialhilfestatistik 2015; Gesundheits- und Fürsorgedirektion des Kantons Bern, kantonale Sozialhilfeberechnung

Die Sozialhilfequote bezeichnet den prozentualen Anteil derjenigen Personen an der Bevölkerung, die wirtschaftliche Hilfe benötigen.

Der Anteil Sozialhilfeempfänger/-innen an der Bevölkerung ist seit Beginn der 1990er Jahre kontinuierlich angestiegen und erreichte im 2006 einen maximalen Anteil von 4.3 % (BFS 2016). Seither hat sich der Anteil der Sozialhilfeempfänger/innen kaum verändert bzw. ist leicht zurückgegangen. Der Kanton Bern liegt damit über dem Schweizerischen Durchschnitt.

Im Allgemeinen ist gemäss Sozialhilfestatistik die Quote in Kantonen mit grossstädtischen Zentren (BS, VD, ZH, GE) wesentlich höher als in eher kleinen und ländlichen Kantonen. Ursachen sind der höhere Anteil Bevölkerungsgruppen mit besonders hohem Sozialhilferisiko in grossen Städten, wie beispielsweise Personen ausländischer Nationalität, Alleinerziehende, Jugendliche und Kinder aus armen Familien und Personen, die in prekären Verhältnissen arbeiten müssen. Dazu kommt, dass der Kanton Bern relativ wenige der Sozialhilfe vorgelagerte, bedarfsabhängige Sozialleistungen wie Ergänzungsleistungen für Familien kennt. Daher ist die Sozialhilfequote vergleichsweise höher. Zudem hat die Sozialhilfe im Kanton Bern einen hohen Professionalisierungsgrad, was dazu führt, dass sie die Anspruchsberechtigten besser erreicht.

Weitere Fakten zur sozialen Sicherheit

Die Sozialberichterstattung des Kantons Bern vermittelt ein umfassendes Bild der Themen Armut, Existenzsicherung und Sozialhilfe im Kanton Bern. Mit dem dritten Sozialbericht 2012 hatte der Regierungsrat einen Massnahmenplan zur Bekämpfung der Armut vorgelegt und sieben prioritäre Massnahmen für die Umsetzung vorgeschlagen. Der vierte Sozialbericht (GEF 2015) zeigt nun, dass die Umsetzung aller Massnahmen angegangen wurde. Bereits realisierte Massnahmen sollen weitergeführt, optimiert und ausgebaut werden.

Die Armuts- und Armutsgefährdungsquoten³⁶ im Kanton Bern sind zwischen 2001 und bis 2008 kontinuierlich gestiegen. 2009 wurde diese Entwicklung gebremst, die Quoten nahmen danach bis 2013 aber wieder zu. Im Jahr 2013 waren 12,6 % der Haushalte mit Personen im Erwerbsalter arm oder armutsgefährdet. Das mit Abstand grösste Armutsrisiko tragen Haushalte alleinerziehender Frauen. Ein überdurchschnittliches Risiko tragen auch Menschen im Erwerbsalter, die eine Rente aus der ersten Säule beziehen (Invaliden-, Witwenrenten). Das Risiko, armutsgefährdet oder von Armut betroffen zu sein, ist zudem für Haushalte von Ausländerinnen und Ausländern deutlich höher als für solche von Schweizerinnen und Schweizern. Nicht nur die Anteile armer und armutsgefährdeter Haushalte, sondern auch die Intensität der Armut³⁷ hat seit 2001 zugenommen (GEF 2015).

Ursachen für die Zunahme der Armutsgefährdungsquote sind gemäss Sozialbericht nicht in erster Linie konjunkturelle, sondern strukturelle Entwicklungen: Im Vordergrund steht der Abbau von Arbeitsplätzen für Personen mit tiefer oder nicht passender Qualifizierung als Folge des Strukturwan-

dels der Wirtschaft hin zu bildungsintensiveren Tätigkeiten (GEF 2015).

Weiterführende Informationen

- Gesundheits- und Fürsorgedirektion: www.gef.be.ch (> Soziales)
- Regierungsrat des Kantons Bern (2015): Sozialbericht 2015 – Bekämpfung der Armut im Kanton Bern.

³⁶ Anteil der Bevölkerung mit einem verfügbaren Einkommen unter der Armuts- oder Armutsgefährdungsgrenze an der Gesamtbevölkerung (Basis ist das Einkommen vor dem Bezug von bedarfsabhängigen Sozialleistungen wie Ergänzungsleistungen zu AHV/IV oder Sozialhilfe).

³⁷ Ein Mass für die Intensität der Armut ist die Differenz zwischen der Armutsgefährdungsgrenze und dem verfügbaren Einkommen eines Haushaltes (Armutsgefährdungslücke).

G10 Integration

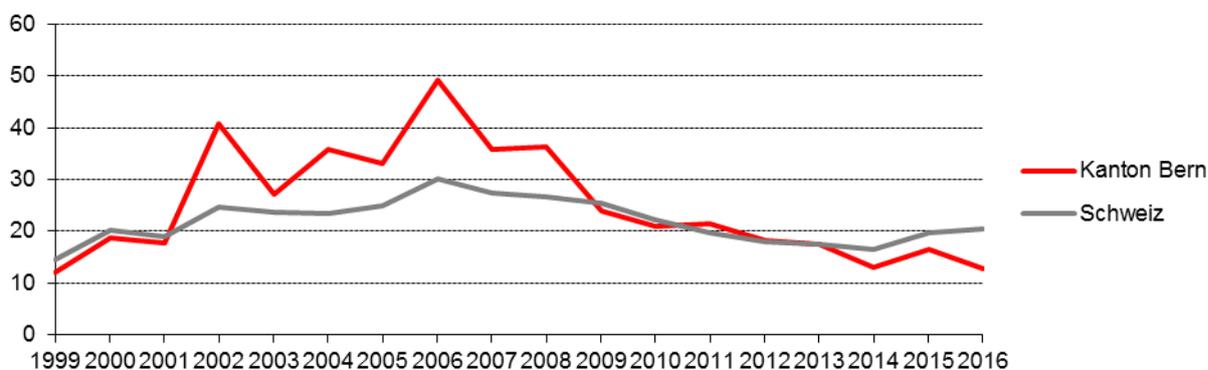
Das Ziel der Integration ist die Teilnahme aller Gesellschaftsmitglieder am wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen und politischen Leben. Ein wesentlicher Aspekt stellt die Integration der ausländischen Wohnbevölkerung dar. Durch den Erwerb der Staatsbürgerschaft werden institutionelle Rechte und Pflichten erlangt, die zu einer erfolgreichen gesellschaftlichen Integration beitragen können.

Kernindikator: Einbürgerungen

Definition: Anzahl bewilligter Einbürgerungsgesuche pro 1'000 im Kanton wohnhafte Ausländer/innen³⁸.

Zielrichtung: ↗ Entwicklung: ■ negativ (weg von der Nachhaltigen Entwicklung)

Anzahl pro 1'000 Ausländer/innen



Quelle: Bundesamt für Statistik

2016 wurden im Kanton Bern knapp 13 von 1'000 ausländischen Einwohner/innen eingebürgert. Der Anteil Einbürgerungen unterliegt beträchtlichen jährlichen Schwankungen. Im beobachteten Zeitraum seit 1999 lässt sich vorerst eine zunehmende Tendenz feststellen. Ab 2006 erfolgt jedoch wieder eine Abnahme, welche mit den ab diesem Zeitpunkt verschärften kantonalen Einbürgerungsvoraussetzungen für die ordentliche Einbürgerung zusammenhängen könnte. Im Kanton Bern lag der Anteil Einbürgerungen zwischen 2002 und 2008 durchgehend über dem schweizerischen Durchschnitt. Danach bewegte er sich bis 2013 ungefähr auf gleichem Niveau, seit 2013 hingegen wurden deutlich weniger im Kanton Bern wohnhafte Ausländer/innen eingebürgert als im schweizerischen Durchschnitt.

Integration ist eine Voraussetzung für die Einbürgerung. Eine gesellschaftliche Integration ist jedoch auch ohne Einbürgerung möglich. Nicht alle ausländischen Einwohner/innen streben den Erwerb des Schweizer Bürgerrechts an. Gründe dafür können die Zugehörigkeit zu einem EU-Staat, das Verbot der Doppelbürgerschaft durch den Heimatstaat oder die zum Teil hohen Anforderungen sein.

Grundsätzlich ist festzuhalten, dass Integration nur schwer messbar ist.

³⁸ Der Indikator berücksichtigt ordentliche und erleichterte Einbürgerungen. Bezugsgrösse ist die ständige ausländische Wohnbevölkerung gemäss Definition des Bundesamts für Statistik.

Weitere Fakten zur Integration

Diverse Berichterstattungen und Statistiken des Kantons greifen die Thematik des chancengleichen Zugangs der ausländischen Bevölkerung zu wichtigen Gütern wie Arbeit, Bildung und Gesundheit auf.

Der vierte Berner Gesundheitsbericht widmet ein Kapitel der Gesundheit von Migranten und Migrantinnen. Zusammenfassend wird festgestellt, dass grosse Unterschiede je nach Herkunftsland und Migrationsstatus bestehen: Einwohner, die aus Deutschland, Österreich und Frankreich stammen, haben eine eher bessere Gesundheit als die Schweizer Bevölkerung. Personen aus dem Mittelmeerraum und aus Sri Lanka weisen insgesamt eine schlechtere allgemeine Gesundheit auf, haben eine weniger gute psychische Befindlichkeit und leiden deutlich häufiger unter körperlichen Beschwerden. Mit zunehmendem Alter werden die Unterschiede

grösser. Auffallend sind die gesundheitlichen Unterschiede je nach Aufenthaltsstatus: Asylsuchende sind offenbar einer deutlich stärkeren Belastung ausgesetzt oder eher von wichtigen Gesundheitsressourcen ausgeschlossen als Migrantinnen und Migranten aus demselben Herkunftsland mit sicherem Aufenthaltsstatus (GEF 2010).

Die Schulstatistik zeigt, dass die Eintrittsquote der Lernenden mit Schweizer Nationalität in die Sekundarschule und ins Gymnasium wesentlich höher als diejenige der ausländischen Lernenden.

Weiterführende Informationen

- Gesundheits- und Fürsorgedirektion: www.gef.be.ch (> Soziales > Migration)
- Regierungsrat des Kantons Bern (2007), Hrsg.: Leitbild zur Integrationspolitik.

G11 Chancengleichheit

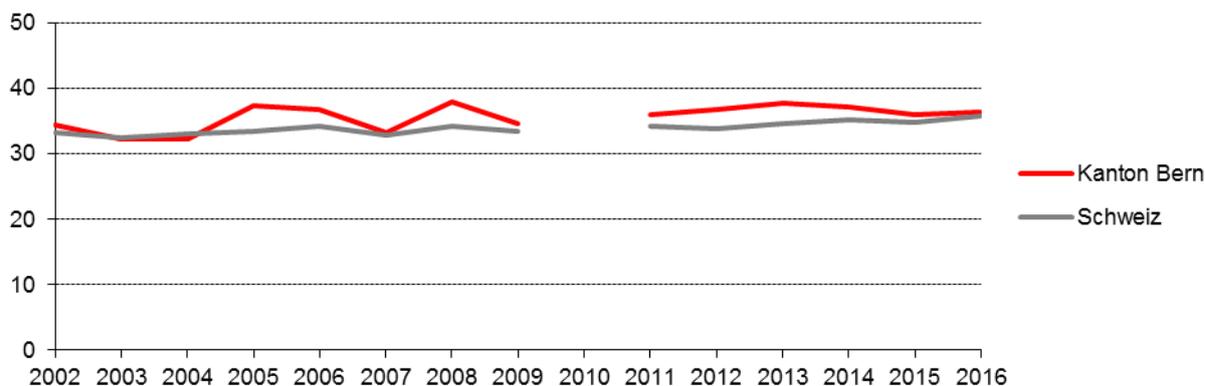
Chancengleichheit von Personen verschiedenen Geschlechts, unterschiedlicher sozialer und ethnischer Herkunft und religiöser Überzeugungen ist eine Voraussetzung für das Wohlergehen der Einzelnen und einer Gesellschaft. Dazu gehört die Realisierung der Gleichstellung von Frau und Mann in verschiedenen Bereichen wie Bildung, Familie und Erwerbsleben. Trotz Fortschritten ist die tatsächliche Gleichstellung in vielen Lebensbereichen im Kanton Bern noch nicht erreicht. Ein Zeichen dafür ist, dass Frauen in Kaderpositionen deutlich seltener anzutreffen sind als Männer.

Kernindikator: Frauen in Kaderpositionen

Definition: Anteil Frauen am Total der Erwerbstätigen in Kaderpositionen. Als Kaderpositionen gelten Selbstständige mit Mitarbeitenden, Arbeitnehmende in eigener Firma mit Mitarbeitenden, Arbeitnehmende in Unternehmensleitung und Arbeitnehmende mit Vorgesetztenfunktion.

Zielrichtung: ↗ Entwicklung: ≈ stagnierend

Prozent



Quelle: Bundesamt für Statistik, Schweizerische Arbeitskräfteerhebung³⁹

Frauen sind in Kaderpositionen deutlich untervertreten: 2016 betrug ihr Anteil am Total der Kaderpositionen rund 36 %. Der Wert des Kantons Bern liegt knapp über jenem für die Schweiz. Insgesamt hat der Anteil Frauen in Kaderpositionen im beobachteten Zeitraum leicht zugenommen.

Frauen sind öfter Angestellte ohne leitende Funktion als Männer. Diese Ungleichheit bleibt auch bei gleichem Bildungsstand von Frauen und Männern bestehen. Ein wichtiger Grund dafür ist, dass Frauen infolge ihres nachteiligen Berufsnetzwerkes weniger befördert werden als Männer⁴⁰; Ein anderer Grund liegt in einer stärkeren Doppelbelastung von Beruf und Familie (Hausarbeit und Kinderbetreuung) (Die Unternehmung 2010, Nr. 3). Die niedrigere berufliche Stellung wirkt sich auch auf die Löhne der Frauen aus, die im Durchschnitt tiefer sind als die der Männer.

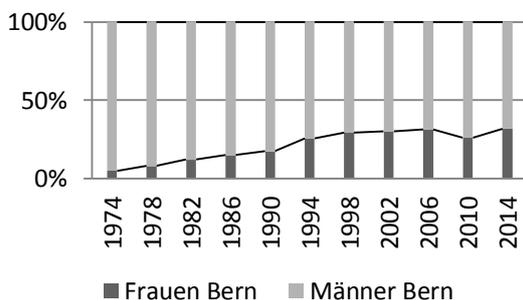
³⁹ Serienbruch infolge Umformulierung der Frage nach der Stellung im Beruf. Wenn auch die Umformulierung Anfang 2010 eingeführt wurde, ist diese für die gesamte Stichprobe erst ab dem 1. Quartal 2011 gültig. Die Daten 2010 werden deshalb nicht veröffentlicht.

⁴⁰ "Die Berufsnetzwerke von Frauen sind klein, weniger stark im Unternehmen verstreut, enthalten viele Personen mit einer hohen beruflichen Stellung und sowohl weibliche als auch männliche Kontaktpersonen." (Die Unternehmung 2010, Nr. 3, S. 335)

Weitere Fakten zur Chancengleichheit

Frauen sind in den politischen Institutionen schwächer vertreten. Gemäss Angaben des Bundesamts für Statistik (Stand Mai 2017) beträgt in den kantonalen Parlamenten der Frauenanteil schweizweit total 27 %. Am höchsten ist er im Kanton Basel-Landschaft (38 %), gefolgt von Aargau (36%) sowie Zürich und Neuenburg (je 34 %). Am niedrigsten ist er im Kanton Schwyz (14 %).

Kanton Bern: Anteil Frauen und Männer im Grossen Rat (Stand am Wahltag)



*2006: Verkleinerung von 200 auf 160 Mitglieder

Quelle: Bundesamt für Statistik, Darstellung AUE

Im Kanton Bern stieg der Frauenanteil im Grossen Rat seit 1974 kontinuierlich an auf 31 % im Jahr 2006. Bei den Wahlen 2010 fiel der Frauenanteil auf 26 % und damit wieder auf den Stand von Mitte der 1990er Jahre zurück. Bei den Wahlen 2014 lag der Frauenanteil bei 32 % und damit deutlich über dem Schweizerischen Mittel.

Was die Chancengleichheit in der Arbeitswelt betrifft, hat der Kanton als grosser Arbeitgeber eine wichtige Vorbildfunktion. Eine Analyse der Löhne von Frauen und Männern in der Kantonsverwaltung aus dem Jahr 2008⁴¹ hat ergeben, dass die Lohnunterschiede zwischen den Geschlechtern 19.3 % betragen. Die nicht erklärbare Lohndifferenz⁴² betrug 2008 2.5 % zu Ungunsten der Frauen und lag damit

deutlich unterhalb der durchschnittlichen Werte der Privatwirtschaft.

Weiterführende Informationen

- Staatskanzlei: www.sta.be.ch (> Gleichstellung)

⁴¹ Büro BASS AG, Bern.

⁴² Diese Differenz ist nicht durch die persönliche Qualifikation, die berufliche Stellung oder die Anforderungen des Arbeitsplatzes erklärbar.

G12 Überregionale Solidarität

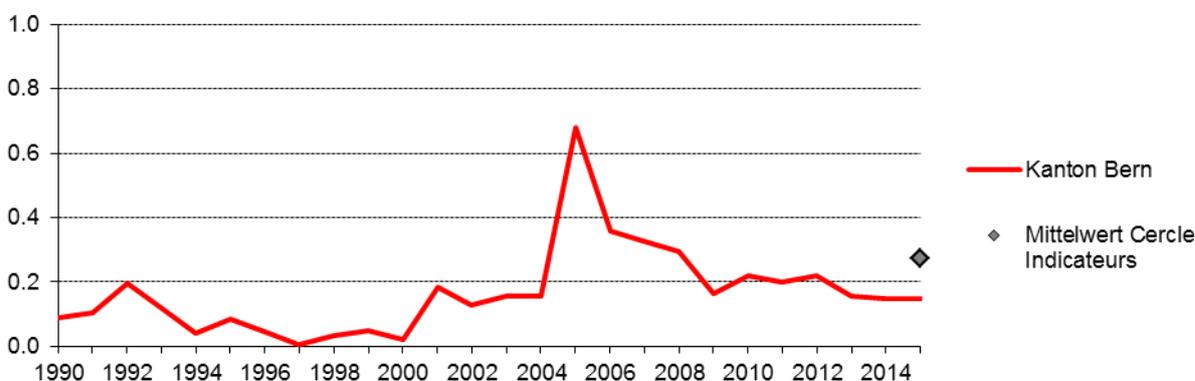
Nachhaltige Entwicklung ist ein globales Konzept, welches die Interessen aller Menschen berücksichtigt. Dies erfordert, dass die globalen Auswirkungen lokalen Handelns beachtet werden und dass Solidarität über Kantons- und Landesgrenzen hinaus gelebt wird. Eine Möglichkeit zur globalen Nachhaltigen Entwicklung beizutragen, besteht über finanzielles Engagement. Der Kanton Bern leistet Beiträge an Hilfsaktionen im In- und Ausland, allerdings in bescheidenem Ausmass. Die internationale Zusammenarbeit ist primär Sache des Bundes.

Kernindikator: Hilfsaktionen

Definition: Anteil der Hilfsaktionen in der Schweiz und im Ausland⁴³ am Total der laufenden Ausgaben des Kantons, in Promille.

Zielrichtung: ↗ Entwicklung: ≈ unregelmässig (starke Schwankungen)

Promille



Quellen: Eidgenössische Finanzverwaltung; Cercle Indicateurs

Hilfsaktionen im In- und Ausland machen im Kanton Bern weniger als 1 Promille der laufenden Ausgaben aus. Grösstenteils fliessen diese Mittel in eigene Zusammenarbeitsprojekte des Kantons und in Projekte von nicht staatlichen Entwicklungsorganisationen. Die Mittel für Hilfsaktionen im Ausland stammen aus dem Lotteriefonds.

Das Ausmass der Beiträge unterliegt grossen Schwankungen: Gegen Ende der 1990er Jahre wurde die Unterstützung der Entwicklungszusammenarbeit fast eingestellt, da der Lotteriefonds saniert werden musste. Nach der Jahrtausendwende wurde die Unterstützung wieder ausgebaut. Seit 2009 werden nur noch Organisationen mit Sitz im Kanton Bern unterstützt.

⁴³ Funktionen 592 (Hilfsaktionen im Inland) und 593 (Hilfsaktionen im Ausland) gemäss harmonisiertem Rechnungslegungsmodell HRM2.

Weitere Fakten zur überregionalen Solidarität

Im Rahmen seiner Möglichkeiten leistet der Kanton Bern einen Beitrag zum wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Aufbau in benachteiligten Ländern. Der Schwerpunkt des Engagements lag während längerer Zeit auf der Zusammenarbeit mit Bulgarien. Gemeinsam mit einer bulgarischen Nichtregierungsorganisation wurden zwischen 2002 und 2010 verschiedene Projekte in den Bereichen Bürgerbeteiligung und direkte Demokratie, Nachhaltige Raumentwicklung sowie Bevölkerungsschutz realisiert. Die Wahrnehmung der humanitären Verantwortung wird seit dem Abschluss der Projekte in Bulgarien neu auf Bosnien-Herzegowina fokussiert. Der Kanton Bern beteiligt sich seit 2011 an einem interkantonalen Psychiatrieprojekt in Bosnien-Herzegowina. Dabei unterstützen die vier Kantone Bern, Freiburg, Genf und Jura die Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA) mit spezifischem Fachwissen.

Angesichts der erheblichen regionalen Unterschiede bei der wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit ist überregionale Solidarität auch innerhalb der Schweiz ein aktuelles Thema. Mit dem Finanzausgleich wird eine Umverteilung von finanzstarken zu den finanzschwachen Kantonen erzielt. Der Ausgleich basiert auf dem Ressourcenpotenzial⁴⁴. Ressourcenschwache Kantone erhalten von den ressourcenstarken Kantonen (horizontaler Ressourcenausgleich) und vom Bund (vertikaler Ressourcenausgleich) finanzielle Mittel zur Verfügung gestellt. Der Kanton Bern gehört aufgrund seines unterdurchschnittlichen Ressourcenpotenzials (2018 beträgt es 75.1 % des Schweizerischen Mittels (beco 2017d) zu den Bezügerkantonen. Er beansprucht die überregionale Solidarität der finanzstarken Kantone.

Weiterführende Informationen

- Staatskanzlei: www.sta.be.ch (> Politik und Öffentlichkeit,> Aussenbeziehungen)
- Bundesamt für Raumentwicklung ARE: Internationale Solidarität – Gute Beispiele in der Nachhaltigen Entwicklung.

⁴⁴ Das Ressourcenpotenzial eines Kantons wird aus den steuerbaren Einkommen und Vermögen der natürlichen Personen und Gewinnen der juristischen Personen berechnet und bildet die fiskalisch ausschöpfbaren finanziellen Ressourcen eines Kantons ab.

A.3 Literatur- und Quellenverzeichnis

ARE 2016: Monitoring Bauen ausserhalb Bauzonen – Standbericht 2016. Bundesamt für Raumentwicklung, Bern.

ARE 2017: Bauzonenstatistik Schweiz 2017 – Resultate nach Kantonen. Online unter: <https://www.are.admin.ch/are/de/home/raumentwicklung-und-raumplanung/grundlagen-und-daten/bauzonenstatistik-schweiz.html> [16.11.2017].

AUE 2015: Bericht zum Stand der Umsetzung und zur Wirkung der Massnahmen 2011 – 2014 sowie neue Massnahmen 2015 – 2018. Amt für Umweltkoordination und Energie, Bern.

AWA 2012: Zustand der Fliessgewässer und Seen im Kanton Bern – Auswertung der Gewässerdaten von 2002 bis 2010. Amt für Wasser und Abfall, Bern.

AWA 2015: Zustand der Gewässer 2013 und 2014 Schwerpunkt Berner Oberland. Amt für Wasser und Abfall, Bern.

AWA 2017: Zustand der Gewässer 2015 und 2016 Schwerpunkt Berner Jura/Seeland. Amt für Wasser und Abfall, Bern.

BAFU 2012: Auswirkungen der Klimaänderung auf Wasserressourcen und Gewässer. Synthesebericht zum Projekt "Klimaänderung und Hydrologie in der Schweiz" (CCHydro). Bundesamt für Umwelt, Bern.

BAFU 2015: Ergebnisse der Nationalen Bodenbeobachtung (NABO) 1985 – 2009. Zustand und Veränderungen der anorganischen Schadstoffe und Bodenbegleitparameter. Bundesamt für Umwelt, Bern.

BAFU 2016: Zustand der Schweizer Fliessgewässer. Ergebnisse der Nationalen Beobachtung Oberflächengewässerqualität (NAWA) 2011 – 2014. Bundesamt für Umwelt, Bern.

BAFU 2017:

- a) Biodiversität in der Schweiz: Zustand und Entwicklung. Ergebnisse des Überwachungssystems im Bereich Biodiversität, Stand 2016. Bundesamt für Umwelt, Bern.
- b) Schweizer Klimapolitik. Online unter: <https://www.bafu.admin.ch/bafu/de/home/themen/klima/fachinformationen/klimapolitik.html> [4.12.2017].
- c) Treibhausgasinventar. Online unter: <https://www.bafu.admin.ch/bafu/de/home/themen/klima/daten-indikatoren-karten/daten/treibhausgasinventar.html> [14.11.2017].
- d) Emissionsperspektiven der Treibhausgase. Beurteilung der Erreichung der sektoralen Zwischenziele 2015 und erste Schätzung zur Zeilerreichung 2020. Online unter: <https://www.bafu.admin.ch/bafu/de/home/themen/klima/daten-indikatoren-karten/daten/emissionsperspektiven.html> [4.12.2017].
- e) Stickstoffeinträge in den Schweizer Wald. Online unter: <https://www.bafu.admin.ch/bafu/de/home/themen/wald/fachinformationen/belastungen-im-schweizer-wald/stickstoffeintraege-in-den-schweizer-wald.html> [16.11.2017].

BAG 2017: Statistik der obligatorischen Krankenversicherung. Online unter: <https://www.bag.admin.ch/bag/de/home/service/zahlen-fakten/statistiken-zur-krankenversicherung/statistik-der-obligatorischen-krankenversicherung.html> [13.12.2017].

beco 2015: Massnahmenplan zur Luftreinhaltung 2015 / 2030. beco Berner Wirtschaft, Bern.

beco 2017:

- a) Steckbrief Volkseinkommen. Online unter:
http://www.vol.be.ch/vol/de/index/wirtschaft/tourismus_regionalentwicklung/statistik.steckbrief.html/content/statistics/de/4/volkseinkommen [24.11.2017].
- b) Arbeitslosigkeit. Online unter:
<http://www.vol.be.ch/vol/de/index/wirtschaft/wirtschaftsdaten/arbeitsmarkt/arbeitslosigkeit.html> [21.11.2017].
- c) Gesamtwirtschaft. Online unter:
<http://www.vol.be.ch/vol/de/index/wirtschaft/wirtschaftsdaten/sectoren-und-branchen/gesamtwirtschaft.html> [14.02.2018].
- d) Ressourcenpotenzial und Ressourcenindex. Online unter:
<http://www.vol.be.ch/vol/de/index/wirtschaft/wirtschaftsdaten/steuern/ressourcenpotenzial.html> [05.12.2017].

BFE 2017: Analyse des schweizerischen Energieverbrauchs 2000 – 2016 nach Verwendungszwecken. Bundesamt für Energie, Bern.

BFS 2012: Bericht über die Nachhaltige Entwicklung 2012. Bundesamt für Statistik, Neuenburg.

BFS 2016: Sozialhilfefälle, Sozialhilfeempfänger/innen und Sozialhilfequote nach Kanton. Bundesamt für Statistik, Neuenburg.

BFS 2017:

- a) Energie: Panorama 2017. Bundesamt für Statistik, Neuenburg.
- b) Materialverbrauch. Online unter:
<https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/statistiken/querschnittsthemen/wohlfahrtsmessung/indikatoren/materialverbrauch.html> [13.12.2017].
- c) Wohnkosten. Online unter:
<https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/statistiken/nachhaltige-entwicklung/monet/alle-nach-themen/lebensbedingungen/wohnenkosten.assetdetail.3582195.html> [13.12.2017].
- d) Ausgaben nach Funktionen, Kantone. Online unter:
<https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/statistiken/oeffentliche-verwaltung-finanzen/ausgaben-schulden.assetdetail.3462283.html> [13.12.2017].
- e) Materialflüsse. Online unter:
<https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/statistiken/raum-umwelt/umweltgesamtrechnung/materialfluesse.html> [13.12.2017].
- f) Statistik der Unternehmensstruktur STATENT. Online unter:
<https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/statistiken/industriedienstleistungen/erhebungen/statent.html> [13.12.2017].
- g) Flächenverbrauch. Online unter:
<https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/statistiken/bau-wohnungswesen/wohnungen/wohnverhaeltnisse/flaechenverbrauch.html> [27.11.2017].

- h) Indikatoren der Lebensqualität. Online unter:
<https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/statistiken/querschnittsthemen/city-statistics/indikatoren-lebensqualitaet.html> [27.11.2017].
- i) Spezifische Todesursachen. Online unter:
<https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/statistiken/gesundheit/gesundheitszustand/sterblichkeit-todesursachen/spezifische.html> [27.11.2017].
- j) Strassenverkehrsunfälle. Online unter:
<https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/statistiken/mobilitaet-verkehr/unfaelle-umweltauswirkungen/verkehrsunfaelle/strassenverkehr.html> [27.11.2017].
- k) Haushaltsbudgeterhebung, Detaillierte Haushaltsausgaben sämtlicher Haushalte nach Jahr. Bundesamt für Statistik, Neuenburg.
- l) Verkehrsverhalten der Bevölkerung. Online unter:
<https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/statistiken/mobilitaet-verkehr/personenverkehr/verkehrsverhalten.html> [27.11.2017].

BLW 2017:

- a) Biodiversitätsbeiträge. Online unter:
<https://www.blw.admin.ch/blw/de/home/instrumente/direktzahlungen/biodiversitaetsbeitraege.html> [20.11.2017].
- b) Landschaftsqualitätsbeiträge, Bewilligte Projekte. Online unter:
<https://www.blw.admin.ch/blw/de/home/instrumente/direktzahlungen/landschaftsqualitaetsbeitrag/bewilligte-projekte.html> [20.11.2017].
- c) Ressourceneffizienzbeiträge. Online unter:
<https://www.blw.admin.ch/blw/de/home/instrumente/direktzahlungen/ressourceneffizienzbeitraege.html> [21.11.2018].

BVE 2012: Faktenblatt Mikrozensus Mobilität und Verkehr, Auswertung für den Kanton Bern. Bau-, Verkehrs- und Energiedirektion des Kantons Bern, Generalsekretariat, Bern.

BVE 2017: Mikrozensus Mobilität und Verkehr, Mikrozensus 2015, Erste Kennzahlen für den Kanton Bern. Online unter:
http://www.bve.be.ch/bve/de/index/mobilitaet/mobilitaet_verkehr/mobilitaet/grundlagen_mobilitaet/mikrozensus_mobilitaetundverkehr.html [27.11.2017].

Credit Suisse 2016: Verfügbare Einkommen 2016. Wohnen, Pendeln, Krippe: Wo lebt sich's am günstigsten?

Die Unternehmung 2010, Nr. 3. Online unter:
https://www.uzh.ch/cmsssl/suz/dam/jcr:00000000-5b43-ff0a-ffff-ffffe0e5e202/Rost_2010.pdf

EFV 2017: Kennzahlen. Online unter:
<https://www.efv.admin.ch/efv/de/home/themen/finanzstatistik/kennzahlen.html> [14.02.2018].

ESTV 2017: Direkte Bundessteuer, Statistische Kennzahlen. Online unter:
<https://www.estv.admin.ch/estv/de/home/allgemein/steuerstatistiken/fachinformationen/steuerstatistiken/direkte-bundessteuer.html> [28.11.2017].

FIN 2017: Geschäftsbericht mit Jahresrechnung 2016 des Kantons Bern. Finanzverwaltung des Kantons Bern, Bern.

Forschungsgemeinschaft PISA Deutschschweiz 2014: PIA 2012: Porträt des Kantons Bern. Catherine Bauer, Erich Ramseier, Daniela Blum. Erziehungsdirektion, Bern.

GEF 2010: Vierter Gesundheitsbericht des Kantons Bern. Die Gesundheitschancen sind ungleich verteilt. Gesundheits- und Fürsorgedirektion, Bern.

GEF 2015: Sozialbericht 2015. Bekämpfung der Armut im Kanton Bern. Gesundheits- und Fürsorgedirektion, Bern.

GEF 2017: Chemische Anforderungen an Trinkwasser. Online unter:
https://www.gef.be.ch/gef/de/index/direktion/organisation/kl/publikationen/Informationsdokumente.assetref/dam/documents/GEF/KL/de/infodoc_tw_chem_anforderungen_26_07_17_d.pdf
[27.11.2017].

Killias Research & Consulting 2016: Studie zur Kriminalität und Opfererfahrungen der Bevölkerung im Kanton Bern. Analysen im Rahmen der schweizerischen Sicherheitsbefragung 2015.

LANAT 2017:

- a) OeAF je GID. Daten GELAN erhalten von J. Lengacher, LANAT. Auswertung AUE.
- b) Einlageblatt 2016. Online unter:
<http://www.vol.be.ch/vol/de/index/natur/fischerei/renaturierungsfonds.html>
[15.11.2017].

OECD/Eurostat 2005: Oslo Handbuch.

Schweizerischer Bundesrat 2002: Strategie Nachhaltige Entwicklung 2002. Bericht des Schweizerischen Bundesrates vom 27. März 2002.

TBA 2017: Renaturierung von Gewässern. Online unter:
<http://www.bve.be.ch/bve/de/index/wasser/wasser/renaturierung.html> [15.11.2017].

VOL 2017: Bodenbericht 2017. Volkswirtschaftsdirektion, Bern.